

Konzernjahresabschluss und Konzernlagebericht 2016

www.ibb.de

Konzernlagebericht	3
Grundlagen	4
Wirtschaftsbericht	8
Nachtragsbericht	17
Prognose-, Chancen- und Risikobericht	17
Konzernabschluss	46
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	
für die Zeit vom 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2016	47
Konzern-Gesamtergebnisrechnung	
für die Zeit vom 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2016	48
Konzern-Bilanz zum 31. Dezember 2016	49
Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	51
Konzern-Kapitalflussrechnung	53
Konzern-Anhang	55
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	61
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	75
Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung	81
Segmentberichterstattung	82
Erläuterungen zur Bilanz	86
Weitere Angaben zu Finanzinstrumenten	102
Sonstige Angaben	115
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	132
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	133
Impressum	134

Konzernlagebericht

Grundlagen

IBB Konzern

Mutterunternehmen des IBB-Konzerns ist die Investitionsbank Berlin (IBB). Aufgrund ihrer Größe und ihres Geschäfts ist sie die dominante Gesellschaft für den Konzern. Aus diesem Grund beziehen sich die Ausführungen im Lagebericht zum großen Teil auf die IBB. Folgende Unternehmen werden neben der Investitionsbank Berlin im IBB-Konzern konsolidiert:

Konsolidierte Unternehmen	Anteil IBB	Anteil IBB
	(%) unmittelbar	(%) mittelbar
Tochterunternehmen		
BTGI Berliner Trägergesellschaft für Gewerbe-Infrastrukturmaßnahmen mbH, Berlin		100,0
IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	100,0	
Immobilien-gesellschaft Spreestadt-Wegelystraße mbH, Berlin		100,0
ipal Gesellschaft für Patentverwertung Berlin mbH, Berlin	100,0	
VC Fonds Berlin GmbH, Berlin		100,0
VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH, Berlin		100,0
VC Fonds Technologie Berlin GmbH, Berlin		100,0
Assoziierte Unternehmen		
Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH, Berlin	31,5	

Förderbank des Landes Berlin

Die Investitionsbank Berlin (IBB), Anstalt öffentlichen Rechts, ist die Förderbank des Landes Berlin. Träger der IBB ist das Land Berlin. Auf der Grundlage des IBB-Gesetzes vom 25.05.2004 unterstützt sie das Land bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben. Die Aufgaben der IBB fallen unter die Grundsätze der EU-Kommission für die Geschäftstätigkeit von Förderinstituten (Absprache der Bundesrepublik mit der EU-Kommission vom 27.03.2002, der so genannten Verständigung II). Sie verfügt über eine Anstaltslast, eine Refinanzierungs-garantie des Landes Berlin und eine Privilegierung nach Artikel 116 Abs. 4 CRR (früherer Solva-o-Status) sowie über ein Institutsrating der Ratingagentur Fitch mit der bestmöglichen Bonitätsstufe „AAA“. Von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) wurde sie im August 2016 als potenziell systemgefährdendes Institut (PSI) im Sinne des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes (SAG) eingestuft. Gegen diese Einstufung hat die IBB Widerspruch eingelegt. Die sofortige Vollziehung des Bescheides wurde in der Folge seitens der BaFin im Dezember 2016 ausgesetzt.

Die Bank stellt unter Beachtung der EU-beihilferechtlichen Vorschriften Finanzmittel bereit bzw. führt Fördermaßnahmen insbesondere auf den Gebieten der Wirtschafts- und Wohnungsbauförderung, des Klimaschutzes und der Infrastrukturförderung durch. Dabei agiert sie wettbewerbsneutral in Zusammenarbeit mit den Geschäftsbanken und Risikokapitalgebern. Sie verfügt über ein Förderproduktportfolio bestehend aus revolvingierenden Instrumenten in Form von Darlehen, Mezzanine Kapital sowie Beteiligungen, Zuschussprogrammen sowie Beratungsleistungen. Die IBB refinanziert sich an den Geld- und Kapitalmärkten und setzt Mittel aus öffentlichen Haushalten des Landes, des Bundes und der EU ein.

Unternehmensmodell und Geschäftsstrategie

Das übergeordnete Unternehmensziel der IBB definiert sich durch den gesetzlich verankerten Förderauftrag. Die IBB-Gruppe verfolgt in Umsetzung ihres Förderauftrages das folgende Geschäftsmodell:

- Förderung der Berliner Wirtschaft, von Wohnimmobilien und Wohnungsneubau und Klimaschutzmaßnahmen
- Einsatz von revolvingierenden Finanzinstrumenten, Darlehen, Mezzaninen Finanzierungen, Beteiligungen, Bürgschaften und Zuschüssen sowie Beratungsleistungen
- Übernahme weiterer Aufgaben für das Land Berlin als Dienstleister
- Effizientes und kostenbewusstes Management der Darlehensbestände, insbesondere aus der Immobilienförderung des Landes Berlin/der IBB
- Erwirtschaftung von Erträgen aus der Übernahme von Kreditrisiken, der Liquiditätssteuerung, Fristentransformation sowie Eigenanlagen zur Unterstützung der Förderaufgaben, die im Rahmen des Berlin-Beitrags mit dem Land jährlich abgestimmt und abgerechnet werden
- Jederzeitige Einhaltung aller aufsichtsrechtlichen Verpflichtungen

Die Geschäftsstrategie setzt sich aus den folgenden Teilen zusammen:

Im allgemeinen Teil werden insbesondere die Ziele und Maßnahmen – inkl. Digitalisierung – sowie der Governance-Framework der IBB dargelegt. Im zweiten Teil werden die Teilstrategien der drei Geschäftsfelder Wirtschaftsförderung, Immobilien- und Stadtentwicklung sowie Bankbuch inkl. Treasury behandelt. Im Geschäftsfeld Wirtschaftsförderung erfolgt die Beratung zu den Wirtschaftsförderprodukten sowie deren Vertrieb. Zielgruppen sind insbesondere Existenzgründer, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie innovative Unternehmen, die in den Berliner Zukunftsfeldern agieren. Im Geschäftsfeld Immobilien- und Stadtentwicklung erfolgt der Vertrieb der Immobilienförderprodukte im Rahmen der förderpolitischen Zielsetzung des Landes. Zielgruppen sind insbesondere städtische und börsennotierte Wohnungsbaugesellschaften, Wohnungsbaugenossenschaften, private Immobilieninvestoren und -gesellschaften, Geschäftsbanken, Kooperations- und Vertriebspartner sowie Privatkunden. Das Geschäftsfeld Bankbuch inkl. Treasury dient der Unterstützung zur Erfüllung der Förderaufgaben der IBB, indem es für das Management der Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiken des Fördergeschäfts zuständig ist. Darüber hinaus hat das Bankbuch inkl. Treasury ein angemessenes Liquiditätsportfolio zur Aufrechterhaltung der Liquidität der Bank sowie zur Einhaltung aufsichtsrechtlicher Kennziffern ergebnisorientiert zu managen. Inhalt des dritten Teils sind die Funktionalstrategien für die Betriebsorganisation, das Personalmanagement sowie die Unternehmenskommunikation.

Die Risikostrategie, die IT- sowie die Vergütungsstrategie sind in separaten Dokumenten fixiert. Die Risikostrategie gibt die risikoseitigen Leitplanken für die Umsetzung der Geschäftsstrategie vor, indem sie den Handlungsrahmen definiert, wie Risiken zu steuern sind. Im Rahmen der IT-Strategie wird das Ziel verfolgt, auch im Zeitalter der Digitalisierung den Förderauftrag (kosten-) effizient und sicher zu erfüllen. Schwerpunkte der Vergütungsstrategie sind die Einhaltung einer stabilen Vergütungspraktik, eine leistungs- und marktgerechte Vergütung der Beschäftigten und die Risikobetrachtung im Zusammenhang mit variablen Vergütungsbestandteilen.

Unternehmensstruktur

Organe der IBB sind der Vorstand sowie der Verwaltungsrat. Die IBB verfügt des Weiteren über einen Beirat. Die IBB gliedert sich in vier Unternehmensbereiche, durch welche die Trennung von Markt und Marktfolge gewährleistet ist. Der Vorstand führt die Geschäfte der IBB in eigener Verantwortung nach Maßgabe der Gesetze, der Satzung, der vom Verwaltungsrat beschlossenen Richtlinien sowie der für ihn geltenden Geschäftsordnung.

Steuerungssysteme der Bank

Die Steuerung der Bank erfolgt nach bank- und betriebswirtschaftlich üblichen Steuerungskonzepten und -methoden. In Bezug auf ihre Geschäftstätigkeit steht für die IBB die nachhaltige Unterstützung des Landes Berlin bei struktur- und wirtschaftspolitischen Aufgaben im Vordergrund.

Eine Rahmenbedingung für die Steuerung ist die dauerhafte und nachhaltige Stärkung des Eigenkapitals der Bank. Die IBB definiert diesen Wert als bilanzielles Eigenkapital in all seinen Komponenten zuzüglich seiner Vorsorgereserven.

Als erfolgsorientierte **Steuerungsgrößen** bzw. **finanzielle Leistungsindikatoren** der IBB dienen dabei insbesondere:

- das Neugeschäftsvolumen
- das wirtschaftliche Ergebnis
- die Förder-Cost-Income-Ratio
- die Gesamtkapitalquote.

Dem öffentlichen Förderauftrag folgend ist das **Neugeschäftsvolumen** in den Geschäftsfeldern Immobilien- und Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung eine wesentliche Kenngröße. Zur Steuerung der zukünftigen strategischen Wachstumsschritte im Fördergeschäft ermittelt die Bank das Neugeschäftsvolumen gegliedert nach Förderprogrammen. Das Neugeschäftsvolumen beinhaltet in erster Linie alle ausgesprochenen Neuzusagen und wird durch Anschluss- und Umfinanzierungen sowie Ergänzungsfinanzierungen in bestehenden Förderengagements ergänzt.

Das **wirtschaftliche Ergebnis** ermittelt sich aus dem Jahresergebnis zuzüglich des Berlin-Beitrages. Im Berlin-Beitrag werden die für die Bank wirtschaftlich defizitären Förderaktivitäten abgebildet, die sie auf Wunsch des Landes Berlin durchführt. Die Steuerung des wirtschaftlichen Ergebnisses erfolgt auf Gesamtbankebene. Dabei ist die Tätigkeit der IBB nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet.

Die **Förder-Cost-Income-Ratio**, unter Berücksichtigung des Berlin-Beitrages, ermittelt sich aus dem Quotienten aus operativen Erträgen und den Verwaltungsaufwendungen. Dabei beinhalten die operativen Erträge außer dem Zins- und Provisionsüberschuss das sonstige betriebliche Ergebnis inkl. des Berlin-Beitrages.

Neben dem ökonomischen Kapital, das als maßgebliche Risikosteuerungsgröße im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung von Bedeutung ist, dient die **Gesamtkapitalquote**, berechnet nach den Vorgaben der Capital Requirements Regulation (CRR) als Quotient von haftendem Eigenkapital und der Summe der Risikoaktiva, als weitere wesentliche Steuerungsgröße der IBB.

Für alle Kennzahlen gibt es Planwerte, die im Rahmen der Gesamtbanksteuerung regelmäßig Plan-Ist-Vergleichen unterzogen werden, sowie Szenario- und Prognoserechnungen, um entsprechende Steuerungsimpulse setzen zu können.

Außer den finanziellen Leistungsindikatoren definiert die IBB als **nichtfinanziellen Leistungsindikator** die qualitative Entwicklung ihrer Mitarbeiter. Dabei sind für den Geschäftserfolg der Bank die Leistungen aller Mitarbeiter wesentlich. Hier unterstützt die Bank ihre Mitarbeiter durch vielfältige Personalentwicklungsmaßnahmen.

Neue Entwicklungen wie die immer komplexere Bankenregulation sowie der demografische Wandel erfordern auch personell eine hohe Flexibilität. Daher investiert die Bank im Rahmen eines jährlichen Weiterbildungsprogramms in die kontinuierliche Förderung und Entwicklung ihrer Beschäftigten und qualifiziert diese für künftige Herausforderungen.

Wie in den vergangenen Jahren wurden die Mitarbeiter durch systematisch abgeleitete Weiterbildungs- und Personalentwicklungsmaßnahmen qualifiziert. Außer fachlichen und methodischen Themen wurden auch persönliche und soziale Kompetenzen der Mitarbeiter gestärkt. Die Beschäftigten der IBB nahmen hierbei sowohl an Qualifizierungsmaßnahmen bei externen Anbietern als auch an intern entwickelten Spezialprogrammen teil. Rechtlich relevante Themen wurden u. a. über spezielle computerunterstützte Trainingsprogramme (CBT-Programme) abgebildet. Im Durchschnitt investierten die Beschäftigten jeweils rund 3,7 Tage in (seminarbasierte) Weiterbildung.

In Ergänzung dazu lag im Berichtsjahr aufgrund verschiedener organisatorischer Veränderungen ein Schwerpunkt auf Maßnahmen der begleitenden Organisationsentwicklung sowie Teamentwicklung.

Wirtschaftsbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Weltwirtschaft wuchs 2016 vor dem Hintergrund zahlreicher Unwägbarkeiten lediglich in einem moderaten Tempo. Neben der Brexit-Entscheidung im Vereinigten Königreich sowie dem gescheiterten Verfassungsreferendum und der Bankenkrise in Italien sind zuletzt Unsicherheiten über die Neuausrichtung der US-Politik nach der Wahl des neuen Präsidenten hinzugekommen. Aber auch die schwierigen Transformationsprozesse in China haben die globale wirtschaftliche Entwicklung belastet. Zwar haben die seit Anfang 2016 zweistellig ausgeweiteten öffentlichen Infrastrukturinvestitionen der chinesischen Konjunktur im Jahresverlauf Impulse gegeben. Problematisch waren jedoch die Exportschwäche und die Überhitzung des Immobiliensektors. Die US-Wirtschaft konnte ihre Ungleichgewichte 2016 weiter abbauen und zuletzt wieder auf einen robusten Wachstumskurs einschwenken. Mit schneller steigenden Löhnen kam der Aufschwung mehr und mehr bei der breiten Bevölkerung an. Die Wahl des neuen Präsidenten und die dadurch ausgelösten Hoffnungen auf einen spürbaren Schub für die Konjunktur haben zum Jahresende die positive Stimmung weiter verstärkt.

Im Euroraum hat sich das Wachstum im Jahr 2016 mit einer Rate von 1,7 % nach zwei relativ guten Jahren normalisiert. Hier hat auch die extrem lockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) zum konjunkturellen Aufschwung beigetragen. Ein Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik wird immer schwieriger, zumal auch die Inflationsrate nach wie vor von der EZB-Zielvorstellung von knapp unter 2 % entfernt ist. Die in den meisten Ländern der Währungsunion hohe Arbeitslosigkeit hielt die Inflation auch 2016 niedrig. In diesem Umfeld nahm die EZB lediglich sanfte Kursänderungen vor. So verlängerte sie ihr Ankaufprogramm (APP) im Dezember zwar um weitere neun Monate bis Ende 2017, verband dies aber mit einer Rücknahme des Ankaufvolumens um 20 Mrd. Euro auf künftig monatlich 60 Mrd. Euro. Weitere Bausteine waren der Wegfall der für Ankäufe geforderten Mindestrendite sowie die Einbeziehung von Anleihen mit sehr kurzen Laufzeiten in das APP. Beide Maßnahmen mildern den Nachfragedruck in den langen Laufzeitbändern und trugen damit zu einer Normalisierung der Zinsstrukturkurve bei.

In Deutschland setzte sich der konjunkturelle Aufschwung 2016 fort. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt 2016 um 1,9 % höher als im Vorjahr. Es verzeichnete damit das stärkste Wachstum seit fünf Jahren. Ausschlaggebend für die positive Entwicklung im Jahr 2016 war der Konsum. Der kräftige Anstieg der staatlichen Konsumausgaben ist unter anderem auf die hohe Zuwanderung von Asylsuchenden und die daraus resultierenden Kosten zurückzuführen.

Das Berliner Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2016 mit einer Steigerungsrate von 3,0 % erneut überdurchschnittlich stark gewachsen sein. Ausschlaggebend für das kräftige Wachstum waren vielfältige Entwicklungen: Niedrige Zinsen, eine nach wie vor wachsende Bevölkerung, ein weiterhin boomender Tourismus, kräftige Lohn- und Rentenerhöhungen sowie eine hohe Konsumneigung haben der Konjunktur kräftige Impulse verschafft. Aber auch das Wachstum im Außenhandel trug 2016 zum dynamischen Wirtschaftsverlauf in Berlin bei. Die größten Wachstumsimpulse kamen aber aus dem Baubereich, wo viele Unternehmen bereits an ihrer Kapazitätsgrenze arbeiten, sowie aus den unternehmensnahen Dienstleistungen. Vor allem in der Digitalen Wirtschaft wurde das Personal zuletzt deutlich aufgestockt. Hier wird inzwischen auf Vorrat eingestellt, weil gut ausgebildete Mitarbeiter für spezifische IT-Themen immer schwerer zu finden sind.

Zwar sind in Berlin immer noch rund 170.000 Arbeitssuchende gemeldet, doch bietet der Berliner Arbeitsmarkt inzwischen vielen Menschen Jobmöglichkeiten. Dafür spricht die aktuell hohe Nachfrage nach Arbeitskräften, auch in den unterdurchschnittlich entlohten Bereichen. Die Berliner Arbeitslosenquote lag 2016 mit 9,8 % deutlich unter Vorjahresniveau und zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung unter der Marke von 10 %. Wie stark sich der Arbeitsmarkt verbessert hat, wird auch an den Beschäftigtenzahlen sichtbar. Insgesamt waren rund 47.000 mehr Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt als ein Jahr zuvor. Mit dieser Steigerung von 3,5 % liegt Berlin deutlich über dem bundesdeutschen Schnitt. Innerhalb von drei Jahren sind in Berlin rund 130.000 neue Arbeitsplätze entstanden, vor allem in den verschiedenen Bereichen der Digitalen Wirtschaft.

Ein Bereich, der sich innerhalb der Digitalen Wirtschaft 2016 besonders rasant entwickelte, ist die technologiegetriebene Erstellung von neuartigen Lösungen für Finanz- und Versicherungsdienstleistungen. Als wichtiger Start-up-Standort nimmt Berlin auch in diesem Teilbereich der Digitalen Wirtschaft deutschlandweit die führende Position ein und ist im internationalen Maßstab weithin sichtbar. Dies dokumentieren die zahlreichen Fintech-Neugründungen, die anhaltende Zuwanderung von hoch qualifizierten Arbeitskräften und der beachtliche Zufluss an Wagniskapital. Auch 2016 dominierte Berlin die Start-up-Szene in Deutschland. Von insgesamt 1,9 Mrd. Euro Risikokapital konnten Berliner Start-ups mit rund 1 Mrd. Euro mehr als die Hälfte des gesamten deutschen Volumens einsammeln. Im europäischen Vergleich lag Berlin 2016 an dritter Stelle – gleich hinter London und Paris.

Dagegen entwickelten sich die Umsätze in der klassischen Industrie im Jahresverlauf 2016 eher schleppend. Gleichwohl wurden 2016 deutlich mehr Berliner Waren exportiert, vor allem aufgrund gestiegener Ausfuhren nach USA, China und Ägypten. Der starke Anstieg der Berliner Warenexporte ist vor allem auf die Ausfuhren von Kraftmaschinen und Kraftfahrzeugteilen zurückzuführen. Zur Warengruppe der Kraftmaschinen gehören u.a. auch Gasturbinen. Eine sehr starke Stütze waren auch 2016 die Ausfuhren in die USA, dem seit langem wichtigsten Berliner Exportland (Anteil an allen Exporten: 13 %). In die USA werden vor allem Pharmazeutische Produkte, Motorräder sowie Geräte zum Ausbau der elektrischen Infrastruktur geliefert. Im Jahr 2016 stützte der niedrige Euro-Kurs die Berliner Exporte in die USA.

Die größten Wachstumsimpulse kamen 2016 jedoch aus dem Baubereich. Im Gegensatz zur Entwicklung in der Industrie waren die Auftragsbücher der Berliner Bauunternehmen auch 2016 prall gefüllt. Die Zahl der Auftragseingänge stieg um nahezu 40 %. In der Folge konnte somit der höchste Auftragsbestand seit 16 Jahren verzeichnet werden. Vor dem Hintergrund des anhaltend starken Wachstums der Berliner Bevölkerung entfällt fast die Hälfte der bauwirtschaftlichen Auftragseingänge auf den hauptstädtischen Wohnungsbau. Alles in allem stiegen die Auftragseingänge im gesamten Berliner Bauhauptgewerbe 2016 in den Sparten Wohnungsbau, Wirtschaftsbau sowie Öffentlicher Bau auf rund 2,5 Mrd. Euro.

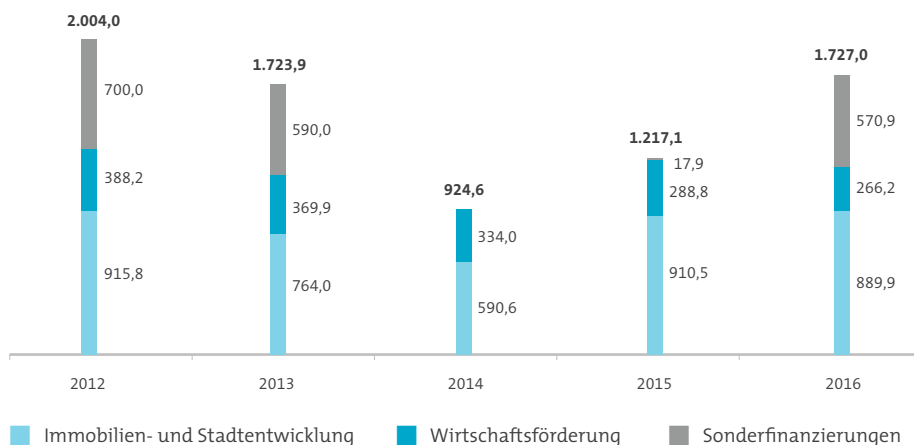
Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2016 war geprägt durch die unverändert andauernde Niedrigzinsphase. Zugleich spiegelte eine hohe Nachfrage nach Förderfinanzierungen die anziehende Investitionstätigkeit der Berliner Wirtschaft wider.

Der Schwerpunkt der Förderaktivitäten lag im abgelaufenen Berichtsjahr bei mittelständischen Unternehmen, Existenzgründern und Maßnahmen in der Wohnraumförderung. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich das Neugeschäftsvolumen um 42 % auf 1.727,0 Mio. Euro (Vorjahr 1.217,1 Mio. Euro).

Entwicklung des Neugesäftsvolumens

für Darlehen, Avale und Zuschüsse in Mio. Euro



Im Geschäftsfeld **Immobilien- und Stadtentwicklung** hat die IBB als Partner der Berliner Immobilien- und Wohnungswirtschaft Finanzierungszusagen in Höhe von 889,9 Mio. Euro gegeben (Vorjahr 928,4 Mio. Euro inklusive Sondergeschäft). Damit ist der Wert im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant geblieben. Der ambitionierte Planwert unseres Neugeschäftes wurde zu 88 % erreicht.

Die Förderung des Wohnungsneubaus konnte erheblich ausgeweitet werden. Insgesamt wurden Darlehen in Höhe von 276,4 Mio. Euro (Vorjahr 119,4 Mio. Euro) zugesagt. Erneut nachgefragt waren mit 47,0 Mio. Euro (Vorjahr 52,5 Mio. Euro) die öffentlichen Baudarlehen im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung sowie insbesondere die ergänzenden Förderfinanzierungen in Höhe von 176,2 Mio. Euro (Vorjahr 52,9 Mio. Euro).

Im Rahmen des Programms „Berlin Infra“ hat die IBB Infrastrukturinvestitionen von kommunalen Unternehmen begleitet. Entgegen den Erwartungen reduzierte sich das Neugesäftsvolumen von 73,9 Mio. Euro auf 41,0 Mio. Euro. Durch die verstärkte Zusammenarbeit mit Geschäftsbanken bei Konsortialfinanzierungen (222,2 Mio. Euro; Vorjahr 154,6 Mio. Euro) konnte der Rückgang jedoch mehr als kompensiert werden.

Darüber hinaus unterstützt die IBB bestehende Förderengagements mit individuellen und bedarfsgerechten Finanzierungskonzepten. Durch Anschluss- und Umfinanzierungen sowie Ergänzungsfinanzierungen zur Schließung von Finanzierungslücken wurden Bewilligungen in einer Gesamthöhe von 250,9 Mio. Euro ausgesprochen, Vorjahreswert (440,3 Mio. Euro).

Im Geschäftsfeld **Wirtschaftsförderung** sorgte das anhaltende konjunkturelle Wachstum und die hohe Nachfrage nach Förderfinanzierungen für eine deutlich erhöhte Inanspruchnahme einzelner Förderprogramme. Insgesamt konnten durch die Wirtschaftsförderung Finanzierungszusagen für Darlehen, Avale und Zuschüsse in Höhe von 837,1 Mio. Euro (Vorjahr 288,8 Mio. Euro) ausgesprochen werden.

Der deutliche Anstieg ist in Höhe von 570,9 Mio. Euro auf die Finanzierung des Flughafens Berlin Brandenburg zurückzuführen. Davon entfallen 300,9 Mio. Euro auf die vorfristige Prolongation des bereits bestehenden Kreditvolumens.

Das „IBB Wachstumsprogramm“, in dem langfristige Darlehen für typische Investitionsvorhaben im Mittelstand zu vergünstigten Konditionen vergeben werden, ist mit Zusagen von 135,8 Mio. Euro nach wie vor das volumenstärkste Programm. Gegenüber dem Vorjahr (125,0 Mio. Euro) konnte das Neugesäftsvolumen für größere Investitionen und Unternehmenserweiterungen, Um-, Anschluss- sowie Sockelfinanzierungen noch einmal gesteigert werden.

Einen weiteren wichtigen Anteil am Jahresergebnis hat die Technologieförderung mit dem Programm Pro FIT. Im Berichtsjahr wurden Darlehen und Zuschüsse in einer Gesamthöhe von 38,2 Mio. Euro (Vorjahr 41,9 Mio. Euro) zur Unterstützung von Forschung, Entwicklung und Innovationen in den Clustern Informations- und Kommunikationstechnik/Medien/Kreativwirtschaft, Gesundheitswirtschaft, Verkehr, Mobilität und Logistik sowie Energietechnik und Optische Technologien zugesagt.

Mit Bewilligungen in Höhe von 51,1 Mio. Euro konnte das Förderprogramm „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) das Ergebnis des Vorjahres (61,7 Mio. Euro) nicht erreichen. Dennoch nutzten im Geschäftsjahr erneut viele Berliner Unternehmen diese attraktiven Zuschussmittel für gewerbliche Investitionen und leisteten somit einen wichtigen Beitrag zur Schaffung und Sicherung von Dauerarbeitsplätzen.

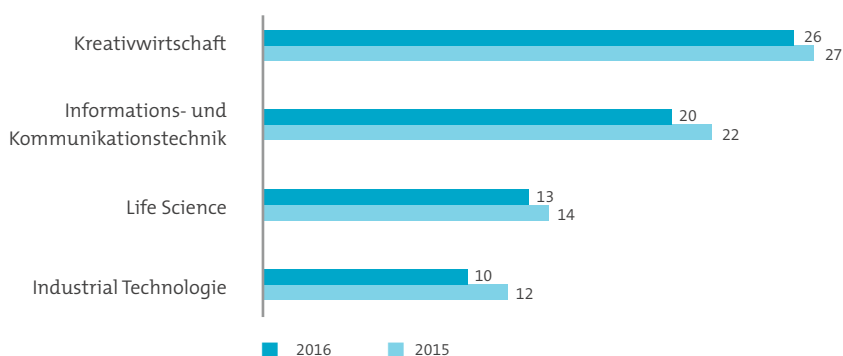
Venture Capital auch in 2016 stark nachgefragt

Die durch die IBB Beteiligungsgesellschaft GmbH gemanagten VC Fonds Technologie Berlin und VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin haben in 2016 Finanzierungen mit einem Volumen von rund 15,1 Mio. Euro abgeschlossen. Die VC Fonds beteiligen sich grundsätzlich gemeinsam mit privaten Investoren. So erhielten insgesamt 34 Unternehmen über 120,2 Mio. Euro Risikokapital.

Mit insgesamt 43 Finanzierungsrunden lag die Transaktionszahl in 2016 leicht unter dem Rekordniveau des Vorjahres. Neben 8 neuen Beteiligungen (Vorjahr 10) erfolgten 35 Folgefinanzierungen (Vorjahr 45). Die IBB Beteiligungsgesellschaft gehörte damit auch im Jahr 2016 zu den aktivsten deutschen Venture-Capital-Investoren. In 2016 überstieg die Anzahl der veräußerten Unternehmen die Anzahl der neuen Beteiligungen, das Beteiligungsportfolio reduzierte sich daher auf 69 Unternehmen (Vorjahr: 75 Unternehmen).

Entwicklung der Portfoliounternehmen

Anzahl Unternehmen



Wie im Vorjahr stammt der größte Anteil der 69 Portfoliounternehmen aus der Kreativwirtschaft. Bei 44 der Beteiligungen aus der Kreativwirtschaft bzw. Informations- und Kommunikationstechnik handelt es sich um Unternehmen aus der Digitalen Wirtschaft.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2016 wurde die IBB Beteiligungsgesellschaft GmbH zur Straffung der Beteiligungsaktivitäten auf die IBB Holding GmbH verschmolzen. Die IBB Holding wurde anschließend in IBB Beteiligungsgesellschaft umfirmiert. Die IBB Beteiligungsgesellschaft GmbH ist damit nicht nur Mutterunternehmen der VC Fonds sondern auch der Töchter der IBB Holding GmbH, Immobiliengesellschaft Spreestadt-Wegelystraße mbH und BTGI Berliner Trägergesellschaft für Gewerbe-Infrastrukturmaßnahmen mbH.

In 2016 konnten mehrere Beteiligungen der VC Fonds erfolgreich veräußert werden.

Der VC Fonds Berlin befindet sich in der Desinvestitionsphase und erzielte auch in 2016 ein positives Ergebnis.

Der VC Fonds Technologie Berlin und VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin wurden im Rahmen der neuen Förderperiode (2014–2020) in 2015 um weitere 100,0 Mio. Euro aufgestockt, wovon 50,0 Mio. Euro aus EFRE-Mitteln und 50,0 Mio. Euro durch die IBB aufgebracht werden. Nachdem im Jahr 2015 die erste Finanzierungstranche von 25 Mio. Euro des Aufstockungsbetrages zugeführt worden ist, wurden in 2016 weitere 25 Mio. Euro eingezahlt. Damit kann sichergestellt werden, dass die erfolgreiche Arbeit der VC Fonds zugunsten der Berliner Start-ups kontinuierlich weitergeführt wird.

Lage des Konzerns

Ertragslage

Insgesamt verlief das Geschäftsjahr 2016 für den Konzern, der wesentlich durch den Jahresabschluss der IBB beeinflusst wird, solide. Neben dem guten operativen Geschäft hat der Konzern in einem erneut auch durch Sondereffekte geprägten Jahr ein **wirtschaftliches Ergebnis** in Höhe von 154,9 Mio. Euro erreicht. Das Ergebnis des Vorjahres (223,8 Mio. Euro) wurde dennoch unterschritten.

Die Ertragslage des Konzerns wird durch die nachfolgende Konzernergebnisrechnung verdeutlicht. In dieser werden wie im Vorjahr einzelne in der handelsrechtlichen GuV-Rechnung ausgewiesene Beträge nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten umgegliedert bzw. ergänzt.

Dies betrifft zum einen die Aufwendungen der Bank, die dem Land als Berlin-Beitrag zur Verfügung gestellt werden. Zahlungen, die unter dem GuV-Posten „sonstiges betriebliches Ergebnis“ (12,0 Mio. Euro, Vorjahr 14,2 Mio. Euro) enthalten sind, werden ebenso als Berlin-Beitrag dargestellt wie auch die unentgeltlich erbrachten Leistungen des Konzerns (14,6 Mio. Euro, Vorjahr 14,4 Mio. Euro), die ausschließlich kalkulatorisch berücksichtigt werden. Diese nicht aufwandswirksamen Leistungen werden in der Konzernergebnisrechnung als betrieblicher Ertrag und zusätzlich als Berlin-Beitrag abgebildet.

in Mio. Euro	Veränderung			
	2016	2015	absolut	in %
Zinsüberschuss vor Risikovorsorge	135,8	149,7	-13,9	-9,3
Provisionsüberschuss	3,1	4,4	-1,3	-30,3
Sonstiges betriebliches Ergebnis	80,2	69,9	10,3	14,7
Operative Erträge	219,1	224,0	-4,9	-2,2
Verwaltungsaufwand	-81,6	-84,2	2,6	3,0
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertungsergebnis	137,5	139,8	-2,4	-1,7
Risikovorsorge/Bewertungsergebnis	17,5	83,9	-66,5	-79,2
Wirtschaftliches Ergebnis	154,9	223,8	-68,8	-30,8
Berlin-Beitrag	-26,6	-28,6	2,0	7,0
Jahresüberschuss	128,3	195,2	-66,9	-34,3

Operative Erträge

Der **Zinsüberschuss** liegt mit 135,8 Mio. Euro moderat unter dem Vorjahresniveau (149,7 Mio. Euro). Er entwickelte sich aufgrund kurzfristig vorteilhafterer Refinanzierungskonditionen weniger rückläufig, als angesichts des weiterhin niedrigen Zinsniveaus erwartet worden war. Der Zinsüberschuss blieb damit unverändert die wichtigste Ertragsquelle der IBB.

Der **Provisionsüberschuss** (3,1 Mio. Euro, Vorjahr 4,4 Mio. Euro) ist maßgeblich von Entgelten für die Bearbeitung von Bürgschaften und Zuschüssen der Immobilienförderung geprägt. Dass die Vorjahreswerte unterschritten werden, wird auf das erwartungsgemäße Auslaufen von Förderungen in 2016 zurückgeführt.

Das **sonstige betriebliche Ergebnis** wurde im Berichtsjahr erneut durch Sondereffekte beeinflusst. Nach richtlinienkonformer Verwendung konnten bislang passivierte EFRE-Verbindlichkeiten in Höhe von 66,0 Mio. Euro nunmehr als Zuschuss in der GuV vereinnahmt werden. Weitere 12,5 Mio. Euro resultierten aus nicht rückzahlbaren Zuschüssen für die VC-Fonds, die die IBB 2016 erhalten hat und die zur Eigenkapitalstärkung vollständig thesauriert und der Zweckrücklage der IBB zugeführt werden sollen.

Damit übersteigt das Ergebnis sowohl die Vorjahreswerte als auch die Planwerte deutlich.

Verwaltungsaufwand

Der deutlich unter den Erwartungen liegende Verwaltungsaufwand, der neben dem Personal- und Sachaufwand auch die Abschreibungen auf das Anlagevermögen umfasst, ist gegenüber dem Vorjahr um 3 % auf – 81,6 Mio. Euro (Vorjahr – 84,2 Mio. Euro) gesunken.

Der Personalaufwand (- 53,3 Mio. Euro, Vorjahr – 53,0 Mio. Euro) entwickelte sich insgesamt planmäßig.

Eine unverändert hohe Kostendisziplin, verbunden mit einer gesunkenen bankaufsichtsrechtlichen Umlage, reduzierte den Sachaufwand um 2,7 Mio. Euro auf – 25,8 Mio. Euro (Vorjahr – 28,5 Mio. Euro). Damit liegt der Sachaufwand zudem unter den operativen Planwerten.

Inklusive der Sondereffekte im sonstigen betrieblichen Ergebnis ergibt sich eine **Förder-Cost-Income-Ratio** von 37,2 %. Ohne Sondereffekte beläuft sich diese auf 58 % (Vorjahr 49,1 %) und unterschreitet damit deutlich den Planwert. Im Vorjahr wurde eine deutliche Erhöhung der Förder-Cost-Income-Ratio durch rückläufige Erträge bedingt durch die weiter andauernde Niedrigzinsphase prognostiziert.

Risikovorsorge/Bewertungen

In dem Ergebnis aus Risikovorsorge und Bewertungen sind das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten in Höhe von 10,8 Mio. Euro (Vorjahr 61,8 Mio. Euro), das Ergebnis aus Finanzanlagen in Höhe von 0,5 Mio. Euro (Vorjahr 8,7 Mio. Euro), das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen mit 1,2 Mio. Euro (Vorjahr 0,7 Mio. Euro) sowie die Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Höhe von 5,0 Mio. Euro (Vorjahr 12,7 Mio. Euro) enthalten.

Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten beinhaltet das Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten in Höhe von – 11,2 Mio. Euro (Vorjahr 45,2 Mio. Euro) sowie das Ergebnis aus mit wirtschaftlicher Sicherungsabsicht gehaltenen Derivaten in Höhe von 21,9 Mio. Euro (Vorjahr 16,6 Mio. Euro).

Das im Vergleich zum Vorjahr deutlich rückläufige Ergebnis aus Risikovorsorge und Bewertungen von 17,5 Mio. Euro (Vorjahr 83,9 Mio. Euro) ist im Wesentlichen auf ein deutlich geringeres Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten von 10,8 Mio. Euro (Vorjahr 61,8 Mio. Euro) zurückzuführen. Negative Bewertungseffekte aufgrund eines gesunkenen Zinsniveaus konnten jedoch durch ein positives Veräußerungsergebnis kompensiert werden.

Wirtschaftliches Ergebnis

Ausgehend vom gestiegenen wirtschaftlichen Ergebnis der IBB als Haupttreiber konnten auch die operativen Ergebniserwartungen der einzelnen Segmente erfüllt werden. Die in der folgenden Tabelle dargestellten Segmentinformationen werden entsprechend den internen Steuungskriterien der Bank nach Maßgabe der HGB-Rechnungslegung dargestellt.

	IBB gesamt		Immobilien- und Stadtentwicklung		Wirtschafts- förderung		Bankbuch		Corporate Center	
in Mio. Euro	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Zinsüberschuss	123,3	129,8	63,6	63,1	9,0	9,6	40,4	58,2	10,3	-1,0
Provisionsüberschuss	3,1	4,6	2,7	4,4	0,8	0,7	-0,4	-0,4	0,0	0,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	86,2	67,1	-12,2	-18,1	15,8	29,8	0,0	0,0	82,6	55,4
Operative Erträge	212,6	201,6	54,0	49,4	25,7	40,1	40,0	57,7	92,9	54,4
Verwaltungsaufwand	-80,0	-81,3	-35,5	-34,2	-21,9	-20,9	-5,8	-6,1	-16,9	-20,1
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis	132,5	120,2	18,5	15,1	3,8	19,2	34,3	51,6	75,9	34,3
Risikovorsorge/Bewertungsergebnis	-35,0	-10,2	5,4	23,6	2,2	-5,3	0,4	0,7	-43,1	-29,2
Zuführung Berlin-Förder-Fonds	-45,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-45,0	0,0
Wirtschaftliches Ergebnis	52,5	110,1	24,0	38,7	6,0	13,9	34,7	52,3	-12,1	5,0
Berlin-Beitrag	-28,7	-31,6	-1,8	-1,2	-24,1	-26,6	0,0	0,0	-2,9	-3,8
Jahresüberschuss	23,8	78,5	22,2	37,6	-18,1	-12,7	34,7	52,3	-15,0	1,3

Das Segment **Immobilien- und Stadtentwicklung** erbringt mit einem Zinsüberschuss von 63,6 Mio. Euro (Vorjahr 63,1 Mio. Euro) den maßgeblichen Anteil am Gesamtzinsüberschuss der Bank. Bedingt durch hohe Auflösungen in der Risikovorsorge in den Vorjahren liegt das wirtschaftliche Ergebnis mit 24,0 Mio. Euro unter Vorjahresniveau.

Die **Wirtschaftsförderung** hat das Geschäftsjahr erneut mit einem positiven wirtschaftlichen Ergebnis in Höhe von 6,0 Mio. Euro beendet, bleibt jedoch deutlich unter dem Vorjahreswert (13,9 Mio. Euro). Dies ist vor allem auf ein geringeres sonstiges Ergebnis – im Vorjahr wurden hier abrechnungsbedingt einmalig höhere Verwaltungsaufwendungen erstattet – zurückzuführen. Dagegen konnten die Planwerte, bedingt durch Auflösungen in der Risikovorsorge, deutlich übertroffen werden.

Im **Bankbuch**, dem sowohl die Banksteuerung als auch das Treasury zugeordnet wird, erreichte das wirtschaftliche Ergebnis 34,7 Mio. Euro und liegt unter dem Vorjahr (52,3 Mio. Euro). Die prognostizierten Werte für 2016 konnten nicht erreicht werden. Dieser rückläufige Trend ist maßgeblich auf das Zinsergebnis und die darin enthaltenen Vorfälligkeitsentschädigungen zurückzuführen. Im Vergleich zum Vorjahr fielen diese erfreulicherweise durch deutlich weniger vorzeitige Auflösungen deutlich geringer aus.

Das **Corporate Center** weist gegenüber dem Vorjahr ein negatives wirtschaftliches Ergebnis von -12,1 Mio. Euro (Vorjahr 5,0 Mio. Euro) aus. Durch die bereits erwähnte Auflösung passivierter EFRE-Verbindlichkeiten (rund 70 Mio. Euro) und weiterer erhaltener EFRE Zuschüsse (12,5 Mio. Euro) überschreitet das sonstige betriebliche Ergebnis (82,6 Mio. Euro) sowohl den Plan- als auch den Vorjahreswert. Dem gegenüber steht eine gestiegene Dotierung der Vorsorgereserven in Höhe von 43,1 Mio. Euro zur weiteren Stärkung der Risikotragfähigkeit (Vorjahr 29,2 Mio. Euro) sowie die erstmalige Dotierung des Berlin-Förderfonds (45 Mio. Euro).

Konzernjahresüberschuss

Der Konzern weist nach Abzug eines Berlin-Beitrages von 26,6 Mio. Euro zur Unterstützung der Förderpolitik des Landes einen Jahresüberschuss in Höhe von 128,3 Mio. Euro (Vorjahr 195,2 Mio. Euro) aus.

Die nach den Vorgaben des § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG ermittelte Kapitalrendite, Quotient aus Jahresüberschuss und Bilanzsumme, beträgt 0,69 % (Vorjahr 1,00 %).

Vermögenslage

Die Konzern-Bilanzsumme hat sich im Berichtsjahr erwartungsgemäß um 1,1 Mrd. Euro auf 18,5 Mrd. Euro verringert. Das Geschäftsvolumen, in dem zusätzlich die Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen sowie die unwiderruflichen Kreditzusagen enthalten sind, verringerte sich um 0,7 Mrd. Euro auf 19,4 Mrd. Euro.

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung	
			absolut	in %
Forderungen an Kreditinstitute	1.893,4	2.032,6	- 139,2	- 6,8
Forderungen an Kunden	11.363,0	12.290,0	- 927,0	- 7,5
Wertberichtigungen auf Forderungen	- 22,8	- 39,2	16,4	41,8
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte	3.606,6	3.586,9	19,7	0,5
Finanzanlagen	1.560,5	1.653,3	- 92,8	- 5,6
Sonstige Aktiva	85,4	76,2	9,1	12,0
Bilanzsumme	18.486,0	19.599,9	- 1.113,9	- 5,7
Finanzgarantien	137,3	110,0	27,3	24,8
Unwiderrufliche Kreditzusagen	809,1	428,5	380,6	88,8
Geschäftsvolumen	19.432,4	20.138,4	- 706,0	- 3,5

Die Forderungen an Kreditinstitute sind leicht unter dem Niveau des Vorjahres. Ein Rückgang der Forderungen aus im Hausbankenverfahren abgewickelterm Fördergeschäft um 0,2 Mrd. Euro hat dazu geführt, dass auch die Forderungen an Kreditinstitute insgesamt gesunken sind.

Die Verringerung der Kundenforderungen gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Mrd. Euro ist im Wesentlichen auf planmäßige und außerplanmäßige Tilgungen im Förderkreditgeschäft zurückzuführen. Mit einem Rückgang von 0,7 Mrd. Euro waren insbesondere die Bestände der Immobilienförderung betroffen. Das Volumen der Wirtschaftsförderung blieb nahezu konstant. Zusätzlich wurden die Schulscheindarlehen 0,1 Mrd. Euro reduziert.

Finanzlage, Kapitalstruktur und Liquidität

Die Struktur der Refinanzierungsseite hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht verändert. Mit 3,5 Mrd. Euro (Vorjahr 3,1 Mrd. Euro) beträgt der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 19 % (Vorjahr 16 %). Der Anteil der verbrieften Verbindlichkeiten sank leicht auf 5,9 Mrd. Euro oder 32 % (Vorjahr 6,1 Mrd. Euro oder 31 %).

Die von Kunden erhaltenen Refinanzierungsmittel, in denen hauptsächlich die vom Land Berlin zur Verfügung gestellten Mittel für die Wohnungsbauförderung enthalten sind, gingen auf 5,4 Mrd. Euro zurück (Vorjahr 6,3 Mrd. Euro). Der prozentuale Anteil verringerte sich mit 30 % ebenfalls (Vorjahr 32 %).

Durch Thesaurierung des Bilanzgewinnes 2015 in Höhe von 72,0 Mio. Euro wurde die Zweckrücklage der IBB erhöht.

Das bilanzielle Eigenkapital der IBB erhöhte sich im Geschäftsjahr auf 1.099,3 Mio. Euro. Maßgeblich für die Veränderung sind der aktuelle Jahresüberschuss in Höhe von 128,3 Mio. Euro, der im Eigenkapital als Bilanzgewinn ausgewiesen wird, die Verluste aus der versicherungsmathematischen Bewertung der Pensionsverpflichtungen in Höhe von 24,7 Mio. Euro, die mit den Gewinnrücklagen verrechnet wurden, sowie die Ausschüttung des ausgewiesenen HGB-Bilanzgewinnes 2015 in Höhe von 6,5 Mio. Euro an das Land Berlin. Das gezeichnete Kapital betrug unverändert 300,0 Mio. Euro, alleiniger Eigentümer der IBB ist das Land Berlin.

Eigenkapitalspiegel	Grund- kapital	Gewinn- rücklagen	Neubewertungs- rücklage	Bilanz- gewinn/- verlust	Eigenkapital nicht beherrschender Anteile	Gesamt
in Mio. Euro						
Stand 31.12.2015	300,0	610,5	1,1	90,3	-1,2	1.000,7
erfolgsneutrale Bewertung	0,0	- 24,7	1,6			- 23,1
Ausschüttung an Land Berlin	0,0			- 6,5		- 6,5
Thesaurierung Zweckerücklage	0,0	72,0		- 72,0		0,0
Jahresüberschuss 2016	0,0			128,3		128,3
sonstige Änderungen	0,0	- 2,2		1,0	1,2	- 0,1
Stand 31.12.2016	300,0	655,6	2,7	141,0	0,0	1.099,3

Zum Bilanzstichtag weist die Bank anrechenbare Eigenmittel nach CRR in Höhe von 956,8 Mio. Euro (Vorjahr 778,2 Mio. Euro) aus.

in Mio. Euro/in %	2016	2015
Gesamtrisikobetrag (RWA)	5.204,3	4.978,1
Eigenmittel	956,8	778,2
Gesamtkapitalquote	18,4 %	15,6 %
Kernkapitalquote	18,4 %	15,6 %

Die Erhöhung der Zweckerücklage führte trotz eines Anstieges der gewichteten Risikoaktiva zu einem Anstieg der Gesamtkapitalquote in 2016. Diese reflektiert die solide Kapitalausstattung der Bank, die für das Fördergeschäft angemessen ist.

Zur Liquiditätsbeschaffung wurden im Berichtsjahr, außer den Aktivitäten auf dem Geldmarkt, Mittelaufnahmen durch die Emission von Kapitalmarktinstrumenten mit einem Volumen von 1,3 Mrd. Euro durchgeführt.

Sowohl die Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin als auch die Rolle des Landes Berlin als alleiniger Eigentümer der IBB waren unterstützende Faktoren dafür, dass die IBB auch in 2016 jederzeit in der Lage war, sich zu einem angemessenen Preis mit ausreichend Liquidität in den erforderlichen Laufzeiten am Geld- und Kapitalmarkt zu versorgen.

Durch ein EZB-fähiges Asset-Portfolio wurde die Liquidität jederzeit sichergestellt. Strikte Nebenbedingungen der Liquiditätssteuerung sind die Einhaltung der regulatorischen Kennzahlen sowie der Mindestreserve.

Die Grundsätze über die Einhaltung der angemessenen Eigenmittelausstattung und Liquidität gemäß CRR und KWG wurden im Berichtsjahr stets eingehalten. Es wurden keine nennenswerten Liquiditätsrisiken quantifiziert.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Beendigung des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognose- und Chancenbericht

Die Weltwirtschaft wird auch im Jahr 2017 erheblichen Risiken ausgesetzt sein. Hierzu zählt die politische Unsicherheit in Europa, nicht zuletzt wegen der gescheiterten Verfassungsreform und der Bankenkrise in Italien sowie der anstehenden Umsetzung des Brexit-Votums. Hinzu kommen höhere Volatilitäten auf den internationalen Finanzmärkten, auch aufgrund der Unsicherheiten bei der Neuausrichtung der US-Politik und der schwierigen Transformationsprozesse in China.

Im Euro-Raum wird die nach wie vor extrem lockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) auch 2017 wesentlich zum konjunkturellen Aufschwung beitragen. In vielen Mitgliedstaaten ist der Reformeifer mittlerweile jedoch erlahmt, und einige Staaten lassen die notwendige Haushaltsdisziplin vermissen. Weitere Strukturreformen sind aber dennoch notwendig, vor allem solche, die eine flexiblere Lohnbildung erlauben. Ein Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik wird ansonsten immer schwieriger.

In Deutschland wird sich der konjunkturelle Aufschwung auch 2017 fortsetzen. Vor allem der Arbeitsmarkt dürfte sich positiv entwickeln. Herausforderungen bleiben die Langzeit-Arbeitslosigkeit sowie die Integration zugewanderter Arbeitskräfte. Für 2017 wird mit einem etwas geringeren Wirtschaftswachstum gerechnet, was vor allem auf einen Kalendereffekt zurückzuführen ist. Die zugrunde liegende Wachstumsdynamik bleibt jedoch im Wesentlichen erhalten.

An den US-Finanzmärkten hat die Wahl des neuen US-Präsidenten im November 2016 einen markanten Zinsanstieg ausgelöst. Diese Entwicklung zog auch die Renditen in Deutschland nach oben. Sofern die hohen US-Vorgaben sich über die nächste Zeit verfestigen, sollten auch die deutschen Anleiherenditen und damit auch die Darlehenszinsen 2017 noch etwas anziehen. Mit einem kräftigen und nachhaltigen Zinsanstieg wird jedoch nicht gerechnet, da vor dem Hintergrund der globalen Risiken die Zinsen im weiteren Verlauf des Jahres 2017 auch wieder deutlich fallen könnten. Denn in turbulenten Zeiten sind besonders deutsche Staatsanleihen als sicherer Anlagehafen gefragt.

Grundsätzlich wird das Geschehen an den Kapitalmärkten schwankungsanfällig bleiben. Spitzt sich die Banken- und Wirtschaftskrise in Italien weiter zu, könnten Investoren schnell wieder zu deutschen Bundesanleihen und Pfandbriefen greifen. Die EZB wird der Debatte über einen beginnenden Ausstieg aus ihrem Ankaufprogramm im Jahr 2017 kaum ausweichen können. Schon die Verlängerung im Dezember 2016 war nur noch mit einschneidenden technischen Korrekturen möglich.

In Berlin stehen die Chancen gut, dass die Wirtschaft im Jahr 2017 wieder überdurchschnittlich wächst und auch bei der Beschäftigung das Tempo halten kann. Sollte sich das internationale Umfeld nicht weiter verdüstern, dürfte 2017 ein Wirtschaftswachstum von 2,2 % möglich sein. Bei der Beschäftigung wird sogar eine Steigerung um 3,2 % erwartet. Berlin wird auch in Zukunft zu den Gewinnern beim Stellenaufbau gehören, nicht zuletzt aufgrund der Digitalisierung der Wirtschaft. Die Digitalisierung ist in den nächsten Jahren ein treibender Bereich der Berliner Wirtschaft, der in Zusammenarbeit von Wissenschaft und Unternehmen neue und marktgängige Produkte entwickeln wird. Voraussetzung ist jedoch, dass gleichzeitig sowohl die Bildungsanstrengungen als auch die Integrationsmaßnahmen in Berlin verstärkt werden. Denn ohne fundierte Ausbildung und qualifizierten Abschluss wird man auch künftig in einer digitalisierten Berufswelt kaum Fuß fassen.

Verstärkten Rückenwind wird die Berliner Wirtschaft 2017 von den im Koalitionsvertrag genannten überfälligen öffentlichen Investitionen bekommen. In den vergangenen Jahren hat sich Berlin mit Investitionen eher zurückgehalten. Ein Schließen der Investitionslücke könnte bereits kurzfristig zu einem deutlich höheren Wirtschaftswachstum führen. Dabei werden die Investitionen der öffentlichen Hand notwendige Anreize für ein langfristiges privatwirtschaftliches Engagement in Berlin schaffen, denn letztlich werden Investitionen vor allem aus dem privaten Sektor kommen müssen. Das gelingt aber nur, wenn zusätzliche Ausgaben gezielt in wachstumsfördernde Bereiche, etwa Bildung und Infrastruktur, umgeschichtet werden.

Die Berliner Wirtschaft wird sich aufgrund der robusten Entwicklung in den Zukunftsbranchen, insbesondere im Bereich Informations-/Kommunikationstechnologie, auch 2017 alles in allem sehr widerstandsfähig gegenüber einem unruhigen internationalen Umfeld zeigen. Neben der Brexit-Entscheidung im Vereinigten Königreich sowie dem gescheiterten Verfassungsreferendum und der Bankenkrise in Italien kommen Unsicherheiten über die Neuausrichtung der US-Politik hinzu. Zumindest von den angekündigten Investitionsprogrammen des neuen Präsidenten dürfte aber auch die Berliner Exportwirtschaft in den kommenden Jahren profitieren. Für die privaten Konsumausgaben bleiben die Rahmenbedingungen in Berlin 2017 ebenfalls günstig. Zu nennen ist hier die starke Rentenanpassung, die noch bis in das erste Halbjahr 2017 nachwirkt. Hinzu kommen die steigende Beschäftigung und die verfügbaren Einkommen sowie der anhaltende Touristenboom. Dagegen werden von den Ölpreisen künftig keine preisdämpfenden Wirkungen mehr ausgehen.

Kräftige Impulse wird die Berliner Konjunktur 2017 auch vom unternehmensnahen Dienstleistungsbereich bekommen. Vor allem die Digitalwirtschaft wird weiterhin sehr kräftig wachsen und im Umfeld der Startups zahlreiche neue Arbeitsplätze schaffen. Ein Bereich, der sich innerhalb der Digitalen Wirtschaft in den nächsten Jahren besonders rasant entwickeln wird, ist die technologiegetriebene Erstellung von neuartigen Lösungen für Finanz- und Versicherungsdienstleistungen. Als wichtiger Startup-Standort wird Berlin auch in diesem Teilbereich der Digitalen Wirtschaft deutschlandweit eine führende Position einnehmen und im internationalen Maßstab weithin sichtbar werden. Dies wird dokumentiert durch zahlreiche Fintech-Neugründungen, die anhaltende Zuwanderung von hoch qualifizierten Arbeitskräften und dem beachtlichen Zufluss an Wagniskapital.

In den nächsten Jahren wird Berlin durch die weiterhin große Zahl an Zuwanderern vor große Herausforderungen gestellt. Schon in den letzten Jahren sind unter dem Strich jährlich rund 40.000 Menschen in die deutsche Hauptstadt gezogen. Durch die bestehenden wirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb Europas werden die Migrationsströme aus Süd- und Osteuropa nach Deutschland anhalten. Hinzu kommen Menschen und Unternehmen, die nach dem Brexit-Votum im Vereinigten Königreich eine neue berufliche Orientierung suchen. Vor allem Großstädte wie Berlin dürften diese Wanderungsbewegungen zu spüren bekommen. Aktuell gehen die offiziellen Bevölkerungsprognosen für die Hauptstadt Berlin bis zum Jahr 2020 von einem Anstieg der Bevölkerung auf insgesamt 3,8 Mio. Einwohner aus – langfristig bis zum Jahr 2030 wird aktuell sogar eine Einwohnerzahl von 3,9 Mio. Personen prognostiziert. Diese Entwicklung erfordert enorme Baumaßnahmen in der deutschen Hauptstadt, vor allem bezüglich der Schaffung von Wohnraum innerhalb der Stadt. Aber auch die Infrastruktureinrichtungen, z. B. Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Straßen, Kulturstätten sowie der öffentliche Nahverkehr müssen in den nächsten Jahren an die neuen Bevölkerungsprognosen angepasst werden. Hinzu kommen die nachfolgenden privaten Investitionen, z. B. der Bau von Büro- und Gewerbeflächen. Allerdings sind große Bauvorhaben in Berlin, wie andernorts auch, oft langwierige und strittige Themen, die so manches Bauprojekt enorm verzögern und somit auch verteuern werden. In Berlin dürfte die Bauaktivität in den kommenden Jahren zusätzlich durch den Fachkräftemangel in einigen Handwerksberufen gebremst werden.

Im Jahr 2017 ist in Berlin mit weiter steigenden Preisen im Immobilienbereich zu rechnen. Zum einen wachsen Einwohner- und Beschäftigungszahlen sowie die Anzahl der Haushalte kontinuierlich. Gleichzeitig verharnte der Wohnungsneubau in den vergangenen Jahren auf relativ niedrigem Niveau. In der Regel generiert ein Bevölkerungsanstieg erst mit einer zwei- bis dreijährigen Verzögerung die entsprechende Bautätigkeit. Hinzu kommt, dass die auch 2017 anhaltende Unsicherheit über die weitere finanzwirtschaftliche Entwicklung im Euroraum die Flucht in Sachwerte weiterhin begünstigen wird und somit die Nachfrage nach Wohnungen als Kapitalanlage andauern wird. Alles in allem ist auch im Jahr 2017 mit weiter steigenden Preisen im Immobilienbereich zu rechnen. Sollte sich die Preisentwicklung auf dem Berliner Immobilienmarkt in einem sehr raschen Tempo fortsetzen, ist nicht auszuschließen, dass einige Preise über das aus fundamentaler Sicht gerechtfertigte Niveau hinausschießen, so dass es in regionalen Teilmärkten in einigen Segmenten zu Preisblasen kommen könnte. Werden die Berliner Immobilienpreise jedoch im internationalen Kontext analysiert, so zeigt dieser Vergleich relativ klar, dass Wohnungen in Berlin noch nicht zu teuer sind.

Auf Basis dieser prognostizierten volkswirtschaftlichen Entwicklung plant die Bank erneut ein ambitioniertes Neugeschäft und rechnet für das Jahr 2017 mit gleichbleibenden **operativen Erträgen** ohne Sondereffekte.

Aufgrund des unverändert anhaltenden Niedrigzinsumfeldes wird sich der **Zinsüberschuss** allerdings weiterhin rückläufig entwickeln. Die Zinserträge aus dem Fördergeschäft werden sich trotz sinkendem Forderungsbestand nur leicht reduzieren.

Auch im kommenden Jahr wird sich der **Verwaltungsaufwand** durch Altersversorgungsaufwendungen und Tarifiersteigerungen im Personalaufwand moderat erhöhen. Der Sachaufwand wird, neben steigenden Aufwendungen für Digitalisierung und Prozessoptimierung des Fördergeschäfts und für zahlreiche regulatorische Vorhaben, ein unverändertes Niveau haben. Dämpfend auf die Kostenentwicklung wirken die Maßnahmen zur Identifikation und Hebung von weiteren Effizienzpotenzialen.

Die **Förder-Cost-Income-Ratio** wird sich aufgrund der moderaten Entwicklung der Erträge und dem leichten Anstieg der Verwaltungskosten gegenüber dem Vorjahr leicht erhöhen.

Das **Risikovor-sorge-/Bewertungsergebnis** wird auch in 2017 voraussichtlich eher durch eine pauschale Vorsorgebildung als durch einzelne Kreditausfälle geprägt sein. Potenzielle Ratingverschlechterungen im Fördergeschäft könnten zukünftig höhere pauschale Vorsorgereserven für Adressausfallrisiken verursachen.

Die fortlaufende Dotierung der Vorsorgereserven wird zu einer weiteren Stärkung der Risikotragfähigkeit führen.

Insgesamt erwartet die IBB unter den Planungsannahmen für das Jahr 2017 ein deutlich niedrigeres **wirtschaftliches Ergebnis** als im Berichtsjahr.

Die IBB geht für 2017 davon aus, dass die **Bilanzsumme** aufgrund der Neugeschäftsplanung sowie der rückläufigen – zinsniveauubedingten – außerplanmäßigen Abgänge im Förderkreditgeschäft stabil bleiben wird. Bezüglich der **Refinanzierung** erwartet die IBB aufgrund ihres sehr guten Ratings, dass sie die notwendigen Refinanzierungsmittel unverändert problemlos am Kapitalmarkt aufnehmen kann.

Ebenso wird ein Anstieg der **Gesamtkapitalquote** im kommenden Jahr über dem Niveau der Werte des Jahres 2016 erwartet.

Insgesamt sind im neuen Geschäftsjahr keine grundlegenden strukturellen Veränderungen in der Geschäftstätigkeit der Bank geplant.

Geschäftsfeldplanung

Mit der Weiterentwicklung und dem Angebot effizienter Förderlösungen wird die IBB ihre Rolle bei der Förderung der Bereiche Wirtschafts-, Infrastruktur- und Wohnraumförderung des Standortes Berlin weiter stärken. Die Geschäftsfelder Wirtschaftsförderung und Immobilien- und Stadtentwicklung werden das Produktportfolio weiterhin bedarfsorientiert optimieren.

Im Geschäftsfeld **Immobilien- und Stadtentwicklung** wird nach der Wahl zum Abgeordnetenhaus die Wohnungsneubauförderung in Form der sozialen Wohnraumförderung weiter an Dynamik gewinnen. Eine Vielzahl von Neubauprojekten unserer Großkunden wurde bereits in das Wohnungsbauprogramm des Landes aufgenommen und steht vor der unmittelbaren Umsetzung. Die Möglichkeit zur Strukturierung der Gesamtfinanzierung unter Einbindung weiterer Förderprodukte lässt zusätzliche Geschäftspotenziale für die IBB erwarten. Auch außerhalb der sozialen Wohnraumförderung wird die IBB in 2017 weitere Neubauvorhaben begleiten und dabei verstärkt private Investoren und Genossenschaften begleiten.

Den Förderprodukten der IBB wird auch künftig eine große Bedeutung zukommen, da in Berlin weiterhin ein großer Modernisierungsbedarf besteht. Verschiedene Produktmodifikationen sind derzeit in der Planung, um die Förderangebote noch attraktiver zu gestalten. Der integrierte Betreuungsansatz von der Beratung zu energetischen Maßnahmen bis hin zum optimalen Fördermitteleinsatz wird nach Verstetigung des Beratungsangebotes ENEO (Energieberatung für Effizienz und Optimierung) auch für das kommende Jahr gewährleistet.

Auch in 2017 wird die IBB größere Vorhaben von kommunalen, genossenschaftlichen und privaten Unternehmen finanzieren und darüber hinaus weiterhin intensiv mit den Geschäftsbanken zusammenarbeiten, um durch die Vergabe von Konsortial- und Globaldarlehen Investitionen in Wohnimmobilien mittelbar zu fördern. Parallel wird die Zusammenarbeit mit den Hausbanken im Eigenheimgeschäft gestärkt.

Die IBB wird in 2017 noch weitere Vorhaben im Rahmen des Projektaufrufes „Experimenteller Geschosswohnungsbau“ bewilligen und die damit verbundenen Zuschüsse auszahlen.

Insgesamt wird im Geschäftsfeld Immobilien- und Stadtentwicklung für das Geschäftsjahr 2017 ein gegenüber dem Vorjahr konstantes Bewilligungsvolumen erwartet.

Im Geschäftsfeld **Wirtschaftsförderung** wird aufgrund der ungebrochenen dynamischen Entwicklung in allen Wirtschaftsbereichen sowie auf dem Arbeitsmarkt ein leicht steigendes Bewilligungsvolumen für das Jahr 2017 erwartet.

Die Finanzierungsbedingungen für den Mittelstand sind unverändert gut. Bei kleinen, jungen und innovativen Unternehmen bleiben jedoch strukturelle Probleme bestehen. Auch stellen notwendige Digitalisierungsmaßnahmen viele Unternehmen vor Finanzierungsschwierigkeiten. Mit den neuen Produkten „Berlin Innovativ“ und „Berlin Mittelstand 4.0“ wird die Digitalisierungsoffensive des Landes durch eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Berliner Geschäftsbanken unterstützt.

Der Koalitionsvertrag der neuen Berliner Regierung verspricht in den nächsten Jahren neue Sondergeschäfte für die IBB, da weitere bedeutende Investitionen in die öffentliche Infrastruktur kreditfinanziert werden sollen.

Das Ankerprodukt der Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsfinanzierung der IBB und der EU-Strukturfondsförderung in Berlin bleibt Pro FIT. Der Anteil von Darlehen, insbesondere für Projekte aus der wachsenden Berliner Startup-Szene, nimmt weiterhin zu. Für die allgemeine Gründungs- und KMU-Finanzierung soll der KMU-Fonds III in 2017 mit neuen EFRE-Mitteln ausgestattet werden.

Know-how, Engagement und Leistungsfähigkeit der Beschäftigten bilden die wesentlichen Grundlagen für die langfristige Geschäftstätigkeit der Bank. Die Gewinnung, Bindung und Entwicklung qualifizierter Beschäftigter stellen daher die drei wesentlichen Handlungsfelder der strategischen Personalpolitik dar. Die IBB positioniert sich in diesem Zusammenhang als zukunftsorientierter, sozial verantwortlicher Arbeitgeber. Durch flexible Arbeitszeitmodelle, hohe technische sowie Sicherheitsstandards, modernes Gesundheitsmanagement, Regelungen zu Chancengleichheit und Angebote für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie – insbesondere auch von Beruf und Pflege – schafft die IBB ein attraktives Arbeitsumfeld.

Die qualitative Entwicklung der Beschäftigten stellt einen wichtigen nichtfinanziellen Leistungsindikator für die IBB dar.

Wie in vergangenen Jahren werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter systematisch durch Weiterbildungs- und Personalentwicklungsmaßnahmen für ihre anspruchsvollen Aufgaben qualifiziert. Die Qualifikation der Mitarbeiter zu sichern und weiter auszubauen, um so die Bank optimal für die Herausforderungen des Marktes zu rüsten, ist Ziel für das kommende Berichtsjahr. Das hohe Niveau der durchschnittlichen Weiterbildung (3,7 Tage) aus 2016 wird konstant gehalten.

Das Thema strategische Personalentwicklung unter dem Aspekt des demografischen Wandels wird weiterhin einen Schwerpunkt der kommenden Berichtsjahre bilden.

Zusammenfassend erwartet der Vorstand für das Geschäftsjahr 2017 einen stabilen Geschäftsverlauf, geht jedoch davon aus, dass sich das wirtschaftliche Ergebnis weiter reduzieren wird. Im Vergleich zum Vorjahr wird weiterhin eine stabile Vermögens- und Finanzlage erwartet.

Abweichend zu den geplanten Ergebnissen für das Geschäftsjahr 2017 könnten sich aufgrund veränderter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen weitere **Chancen** und **Risiken** für die geschäftliche Entwicklung der IBB ergeben.

Eine weitere Zinssenkung würde den Zinsüberschuss und die Förder-Cost-Income-Ratio kurzfristig tendenziell positiv beeinflussen. Ein Verlassen des Niedrigzinsumfelds, beispielsweise im Zuge eines starken Zinsanstiegs, würde hingegen sowohl das wirtschaftliche Ergebnis als auch die Förder-Cost-Income-Ratio kurzfristig negativ beeinflussen. Sollte sich die Finanzmarktkrise erneut verschärfen, könnte sich dies nach den Erfahrungen aus der letzten Finanzmarktkrise positiv sowohl auf die Neugeschäftsvolumina als auch auf die Margen auswirken.

Ein verschlechtertes wirtschaftliches Umfeld würde in der Tendenz zu einem Neugeschäftsvolumen unter Plan führen.

Chancenpotenzial sieht die IBB bei einer Verbesserung der Ratings ihrer Engagements, was zu einem insgesamt geringeren Ansatz von bonitätsabhängigen Portfoliowertberichtigungen führen könnte.

Risikobericht

Organisation des Risikomanagements

Die Investitionsbank Berlin ist das Mutterunternehmen des IBB-Konzerns. Sie ist für das konzernweite Risikomanagement zuständig und aufgrund ihrer Größe und ihres Geschäfts maßgeblich für die Risikolage des Konzerns. Aus diesem Grund beziehen sich die nachfolgenden Ausführungen überwiegend auf die Investitionsbank Berlin. Die IBB unterliegt sämtlichen bankaufsichtsrechtlichen Normen des Risikomanagements.

Der Vorstand legt auf der Grundlage der Geschäftsstrategie die Risikostrategie fest. Inhalte der Risikostrategie sind insbesondere Teilstrategien zu allen wesentlichen Risikoarten sowie die Ableitung von Limiten und die Allokation des ökonomischen Kapitals. Durch einheitliche risikopolitische Grundsätze wird sichergestellt, dass die eingegangenen Risiken die Substanz des Unternehmens nicht gefährden und jederzeit kontrolliert und gesteuert werden können.

Die Bestimmung der Wesentlichkeit der Risikoarten erfolgt in einer Risikoinventur, die mindestens jährlich oder anlassbezogen durchgeführt wird, unter Berücksichtigung des Gesamtbankrisikoprofils der Bank. Während die Risikostrategie und die regelmäßige Risikoberichterstattung vor allem auf die Risiken eingehen, die aus dem Geschäftsbetrieb erwachsen, beinhaltet die Geschäftsstrategie auch die damit verbundenen Chancen. Über die Chancen wird im Rahmen der regelmäßigen Managementinformation berichtet.

Eine Funktionstrennung von risikoeingehenden und risiküberwachenden Bereichen ist vollständig von der Vorstandsebene bis zu den operativen Abteilungen umgesetzt. Der Vorstand hat wichtige Funktionen an ein von den risikoeingehenden Einheiten unabhängiges Risikocontrolling delegiert. Kernaufgaben und Verantwortlichkeiten der Abteilung Risikocontrolling sind:

- die Identifizierung, Messung, Limitierung und Überwachung sowie die Berichterstattung der für die IBB relevanten Risiken
- die Ableitung von Handlungsvorschlägen zur Steuerung der wesentlichen Risiken
- die Realisierung eines permanenten Prozesses zur Kontrolle und Weiterentwicklung der angewandten Modelle, Methoden und Prozesse zur Risikoquantifizierung, -überwachung und -steuerung sowie
- die Umsetzung einheitlicher Risikocontrollingstandards entsprechend den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Bestimmungen

Die Risikosteuerung wird innerhalb der genehmigten Limite und Kompetenzstufen vom Vorstand und von den operativen Einheiten wahrgenommen.

Die Darstellung der Gesamtbankrisikosituation gegenüber dem Vorstand und dem Aufsichtsorgan der IBB erfolgt quartalsweise in Form eines umfassenden Risikoberichtes, der einen Überblick über sämtliche Risiken der Bank gibt. Dabei werden insbesondere Aussagen zur aktuellen Risikotragfähigkeitsrechnung und zur Auslastung der jeweiligen Risikolimite getroffen.

Die Risikostrategie wird mindestens einmal jährlich überprüft, in Abstimmung zur Geschäftsstrategie sowie zur operativen und Mittelfristplanung der Bank aktualisiert und im Intranet der IBB veröffentlicht.

Risikoarten

Die wesentlichen Risiken, denen die Bank ausgesetzt ist, sind banktypische Risiken sowie die Risiken aus allgemeiner unternehmerischer Tätigkeit.

- Adressrisiko, inklusive Länderrisiko
- Spreadrisiko, inklusive Länderrisiko
- Marktpreisrisiko
- Operationelles Risiko
- Liquiditätsrisiko
- Beteiligungsrisiko

Die eingegangenen Risiken werden auf der Ebene der Gesamtbank erfasst, unabhängig davon, in welcher Organisationseinheit die Risiken verursacht wurden, und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Bank durch ein abgestimmtes System von Risikolimiten und organisatorischen Maßnahmen begrenzt. Vom Risikomanagement nicht erfasst sind lediglich Geschäfts-, Reputations-, Ertrags- und Modellrisiken.

Wertorientierte Risikotragfähigkeit

Die Bestimmung der Risikotragfähigkeit erfolgt in der IBB in wertorientierter (ökonomischer) Sichtweise unter Berücksichtigung der regulatorischen Eigenkapitalausstattung. Dazu werden monatlich die Verlustrisiken der wesentlichen Risikoarten grundsätzlich auf einem einheitlichen Konfidenzniveau von 99 % mit einem Risikohorizont von einem Jahr gemessen und dem Risikodeckungspotenzial gegenübergestellt. Sonstige Risiken fließen pauschal in die Risikotragfähigkeit ein. Dabei umfassen die sonstigen Risiken das Spektrum aller Risiken, die keiner anderen wesentlichen oder nicht wesentlichen Risikoart zugeordnet werden können und bei denen modellgestützte Bestimmungen der Verlustpotenziale, denen die IBB im Geschäftsbetrieb ausgesetzt ist, nur mit großer Unsicherheit möglich sind. Ursachen liegen dabei unter anderem in fehlenden, empirisch nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand bestimmbar Modellparametern zur Quantifizierung des Verlustpotenzials. Risikomindernde Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten werden nicht berücksichtigt. Ziel ist die Sicherstellung eines langfristigen Going-Concern der Bank. Als Stressszenario wird die wertorientierte Risikotragfähigkeit darüber hinaus in einer Liquidationssicht auf einem Konfidenzniveau von 99,9 % betrachtet. Zusätzlich wird quartalsweise eine GuV-orientierte Going-Concern-Risikotragfähigkeit auf einem Konfidenzniveau von 99 % berechnet. Die Einhaltung dieser Sichtweise stellt eine strenge Nebenbedingung dar.

Im Berichtsjahr wurden folgende wesentlichen Änderungen im Risikomanagementsystem vorgenommen:

- Wechsel der Datenbasis zur Schätzung von Branchenkorrelationen für das Adressrisikomodell (Ausfallzeitreihen statt Aktienkurszeitreihen) und trennschärfere Einteilung der Branchen
- Umstellung der Berücksichtigung von Pensionsverpflichtungen bei der Ermittlung des Risikodeckungspotenzials von HGB auf IFRS-Rückstellung. Einbeziehung der Zahlungsströme aus Pensionsverpflichtungen in die Messung des Marktpreisrisikos
- Wechsel bei Ermittlung der Abschläge für gesetzliche Kündigungsrechte bei Darlehen von Expertenschätzung auf Bewertung mit Hilfe eines marktkonformen Optionspreismodells
- Verzicht auf Spiegelung der Marktdatenveränderungen im VaR-Modell zur Quantifizierung des Marktpreisrisikos
- Änderung der Bewertungsbasis für besicherte Swaps in der Risikomessung von EURIBOR-3-Monats-Swap bzw. EURIBOR-6-Monats-Swap auf EONIA-Swapkurve
- Umstellung der risikolosen Zinsstrukturkurve von Swap-6-Monate auf die EONIA-Swapkurve

Zum 31.12.2016 betrug die Auslastung des Risikodeckungspotenzials 43,9 % und sank im Vergleich zum Vorjahr um 8,9 Prozentpunkte. Die Entlastung der Risikokennzahlen ist auf verschiedene, teilweise gegenläufige marktinduzierte Effekte, Bestandsänderungen sowie auf die Modelländerungen zurückzuführen

Die wertorientierte Risikotragfähigkeit war im Geschäftsjahr 2016 zu jedem Zeitpunkt gegeben.

Wertorientierte Risikotragfähigkeit der Investitionsbank Berlin in Mio. Euro

	31.12.2016		31.12.2015	
Risikolimit	647,4	100,0 %	844,9	100,0 %
Adressrisiko	99,4		269,6	
davon Kreditrisiko	75,7		189,8	
davon Emittenten-, Kontrahentenrisiko	61,1		82,4	
Spreadrisiko	71,3		79,7	
Beteiligungsrisiko	27,5		26,9	
Marktpreisrisiko	49,1		38,3	
Operationelles Risiko	28,3		24,5	
Liquiditätsrisiko	0,4		0,0	
Sonstige Risiken	8,0		8,0	
Gesamtbankrisiko	284,0	43,9 %	446,3	52,8 %

Um das Risikoprofil der Bank auch in Stresssituationen beurteilen zu können, wird außer den Verfahren zur Bestimmung der Verlustrisiken unter normalen Marktbedingungen regelmäßig ein breites Spektrum an Stress- und Szenarioanalysen inklusive eines Gone-Concern-Szenarios für alle wesentlichen Risiken und Risikoarten durchgeführt. Über die Ergebnisse wird quartalsweise im Rahmen des Risikoberichtes berichtet. Zusätzlich werden ggf. anlassbezogenen Stresstests durchgeführt. Es werden außergewöhnliche, aber plausibel mögliche Ereignisse in geeigneten historischen, hypothetischen und inversen Szenarien abgebildet.

Zur fortlaufenden Sicherstellung der Risikotragfähigkeit wurden entsprechend der beabsichtigten Kapitalallokation der IBB Risikolimits für die Verlustrisiken festgelegt. Das Limitsystem ist dabei so gestaltet, dass durch das Einhalten der wertorientierten Risikolimits auch die regulatorischen Anforderungen eingehalten werden.

Adressrisiko

Unter dem Adressrisiko versteht die IBB das Risiko von Verlusten aufgrund unerwarteter Ausfälle oder unerwarteter Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern.

Im Rahmen der jährlichen Validierung werden die Angemessenheit des Risikomodells, die Portfoliodaten, die Parameter sowie die Kalkulationseinstellungen überprüft. Im Berichtsjahr 2016 wurden aus der Validierung keine Maßnahmen abgeleitet.

Der operative Handlungsrahmen des Kreditportfolio-Managements umfasst außer der unterjährigen Überwachung der Entwicklung der Kreditportfolioqualität auch das Monitoring der wesentlichen Einzelkreditnehmer bzw. der portfoliostrukturbezogenen Risikotreiber. Die Quantifizierung und Überwachung des Verlustpotenzials aus Adressrisiken erfolgt über die Risikokennzahl Credit Value at Risk (CVaR) mit einem 99 %-Konfidenzniveau bei einem Risikohorizont von einem Jahr.

Ein zentraler Bestandteil des Risikomanagements für Adressrisiken in der IBB ist der Einsatz eines Limitsystems, das ein ungewolltes bzw. unkontrolliertes Anwachsen der Verlustrisiken verhindern soll. Die zentrale Limitüberwachung auf Portfolioebene erfolgt durch das Risikocontrolling. Darüber hinaus werden Limite für Global- und Einzelgeschäfte vom Vorstand beschlossen. Die Einhaltung der Limite wird durch den Bereich Kreditbetreuung untertäglich überwacht.

Die IBB hat zu zentralen Fragestellungen des Kreditportfolios ein Risikokomitee (alt: Kreditkomitee) eingerichtet, das sich mit Risikofragen im Förderkreditgeschäft und im Geschäft mit institutionellen Kunden beschäftigt. Außerdem werden dort alle die Kreditbearbeitung betreffenden operationellen Risiken erörtert.

Die IBB nutzt im nennenswerten Umfang Sicherheiten, insbesondere öffentliche Bürgschaften sowie Realsicherheiten, zur Minderung ihrer Adressrisiken. Die im Rahmen des Kreditgeschäfts in Form von öffentlichen Bürgschaften und Grundpfandrechten erhaltenen Sicherheiten werden in der Tabelle Entwicklung maximale Adressrisiken IBB 2015–2016 aufgeführt. Diese Sicherheiten dürfen nur bei Zahlungsverzug verwertet werden. Bezüglich weiterer erhaltener Sicherheiten verweisen wir auf die Notesangaben zu Wertpapierpensionsgeschäften (63) und zu den Sicherungsleistungen (64).

Kreditrisiko

Im Fokus des Kreditgeschäftes der IBB steht, entsprechend ihrem Förderauftrag, die Region Berlin. Die Kreditrisiken der Bank resultieren im Wesentlichen aus den Geschäftsfeldern Immobilienförderung und Wirtschaftsförderung.

Aus den öffentlich verbürgten Förderdarlehen und den Krediten nicht im Risiko der IBB (z. B. Landesmittel) entstehen für die IBB lediglich unwesentliche Adressrisiken aufgrund von Provisions- oder Gebührenzahlungen. Diese sind dennoch Gegenstand des Kreditrisikomanagement-Prozesses.

Ausfallwahrscheinlichkeiten gemäß DSGVO-Masterskala in %

Ratingklasse	1–5	6–11	12–15	16–18	ungeratet
Ausfallwahrscheinlichkeit	< 0,4	0,6 bis 4,4	6,7 bis 45,0	Ausfall	5

Kredite im Risiko der IBB nach Segmenten und Ratingklassen in Mio. Euro

Segment/Rating	1–5	6–11	12–15	16–18	ungeratet	Gesamt	mCVaR ^[1]
Wirtschaftsförderung	1.700,7	763,7	11,8	19,6	11,4	2.507,3	14,1
Mietwohnungsbau	5.930,8	908,9	18,1	25,1	97,6	6.980,5	57,0
Eigentumsmaßnahmen	82,7	332,3	19,9	24,3	2,8	460,1	4,6
Inanspruchnahme Gesamt	7.714,2	2.004,9	47,8	69,0	111,9	9.947,9	75,7
in %	77,5	20,2	0,5	0,7	1,1	100,0	
(marginaler) CVaR	41,8	29,6	2,1	0,0	2,2	75,7	
in %	55,2	39,1	2,8	0,0	2,9	100,0	

[1] marginaler Credit Value at Risk

Das Kreditrisiko gemessen als marginaler Credit Value at Risk (mCVaR) hat sich ggü. dem Vorjahr deutlich von 189,8 Mio. Euro auf 75,7 Mio. Euro reduziert. Die Reduzierung ist im Wesentlichen auf den Wechsel der Datenbasis zur Schätzung von Branchenkorrelationen für das Adressrisikomodell (Ausfallzeitreihen statt Aktienkurszeitreihen) und trennschärfere Einteilung der Branchen zurückzuführen.

Kredite nicht im Risiko der IBB nach Segmenten und Ratingklassen in Mio. Euro

Segment/Rating	1–5	6–11	12–15	16–18	ungeratet	Gesamt
Wirtschaftsförderung	0,0	1,5	0,0	55,5	110,7	167,6
Mietwohnungsbau	1.400,7	1.028,6	12,3	326,6	205,4	2.973,7
Eigentumsmaßnahmen	37,5	19,8	3,2	4,8	0,2	65,4
Inanspruchnahme Gesamt	1.438,2	1.049,8	15,4	386,9	316,3	3.206,6
in %	44,9	32,7	0,5	12,1	9,9	100,0

Das Volumen der Kredite nicht im Risiko der IBB hat sich gegenüber dem Vorjahr von 3.800,5 Mio. Euro auf 3.206,6 Mio. Euro reduziert. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus dem Teilportfolio Mietwohnungsbau.

Emittenten- und Kontrahentenrisiko

Emittenten- und Kontrahentenrisiken des IBB-Portfolios resultieren aus den Geld- und Kapitalmarkt-Engagements des Banksteuerungs- und Treasuryportfolios. Die Engagements werden ausschließlich in klassischen Instrumenten, wie beispielsweise Termingeldern, Wertpapieren und Schuldscheindarlehen, getätigt. Derivative Produkte in Form von Zinsswaps dienen zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos. Strukturierte Kreditprodukte sind nicht Bestandteil des Portfolios.

Inanspruchnahme Geld- und Kapitalmarktgeschäft nach Ratingklassen in Mio. Euro

Rating	1–5	6–11	12–15	Ausfall	ungeratet	Gesamt	mCVar
IA Gesamt	6.104,3	124,8	0,0	0,0	0,0	6.229,2	61,1

Die Reduzierung des Emittenten- und Kontrahentenrisikos ggü. dem Vorjahr von 82,4 Mio. Euro auf 61,1 Mio. Euro erklärt sich im Wesentlichen durch den Wechsel der Datenbasis zur Schätzung von Branchenkorrelationen für das Adressrisikomodell (Ausfallzeitreihen statt Aktienkurszeitreihen) und trennschärfere Einteilung der Branchen.

Das maximale Ausfallrisiko gemäß IFRS 7.36 (a) entspricht zum Bilanzstichtag mit Ausnahme der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden dem Buchwert der finanziellen Vermögenswerte.

Für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden entspricht das maximale Ausfallrisiko dem Buchwert (13.256,4 Mio. Euro, Vorjahr: 14.322,6 Mio. Euro) unter Berücksichtigung der Wertberichtigungen (22,8 Mio. Euro, Vorjahr: 39,2 Mio. Euro). Für Finanzgarantien und unwiderrufliche Kreditzusagen entspricht das maximale Ausfallrisiko dem Nominalwert abzüglich gebildeter Risikovorsorge (946,4 Mio. Euro, Vorjahr: 538,5 Mio. Euro). Sicherheiten sowie sonstige risikomindernde Vereinbarungen sind in diesen Beträgen nicht berücksichtigt. Im Folgenden werden das Ausfallrisiko und die erhaltenen Sicherheiten dargestellt.

Entwicklung maximale Adressenrisiken IBB 2015 – 2016

Segment	Adressrisikobetrag				Wert der erhaltenen Sicherheiten ³	
	in Mio. Euro		in %		31.12.2016	31.12.2015
Wirtschaftsförderung	2.642,3	2.567,4	13,6	13,0	1.416,9	1.484,7
Inanspruchnahme	2.343,1	2.465,3	12,1	12,5	1.412,0	1.479,4
Loans and Receivables	2.335,3	2.456,9	12,1	12,4	1.412,0	1.478,6
Financial Assets at Fair Value	7,8	8,4	0,0	0,0	0,0	0,8
Auszahlungsverpflichtungen	215,4	25,4	1,1	0,1	4,7	5,3
Finanzgarantien	83,8	76,7	0,4	0,4	0,2	0,0
Mietwohnungsbau	9.551,9	9.767,7	49,3	49,4	7.891,5	8.549,6
Inanspruchnahme	8.910,6	9.314,3	46,0	47,1	7.677,7	8.272,6
Loans and Receivables	8.910,6	9.312,0	46,0	47,1	7.677,7	8.272,6
Financial Assets at Fair Value	0,0	2,3	0,0	0,0	0,0	0,0
Auszahlungsverpflichtungen	587,9	400,3	3,0	2,0	190,6	260,0
Finanzgarantien	53,4	53,1	0,3	0,3	23,2	17,1
Eigentumsmaßnahmen	500,1	626,3	2,6	3,2	239,5	415,3
Inanspruchnahme	495,0	622,6	2,6	3,1	239,5	415,3
Loans and Receivables	495,0	622,6	2,6	3,1	239,5	415,3
Auszahlungsverpflichtungen	5,1	3,7	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	12.694,3	12.961,4	65,5	65,5	9.547,9	10.449,6
Inanspruchnahme	11.748,7	12.402,3	60,6	62,7	9.329,2	10.167,3
Loans and Receivables	11.740,9	12.391,5	60,6	62,6	9.329,2	10.166,5
Financial Assets at Fair Value	7,8	10,7	0,0	0,1	0,0	0,8
Auszahlungsverpflichtungen	808,5	429,4	4,2	2,2	195,3	265,2
Finanzgarantien	137,2	129,8	0,7	0,7	23,4	17,1
Bankbuch	6.565,5	6.717,9	33,9	33,9	164,1	80,6
Inanspruchnahme	6.565,5	6.717,9	33,9	33,9	164,1	80,6
Loans and Receivables	1.503,0	1.581,4	7,8	8,0	0,0	5,6
Financial Assets at Fair Value	3.505,1	3.486,0	18,1	17,6	164,1	75,0
Available for Sale	1.557,4	1.650,5	8,0	8,3	0,0	0,0
Beteiligungen der IBB¹	3,1	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0
Inanspruchnahme	3,1	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0
Available for Sale	3,1	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe IBB	19.263,0	19.679,6	99,4	99,4	9.712,0	10.530,2
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB-Gruppe²	109,7	110,2	0,6	0,6	0,0	0,0
Inanspruchnahme	109,7	110,2	0,6	0,6	0,0	0,0
Loans and Receivables	15,6	21,7	0,1	0,1	0,0	0,0
Financial Assets at Fair Value	94,1	88,5	0,5	0,4	0,0	0,0
Available for Sale	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe IBB-Gruppe	19.372,7	19.789,8	100,0	100,0	9.712,0	10.530,2

¹ Die Position betrifft die nicht konsolidierten Beteiligungen Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH, IBB Business Team GmbH, Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG, BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG und Berlin-Online Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH, IBB Technologie Entwicklungsfonds GmbH & Co. KG, Berlin Tourismus & Kongress GmbH (erstmalig 2016).

² Dargestellt werden die Finanzinstrumente der verbundenen Unternehmen IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, VC Fonds Berlin GmbH, VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH, VC Fonds Technologie Berlin GmbH, Immobiliengesellschaft Spreestadt-Wegelystraße mbH, BTGI Berliner Trägergesellschaft für Gewerbe-Infrastrukturmaßnahmen mbH (BTGI), ipal Gesellschaft für Patentverwertung Berlin mbH.

³ Vgl. Adressrisiko, Ausführungen zu Sicherheiten

Das Gesamtportfolio des Konzerns IBB verfügt nach wie vor über eine hohe Kreditqualität. So werden zum 31.12.2016 86,9 % der Finanzinstrumente von Kreditnehmern mit einer Ausfallwahrscheinlichkeit von nicht größer als 1,08 % in Anspruch genommen. Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2015 erhöhte sich der Anteil dieser Bonitätsklassen mit einer sehr geringen Ausfallwahrscheinlichkeit um 3,2 %-Punkte. Ein weiterer Indikator für die gute Qualität des Gesamtportfolios ist der Anteil von 98,0 % der Finanzinstrumente, die weder überfällig noch wertgemindert sind. Im Vergleich zum Jahr 2015 stieg dieser Wert um 3,2 %-Punkte.

Kreditqualität der Finanzinstrumente, die weder überfällig noch wertgemindert sind zum 31.12.2016 in Mio. Euro

Ratingstufe	1 – 3	4 – 7	8 – 12	13 – 15	16 – 18	ungeratet	Summe
Segment/ Ausfallwahrscheinlichkeit	0,21 %	1,08 %	8,16 %	> 8,16 %	ausgefallen		
Wirtschaftsförderung	1.813,6	233,2	567,4	2,2	5,9	8,9	2.631,2
Inanspruchnahme	1.760,6	203,4	354,6	1,1	5,7	6,6	2.332,0
Loans and Receivables	1.760,6	201,6	350,7	0,1	5,7	6,6	2.325,4
Financial Assets at Fair Value	0,0	1,7	3,9	1,0	0,1	0,0	6,6
Auszahlungsverpflichtungen	10,1	0,4	204,6	0,0	0,0	0,2	215,4
Finanzgarantien	42,8	29,4	8,3	1,0	0,2	2,0	83,8
Mietwohnungsbau	5.326,7	2.533,4	951,3	28,1	135,2	236,7	9.211,5
Inanspruchnahme	4.888,6	2.419,3	865,7	28,1	135,2	233,4	8.570,3
Loans and Receivables	4.888,6	2.419,3	865,7	28,1	135,2	233,4	8.570,3
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Auszahlungsverpflichtungen	395,5	106,5	82,4	0,0	0,1	3,2	587,8
Finanzgarantien	42,6	7,5	3,2	0,0	0,0	0,0	53,4
Eigentumsmaßnahmen	20,0	351,4	84,7	10,3	3,6	2,7	742,6
Inanspruchnahme	19,6	349,0	83,8	10,0	3,6	1,7	467,8
Loans and Receivables	19,6	349,0	83,8	10,0	3,6	1,7	467,8
Auszahlungsverpflichtungen	0,4	2,4	0,9	0,3	0,0	1,0	4,9
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	7.160,3	3.118,1	1.603,5	40,5	144,7	248,3	12.315,3
Inanspruchnahme	6.668,8	2.971,7	1.304,2	39,2	144,5	241,8	11.370,1
Loans and Receivables	6.668,8	2.970,0	1.300,3	38,3	144,4	241,8	11.363,5
Financial Assets at Fair Value	0,0	1,7	3,9	1,0	0,1	0,0	6,6
Auszahlungsverpflichtungen	406,1	109,4	287,8	0,3	0,1	4,5	808,0
Finanzgarantien	85,4	37,0	11,5	1,0	0,2	2,0	137,2
Bankbuch	6.001,5	549,4	14,6	0,0	0,0	0,0	6.565,6
Inanspruchnahme	6.001,5	549,4	14,6	0,0	0,0	0,0	6.565,6
Loans and Receivables	1.141,7	359,2	2,1	0,0	0,0	0,0	1.503,1
Financial Assets at Fair Value	3.332,8	169,9	2,3	0,0	0,0	0,0	3.505,1
Available for Sale	1.527,0	20,2	10,2	0,0	0,0	0,0	1.557,4
Beteiligungen der IBB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	3,1	3,1
Inanspruchnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	3,1	3,1
Available for Sale	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	3,1	3,1
Summe IBB	13.161,8	3.667,5	1.618,1	40,5	144,7	251,4	18.884,0
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB-Gruppe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	109,7	109,7
Inanspruchnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	109,7	109,7
Loans and Receivables	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	15,6	15,6
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	94,1	94,1
Available for Sale	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe IBB-Gruppe	13.161,8	3.667,5	1.618,1	40,5	144,7	361,1	18.993,7
	67,9 %	18,9 %	8,4 %	0,2 %	0,7 %	1,9 %	98,0 %¹

¹ Anteil am Gesamtbuchwert der Finanzinstrumente der IBB-Gruppe

Kreditqualität der Finanzinstrumente, die weder überfällig noch wertgemindert sind zum 31.12.2015 in Mio. Euro

Ratingstufe	1 – 3	4 – 7	8 – 12	13 – 15	16 – 18	ungeratet	Summe
Segment/Ausfallwahrscheinlichkeit	0,21 %	1,08 %	8,16 %	> 8,16 %	ausgefallen		
Wirtschaftsförderung	1.809,1	215,1	79,6	350,9	0,5	10,9	2.466,0
Inanspruchnahme	1.784,8	184,7	71,4	317,9	0,2	6,8	2.365,7
Loans and Receivables	1.784,8	184,7	65,7	317,9	0,0	6,8	2.359,8
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	5,7	0,0	0,2	0,0	5,9
Auszahlungsverpflichtungen	19,9	0,5	0,4	4,5	0,0	0,1	25,4
Finanzgarantien	4,5	29,9	7,9	28,4	0,3	4,0	74,9
Mietwohnungsbau	4.341,9	3.068,7	981,2	63,7	131,3	313,4	8.900,2
Inanspruchnahme	4.056,0	2.924,1	978,6	63,7	131,3	307,9	8.461,7
Loans and Receivables	4.056,0	2.922,3	978,1	63,7	131,3	307,9	8.459,3
Financial Assets at Fair Value	0,0	1,8	0,5	0,0	0,0	0,0	2,3
Auszahlungsverpflichtungen	261,3	116,1	2,6	0,0	0,0	5,5	385,5
Finanzgarantien	24,6	28,5	0,0	0,0	0,0	0,0	53,1
Eigentumsmaßnahmen	20,2	441,9	83,5	7,0	2,1	4,7	559,3
Inanspruchnahme	20,2	439,7	82,9	7,0	2,1	4,0	555,8
Loans and Receivables	20,2	439,7	82,9	7,0	2,1	4,0	555,8
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	2,2	0,6	0,0	0,0	0,6	3,4
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	6.171,2	3.725,6	1.144,3	421,6	133,9	329,0	11.925,5
Inanspruchnahme	5.860,9	3.548,5	1.132,8	388,6	133,6	318,8	11.383,2
Loans and Receivables	5.860,9	3.546,7	1.126,7	388,6	133,4	318,8	11.375,0
Financial Assets at Fair Value	0,0	1,8	6,1	0,0	0,2	0,0	8,2
Auszahlungsverpflichtungen	281,2	118,7	3,6	4,5	0,0	6,2	414,3
Finanzgarantien	29,1	58,4	7,9	28,4	0,3	4,0	128,0
Bankbuch	6.476,8	182,2	59,0	0,0	0,0	0,0	6.717,9
Inanspruchnahme	6.476,8	182,2	59,0	0,0	0,0	0,0	6.717,9
Loans and Receivables	1.514,3	55,2	11,8	0,0	0,0	0,0	1.581,4
Financial Assets at Fair Value	3.378,9	107,1	0,0	0,0	0,0	0,0	3.486,0
Available for Sale	1.583,5	19,9	47,1	0,0	0,0	0,0	1.650,5
Beteiligungen der IBB	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,1	0,3
Inanspruchnahme	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,1	0,3
Available for Sale	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,1	0,3
Summe IBB	12.648,0	3.907,8	1.203,5	421,6	133,9	329,0	18.643,7
Finanzinstrumente weiterer							
Mitglieder der IBB-Gruppe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	109,6	109,6
Inanspruchnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	109,6	109,6
Loans and Receivables	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	21,1	21,1
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	88,5	88,5
Available for Sale	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe IBB-Gruppe	12.648,0	3.907,8	1.203,5	421,6	133,9	438,7	18.753,3
	63,9 %	19,7 %	6,1 %	2,1 %	0,7 %	2,2 %	94,8 %¹

¹ Anteil am Gesamtbuchwert der Finanzinstrumente der IBB-Gruppe

Der Anteil überfälliger, nicht wertgeminderter Finanzinstrumente im Portfolio der IBB beträgt 1,9 %.

Überfällige, nicht wertgeminderte Finanzinstrumente zum 31.12.2016, in Mio. Euro

Segment/Verzugsdauer	Verzug ≤ 10 Tage	Verzug > 10 Tage und ≤ 90 Tage	Verzug > 90 Tage und ≤ 180 Tage	Verzug > 180 Tage und ≤ 1 Jahr	Verzug > 1 Jahr	Summe in Mio. Euro	Fair-Value der gestellten Sicherheiten
Wirtschaftsförderung	9,0	0,2	0,2	0,1	0,3	9,8	0,7
Inanspruchnahme	9,0	0,2	0,2	0,1	0,3	9,8	0,7
Loans and Receivables	7,8	0,2	0,2	0,1	0,3	8,6	0,7
Financial Assets at Fair Value	1,2	0,0	0,0	0,0	0,0	1,2	0,0
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzgarantien	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mietwohnungsbau	121,9	10,4	0,2	1,9	205,5	339,9	334,8
Inanspruchnahme	121,9	10,4	0,2	1,9	205,2	339,7	334,5
Loans and Receivables	121,9	10,4	0,2	1,9	205,2	339,7	334,5
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzgarantien	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Eigentumsmaßnahmen	11,7	0,0	0,0	0,3	3,4	15,4	13,0
Inanspruchnahme	11,6	0,0	0,0	0,3	3,4	15,4	13,0
Loans and Receivables	11,6	0,0	0,0	0,3	3,4	15,4	13,0
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	142,5	10,6	0,5	2,3	209,2	365,1	348,5
Inanspruchnahme	142,5	10,6	0,5	2,3	209,0	364,8	348,3
Loans and Receivables	141,3	10,6	0,5	2,3	209,0	363,7	348,3
Financial Assets at Fair Value	1,2	0,0	0,0	0,0	0,0	1,2	0,0
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,2	0,2
Finanzgarantien	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe IBB	142,5	10,6	0,5	2,3	209,2	365,1	348,5
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB-Gruppe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe IBB-Gruppe	142,5	10,6	0,5	2,3	209,2	365,1	348,5
	0,7 %	0,1 %	0,0 %	0,0 %	1,1 %	1,9 %¹	

¹ Anteil am Gesamtbuchwert der Finanzinstrumente der IBB-Gruppe

Überfällige, nicht wertgeminderte Finanzinstrumente zum 31.12.2015, in Mio. Euro

Segment/Verzugsdauer	Verzug ≤ 10 Tage	Verzug > 10 Tage und ≤ 90 Tage	Verzug > 90 Tage und ≤ 180 Tage	Verzug > 180 Tage und ≤ 1 Jahr	Verzug > 1 Jahr	Summe in Mio. Euro	Fair-Value der gestellten Sicherheiten
Wirtschaftsförderung	70,5	24,9	0,1	0,9	1,6	98,0	7,1
Inanspruchnahme	68,7	24,9	0,1	0,9	1,6	96,3	7,1
Loans and Receivables	66,2	24,9	0,1	0,9	1,6	93,7	7,1
Financial Assets at Fair Value	2,5	0,0	0,0	0,0	0,0	2,5	0,0
Finanzgarantien	1,7	0,0	0,0	0,0	0,0	1,7	0,0
Mietwohnungsbau	753,4	32,9	40,1	10,9	27,5	864,8	804,2
Inanspruchnahme	738,8	32,7	40,1	10,9	27,5	850,0	789,6
Loans and Receivables	738,8	32,7	40,1	10,9	27,5	850,0	789,6
Auszahlungsverpflichtungen	14,6	0,2	0,0	0,0	0,0	14,9	14,6
Eigentumsmaßnahmen	32,2	2,3	1,0	2,3	11,8	49,6	41,0
Inanspruchnahme	32,1	2,3	1,0	2,3	11,8	49,5	41,0
Loans and Receivables	32,1	2,3	1,0	2,3	11,8	49,5	41,0
Auszahlungsverpflichtungen	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	856,1	60,1	41,2	14,1	40,9	1.012,5	852,3
Inanspruchnahme	839,7	59,8	41,2	14,1	40,9	995,8	837,6
Loans and Receivables	837,1	59,8	41,2	14,1	40,9	993,2	837,6
Financial Assets at Fair Value	2,5	0,0	0,0	0,0	0,0	2,5	0,0
Auszahlungsverpflichtungen	14,7	0,2	0,0	0,0	0,0	15,0	14,6
Finanzgarantien	1,7	0,0	0,0	0,0	0,0	1,7	0,0
Summe IBB	856,1	60,1	41,2	14,1	40,9	1.012,5	852,3
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB-Gruppe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe IBB-Gruppe	856,1	60,1	41,2	14,1	40,9	1.012,5	852,3
	4,3 %	0,3 %	0,2 %	0,1 %	0,2 %	5,1 %¹	

¹ Anteil am Gesamtbuchwert der Finanzinstrumente der IBB-Gruppe

Individuell wertgeminderte Finanzinstrumente (EWB), in Mio. Euro

Segment	Buchwert vor Wertminderung		Betrag der Wertminderung		Buchwert nach Wertminderung		Fair-Value der gestellten Sicherheiten	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Wirtschaftsförderung	2,9	10,1	1,6	6,8	1,3	3,3	0,0	0,0
Inanspruchnahme	2,9	10,1	1,6	6,8	1,3	3,3	0,0	0,0
Loans and Receivables	2,9	10,1	1,6	6,8	1,3	3,3	0,0	0,0
Mietwohnungsbau	1,2	4,3	0,6	1,7	0,6	2,7	0,5	1,1
Inanspruchnahme	1,2	4,3	0,6	1,7	0,6	2,7	0,5	1,1
Loans and Receivables	1,2	4,3	0,6	1,7	0,6	2,7	0,5	1,1
Eigentumsmaßnahmen	21,7	31,4	9,6	14,0	12,0	17,4	1,7	11,1
Inanspruchnahme	21,4	31,3	9,6	14,0	11,8	17,3	1,7	11,1
Loans and Receivables	21,4	31,3	9,6	14,0	11,8	17,3	1,7	11,1
Auszahlungsverpflichtungen	0,2	0,1	0,0	0,0	0,2	0,1	0,0	0,0
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	25,7	45,9	11,7	22,4	13,9	23,4	2,3	12,2
Inanspruchnahme	25,5	45,7	11,7	22,4	13,7	23,3	2,3	12,2
Loans and Receivables	25,5	45,7	11,7	22,4	13,7	23,3	2,3	12,2
Auszahlungsverpflichtungen	0,2	0,1	0,0	0,0	0,2	0,1	0,0	0,0
Summe IBB	25,7	45,9	11,7	22,4	13,9	23,4	2,3	12,2
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB-Gruppe	0,0	0,7	0,0	0,1	0,0	0,6	0,0	0,0
Inanspruchnahme	0,0	0,7	0,0	0,1	0,0	0,6	0,0	0,0
Loans and Receivables	0,0	0,7	0,0	0,1	0,0	0,6	0,0	0,0
Summe IBB-Gruppe	25,7	46,6	11,7	22,5	13,9	24,0	2,3	12,2
					0,1 %¹	0,1 %¹		

¹ Anteil am Gesamtbuchwert der Finanzinstrumente der IBB-Gruppe

Spreadrisiko

Die Bank definiert Spreadrisiken als Verlustrisiken aus systematischen und kreditnehmerspezifischen, marktinduzierten Veränderungen der Credit Spreads über alle Ratingklassen innerhalb des Solvenzbereiches hinweg.

Spreadrisiken entstehen für die Bank ausschließlich aus Positionen des Banksteuerungs- und Treasuryportfolios und sind innerhalb der Risikotragfähigkeitsberechnung limitiert. Außerdem werden regelmäßig im Rahmen eines Asset-Liability-Committee Handlungserfordernisse abgestimmt. Die Risikolimitüberwachung erfolgt monatlich auf Portfolioebene.

Die Adress- und Spreadrisiken des Portfolios werden additiv berücksichtigt, d. h. ohne Berücksichtigung etwaiger Diversifikationseffekte.

Die Bank steuert und überwacht das Spreadrisiko mittels der Kennzahl Credit Spread Value at Risk (CSVaR) gerechnet mit einem 99 %-Konfidenzniveau auf einen Risikohorizont von einem Jahr.

Spreadrisiken (CSVaR) nach Ratingklassen und Branchen in Mio. Euro

Rating	1			2 – 3	4 – 7	8 – 12	13 – 15	Gesamt
	AAAA/ AAA	AA+/ AA –	A+/ A/A –					
Banken und Versicherungen des Inlands	3,4	8,7	5,2	1,0	1,8	0,6	0,0	20,6
Banken und Versicherungen des Auslands	1,9	5,8	19,4	7,9	1,5	0,0	0,0	36,5
Öffentliche Hand Inland	1,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,8
Öffentliche Hand Ausland	3,0	7,0	2,5	0,0	0,0	0,0	0,0	12,5
Corporates	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe CSVaR	10,1	21,4	27,1	8,9	3,3	0,6	0,0	71,3

Das Spreadrisiko für die Branche Banken und Versicherungen des Auslands beträgt 36,5 Mio. Euro ggü. 33,9 Mio. Euro im Vorjahr und ist damit gestiegen, primär in der Folge von Downgrades. Die Gesamt-Reduzierung von 79,7 Mio. Euro auf 71,3 Mio. Euro ist auf die Umstellung der risikolosen Zinsstrukturkurve von Swap-6-Monate auf die EONIA-Swapkurve zurückzuführen.

Beteiligungsrisiko

Die Venture-Capital-Beteiligungen der IBB Beteiligungsgesellschaft und der von ihr gemanagten VC Fonds unterliegen dem Beteiligungsrisiko. Das Beteiligungsrisiko berücksichtigt nicht nur den Ausfall von Beteiligungsunternehmen, sondern auch Verlustereignisse, die durch Marktwertänderungen verursacht werden können. Um die Risiken des Venture-Capital-Portfolios der IBB zu bestimmen und steuern zu können, verwendet die IBB ein erweitertes Kreditrisikomodell. Das Modell quantifiziert dabei das Risiko als unerwarteten Verlust mit einem 99 %-Konfidenzniveau bei einem Risikohorizont von einem Jahr.

Das Beteiligungsrisiko wurde im Berichtsjahr erstmalig als wesentliche Risikoart eingestuft. Das Beteiligungsrisiko betrug zum 31.12.2016 27,5 Mio. Euro (Vorjahr 26,9 Mio. Euro).

Gefährdete Engagements und Risikovorsorge

Die Bearbeitung von Intensiv- und Problemkrediten obliegt grundsätzlich auf die Sanierung bzw. Abwicklung von Krediten spezialisierten Mitarbeitern in dem gesonderten Bereich Kreditrisikobetreuung. Für die erkennbaren Risiken des Kreditgeschäfts wurde eine ausreichende Risikovorsorge getroffen. Die Bank unterscheidet Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen, Portfoliowertberichtigungen in Anlehnung an IAS 39 und Rückstellungen im Kreditgeschäft. Kredite mit akuten Ausfallrisiken werden einzeln wertberichtigt. Die Höhe einer erforderlichen Risikovorsorge wird dabei unter Berücksichtigung der Werthaltigkeit der Besicherung bestimmt. Für ausfallgefährdete Forderungen der Segmente Eigentumsmaßnahmen und Mikrodarlehen (Mengengeschäft) erfolgt die Ermittlung des erforderlichen Risikovorsorgebedarfs mittels eines maschinellen, pauschalierten Verfahrens. Neben der Identifizierung der Verlustereignisse für einzelne Forderungen werden in dem Verfahren vorhandene Sicherheiten vertragsindividuell berücksichtigt. Zur weiteren Abschirmung latenter Risiken auf Forderungen bildet die IBB für alle nicht individuell oder pauschaliert einzelwertberichtigten Forderungen eine Portfoliowertberichtigung. Der gesamte Risikovorsorgebestand verringerte sich im Berichtsjahr durch Inanspruchnahme des Bestandes sowie Auflösung von Risikovorsorge von 39,3 Mio. Euro auf 26,8 Mio. Euro.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Mio. Euro

	31.12.2016	31.12.2015
Einzelwertberichtigungen	1,1	8,1
Pauschalierte Einzelwertberichtigungen	10,7	14,0
Portfoliowertberichtigungen	11,1	17,0
Rückstellungen im Kreditgeschäft	3,9	0,2
Risikovorsorge Gesamt	26,8	39,3

Marktpreisrisiko

Als Marktpreisrisiko wird in der IBB der potenzielle Verlust, der durch Veränderungen von Preisen an den Finanzmärkten für die Positionen im Bankbuch der IBB entstehen kann, definiert. Die Marktpreisrisiken entstehen für die Bank aus Zinsänderungsrisiken. Währungs-, Aktien- und Rohwarenrisiken übernimmt die Bank nicht. Bezüglich der Tilgung von Darlehen vor der vereinbarten Kapitalfälligkeit werden kundenspezifische Expertenschätzungen herangezogen.

Die Steuerung des Marktpreisrisikos erfolgt durch das Bankbuch der IBB. Die Bank steuert und überwacht die Marktpreisrisiken über einen Value-at-Risk-Ansatz mit einem Konfidenzniveau von 99 % bei einer Haltedauer von 250 Tagen mittels Historischer Simulation. Als Steuerungsinstrumente werden Zinsswaps zur Reduzierung des Zinsänderungsrisikos eingesetzt. Zum Bilanzstichtag 31.12.2016 betrugen die risikomindernden Effekte aus den Swap-Positionen 210,2 Mio. Euro. Ergänzt werden die Value-at-Risk-Berechnungen in der täglichen Steuerung durch Sensitivitätsanalysen und den aufsichtsrechtlichen Zinsschock sowie Stressszenarien.

Die Bestimmung der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch erfolgt nach den aufsichtsrechtlichen Vorgaben. Seit 31.03.2016 werden Zahlungsverpflichtungen aus Pensionszusagen in die Messung einbezogen. Die Einhaltung des aufsichtsrechtlichen Grenzwertes von 20 % wird in der IBB täglich geprüft. Der Risikobetrag für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch war für das Geschäftsjahr 2016 jederzeit kleiner als 20 % der Eigenmittel.

Überschreitungen von Limiten kamen im Berichtsjahr 2016 nicht vor.

Marktpreisrisiken nach Portfolios in Mio. Euro

Portfolio	31.12.2016	31.12.2015
Limitauslastung Bankbuch	35,0 %	33,6 %
Bankbuch	49,1	38,3
Banksteuerung	49,4	35,7
Treasury	2,0	5,7

Liquiditätsrisiko

Die nachfolgende Analyse der Fälligkeiten finanzieller Verbindlichkeiten basiert auf dem Zeitraum zwischen dem Bilanzstichtag und der verbleibenden vertraglichen Restlaufzeit. Dabei wurden die undiskontierten Cashflows auf die jeweiligen Laufzeitbänder verteilt. Sofern keine feste vertragliche Vereinbarung über den Rückzahlungszeitpunkt bestand, wurde der frühestmögliche Zeitpunkt bzw. die Kündigungsmöglichkeit herangezogen.

Die Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen wurden mit ihrem Nominalwert einbezogen.

PASSIVA		
in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.582,7	3.129,4
täglich fällig und unbestimmt	150,9	56,9
bis 3 Monate	1.210,1	1.165,9
3 Monate bis 1 Jahr	569,3	429,3
1 Jahr bis 5 Jahre	540,1	507,9
über 5 Jahre	1.112,3	969,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.271,1	7.225,8
täglich fällig und unbestimmt	591,9	745,9
bis 3 Monate	560,1	509,2
3 Monate bis 1 Jahr	292,5	614,6
1 Jahr bis 5 Jahre	962,6	1.353,3
über 5 Jahre	3.864,1	4.002,7
verbriefte Verbindlichkeiten	6.133,5	6.508,6
täglich fällig und unbestimmt	0,0	0,0
bis 3 Monate	663,3	661,2
3 Monate bis 1 Jahr	1.433,9	1.010,0
1 Jahr bis 5 Jahre	3.844,3	4.155,1
über 5 Jahre	191,9	682,3
erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen (ohne Derivate)	1.376,2	1.992,1
täglich fällig und unbestimmt	0,0	0,0
bis 3 Monate	149,9	189,8
3 Monate bis 1 Jahr	34,6	275,4
1 Jahr bis 5 Jahre	460,7	533,7
über 5 Jahre	731,0	993,2
erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen (Derivate)	1.193,7	1.229,4
täglich fällig und unbestimmt	0,0	0,0
bis 3 Monate	73,6	72,0
3 Monate bis 1 Jahr	87,9	117,1
1 Jahr bis 5 Jahre	471,2	493,9
über 5 Jahre	561,0	546,4
sonstige Passiva	20,2	19,6
täglich fällig und unbestimmt	20,2	19,6
1 Jahr bis 5 Jahre	0,0	0,0
Eventualverbindlichkeiten	137,3	110,0
täglich fällig und unbestimmt	137,3	110,0
unwiderrufliche Kreditzusagen	809,1	428,5
täglich fällig und unbestimmt	809,1	428,5

Als Liquiditätsrisiko wird das Risiko bezeichnet, dass den gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder zeitgerecht nachgekommen werden kann oder dass im Falle einer Liquiditätskrise Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktsätzen generiert (Refinanzierungsrisiko) bzw. Aktiva nur mit Abschlägen zu den Marktsätzen liquidiert werden können (Marktliquiditätsrisiko).

Das Liquiditätsrisikomanagement stellt sicher, dass die Bank stets in der Lage ist, ihren Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht nachzukommen und durch eine stetige Präsenz an den Geld- und Kapitalmärkten eine angemessene Refinanzierungsbasis zu gewährleisten. Um auch in Stressphasen über eine stabile Liquiditätssituation zu verfügen, hat sich die Bank das Ziel einer 6-monatigen Survival Period ohne Rückgriff auf den Geld- und Kapitalmarkt gesetzt. Verantwortlich für die Liquiditätssteuerung ist der Bereich Treasury der IBB. Dieses verfügt darüber hinaus über einen Liquiditätsnotfallplan.

Die Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin sowie das Land Berlin als alleiniger Eigentümer ermöglichen der Bank eine Privilegierung nach Artikel 116 Abs. 4 CRR (früherer Solva-o-Status). Damit war die IBB auch im Jahr 2016 jederzeit in der Lage, sich mit ausreichend Liquidität zu einem angemessenen Preis in den erforderlichen Laufzeiten am Geld- und Kapitalmarkt zu versorgen.

Durch ein EZB-fähiges Asset-Portfolio wird sichergestellt, dass keine Liquiditätsengpässe entstehen können. Strikte Nebenbedingungen der Steuerung sind sowohl die Einhaltung der Liquiditätsverordnung (LiqV) und der Liquidity Coverage Ratio (LCR) als auch die Erfüllung der Anforderungen an die Mindestreserve. Die Grundsätze über die Einhaltung der angemessenen Eigenmittelausstattung und Liquidität gemäß CRR und KWG wurden im Berichtsjahr stets eingehalten. Es wurden keine nennenswerten Liquiditätsrisiken quantifiziert.

Operationelles Risiko

Die IBB definiert operationelle Risiken analog zu den aufsichtsrechtlichen Vorschriften als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition beinhaltet Rechtsrisiken, schließt aber strategische Risiken und Reputationsrisiken aus.

Das Ziel der Bank besteht darin, operationelle Risiken früh zu erkennen und die daraus resultierenden Verlustpotenziale durch geeignete Maßnahmen zu vermeiden bzw. zu reduzieren.

Wichtige Instrumente zur Identifizierung und Beurteilung dieser Risikoart sind:

- die jährlich durchgeführte Risikoinventur zur Risikopotenzialschätzung in Form eines Self-Assessments und
- die interne intranetbasierte Schadensfallsammlung des Operational Risk Centers (ORC)

Das operationelle Risiko wird in der IBB mittels des aus dem Aufsichtsrecht übernommenen Basisindikatorverfahrens gerechnet. Die Auslastung des Risikos betrug zum 31.12.2016 28,3 Mio. Euro. Für Stressszenarien werden Daten aus der internen Schadensfallsammlung und Daten des Datenkonsortiums Operationeller Risiken (DakOR) herangezogen.

Im Rahmen eines Self-Assessments bewerten die Organisationseinheiten der Bank in einem Bottom-up-Ansatz Risikopotenziale in der Struktur der aufsichtlichen Ereigniskategorien quantitativ mit dem Ziel einer monetären Bewertung. Darüber hinaus werden qualitative Risikoindikatoren, die als Frühwarnindikatoren Aufschluss über die zukünftige Entwicklung der operationellen Risiken geben und auf potenziell kritische Risikofelder hinweisen, erfasst und überwacht.

Zur Minderung der wirtschaftlichen Auswirkungen von Schadensfällen, die aus dem Eintritt bestimmter operationeller Risiken resultieren, hat die IBB Versicherungen abgeschlossen.

Risikokonzentrationen

Bei der Ausgestaltung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse der Bank werden die Auswirkungen vorhandener Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Zur Quantifizierung der Auswirkungen und der damit verbundenen Ansteckungsrisiken kommen in der IBB verschiedene Verfahren zur Anwendung. Im Fokus der Überwachung und Steuerung von Risikokonzentrationen stehen das Adress- und das Spreadrisiko. Risikokonzentrationen können aus Adress- oder Spreadrisiken entstehen, wenn der Anteil einzelner Kreditnehmer oder einer Gruppe von Kreditnehmern in Relation zu dem Gesamtportfolio groß ist oder einzelne Kreditnehmer oder eine Gruppe von Kreditnehmern demselben Wirtschaftszweig oder derselben geografischen Region angehören und somit von denselben systematischen Risikofaktoren abhängig sind.

In der IBB werden wesentliche Risikokonzentrationen anhand von Schwellenwerten bezüglich der marginalen Anteile am Bruttokreditbetrag (BKB) und der marginalen Risiken CVaR (Adress- bzw. Spreadrisiken) identifiziert. Im Rahmen der Risikoberichterstattung werden der Vorstand und das Aufsichtsorgan der IBB quartalsweise über die Entwicklung der Kennzahlen informiert.

Das Portfolio der IBB weist sowohl in Bezug auf einzelne Kreditnehmer als auch in Bezug auf Länder, Branchen, Kreditsicherheiten und Ertragsquellen eine ausgeprägte ungleiche Verteilung der Risiken auf. Das hohe Maß an Risikokonzentrationen in den Segmenten Mietwohnungsbau und Wirtschaftsförderung sowie die Konzentration auf Deutschland, insbesondere die Region Berlin, sind vor allem förderspezifisch sowie Ausdruck des Regionalbankencharakters der IBB und entsprechen der Geschäfts- als auch der Risikostrategie. Als Länderkonzentrationen im Rahmen der Anlagen zur Sicherung der Liquidität wurden Frankreich und Österreich identifiziert.

Länderkonzentrationen in Mio. Euro

Adresse	BKB	CVaR	CSVaR
Frankreich	637,2	1,3	10,0
Österreich	635,1	7,3	6,5

Eine aktive Steuerung der Adressenrisikokonzentration im Kreditportfolio, beispielsweise durch Anwendung von Kreditverkäufen oder Verbriefung von Kreditforderungen, ist in der IBB insbesondere aufgrund förderspezifischer Restriktionen kaum möglich. Die Steuerung des Kreditportfolios fokussiert sich daher auf das Ausschöpfen des vorhandenen (Förder-) Neugeschäftspotenzials sowie auf eine intensive Kundenbetreuung für Kreditnehmer mit einem überdurchschnittlich hohen Risikoanteil.

Das Banksteuerungs- und Treasuryportfolio der IBB ist durch ein hohes Portfoliogewicht der Branche Banken geprägt. Dabei handelt es sich um eine gewünschte Konzentration, die sich aus der Geschäftsstrategie der Bank ergibt.

Im Rahmen der jährlich durchgeführten OpRisk-Inventur und durch Beobachtung und Analyse der eingetretenen Schadensfälle ist die IBB in der Lage, aus operationellen Risiken, sowohl auf Organisationsebene als auch auf der Ebene der Baseler Ereigniskategorien, Risikokonzentrationen zu identifizieren. Bisher wurden dabei keine Risikokonzentrationen identifiziert, aus denen ein Handlungsbedarf resultiert.

Risikokonzentrationen nach Schuldnergruppen bzw. Branchen zum 31.12.2016 in Mio. Euro

Segment/Branchen	Grundstücks- und Wohnungs- wesen	Private Haushalte	Kredit- und Versicherungs- gewerbe	Öffentliche Verwaltung	Sonstige Branchen	Summe
Wirtschaftsförderung	0,0	0,4	274,4	0,0	2.367,5	2.642,3
Inanspruchnahme	0,0	0,2	269,2	0,0	2.073,7	2.343,1
Loans and Receivables	0,0	0,2	269,2	0,0	2.065,9	2.335,3
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	7,8	7,8
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	5,2	0,0	210,2	215,4
Finanzgarantien	0,0	0,2	0,0	0,0	83,6	83,8
Mietwohnungsbau	8.875,4	230,9	175,2	228,6	41,9	9.551,9
Inanspruchnahme	8.306,2	226,8	135,2	228,6	13,8	8.910,6
Loans and Receivables	8.306,2	226,8	135,2	228,6	13,8	8.910,6
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Auszahlungsverpflichtungen	515,8	4,1	40,0	0,0	28,1	587,9
Finanzgarantien	53,4	0,0	0,0	0,0	0,0	53,4
Eigentumsmaßnahmen	0,0	488,9	0,0	0,0	11,3	500,1
Inanspruchnahme	0,0	483,9	0,0	0,0	11,1	495,0
Loans and Receivables	0,0	483,9	0,0	0,0	11,1	495,0
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	4,9	0,0	0,0	0,2	5,1
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	8.875,4	720,2	449,5	228,6	2.420,7	12.694,3
Inanspruchnahme	8.306,2	711,0	404,3	228,6	2.098,6	11.748,7
Loans and Receivables	8.306,2	711,0	404,3	228,6	2.090,8	11.740,9
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	7,8	7,8
Auszahlungsverpflichtungen	515,8	9,0	45,2	0,0	238,5	808,5
Finanzgarantien	53,4	0,2	0,0	0,0	83,6	137,2
Bankbuch	2,5	0,0	5.427,6	1.117,6	17,8	6.565,6
Inanspruchnahme	2,5	0,0	5.427,6	1.117,6	17,8	6.565,6
Loans and Receivables	0,0	0,0	1.503,1	0,0	0,0	1.503,1
Financial Assets at Fair Value	2,5	0,0	2.517,4	967,4	17,8	3.505,1
Available for Sale	0,0	0,0	1.407,1	150,2	0,0	1.557,4
Beteiligungen der IBB	0,0	0,0	0,0	0,0	3,1	3,1
Inanspruchnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	3,1	3,1
Available for Sale	0,0	0,0	0,0	0,0	3,1	3,1
Summe IBB	8.877,9	720,2	5.877,1	1.346,2	2.441,7	19.263,0
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB-Gruppe	0,0	0,0	15,6	0,0	94,1	109,7
Inanspruchnahme	0,0	0,0	15,6	0,0	94,1	109,7
Loans and Receivables	0,0	0,0	15,6	0,0	0,0	15,6
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	94,1	94,1
Summe IBB-Gruppe	8.877,9	720,2	5.892,7	1.346,2	2.535,7	19.372,7
	45,8 %	3,7 %	30,4 %	6,9 %	13,1 %	100,0 %¹

¹ Anteil am Gesamtbuchwert der Finanzinstrumente der IBB-Gruppe

Risikokonzentrationen nach Schuldnergruppen bzw. Branchen zum 31.12.2015 in Mio. Euro

Segment/Branchen	Grundstücks- und Wohnungs- wesen	Private Haushalte	Kredit- und Versicherungs- gewerbe	Öffentliche Verwaltung	Sonstige Branchen	Summe
Wirtschaftsförderung	0,6	1,1	513,4	5,5	2.046,7	2.567,4
Inanspruchnahme	0,6	0,9	510,0	5,5	1.948,3	2.465,3
Loans and Receivables	0,6	0,9	510,0	5,5	1.939,8	2.456,9
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	8,4	8,4
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	2,7	0,0	22,7	25,4
Finanzgarantien	0,0	0,2	0,7	0,0	75,8	76,7
Mietwohnungsbau	8.565,0	180,4	207,6	9,0	805,9	9.767,7
Inanspruchnahme	8.157,4	176,2	195,1	9,0	776,6	9.314,3
Loans and Receivables	8.155,0	176,2	195,1	9,0	776,6	9.312,0
Financial Assets at Fair Value	2,3	0,0	0,0	0,0	0,0	2,3
Auszahlungsverpflichtungen	355,9	4,1	12,4	0,0	27,9	400,3
Finanzgarantien	51,7	0,0	0,0	0,0	1,4	53,1
Eigentumsmaßnahmen	1,2	615,7	0,0	0,0	9,3	626,3
Inanspruchnahme	1,2	613,3	0,0	0,0	8,1	622,6
Loans and Receivables	1,2	613,3	0,0	0,0	8,1	622,6
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	2,4	0,0	0,0	1,3	3,7
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	8.566,9	797,1	721,0	14,5	2.861,9	12.961,4
Inanspruchnahme	8.159,2	790,4	705,1	14,5	2.732,9	12.402,3
Loans and Receivables	8.156,9	790,4	705,1	14,5	2.724,5	12.391,5
Financial Assets at Fair Value	2,3	0,0	0,0	0,0	8,4	10,7
Auszahlungsverpflichtungen	355,9	6,5	15,1	0,0	51,9	429,4
Finanzgarantien	51,7	0,2	0,7	0,0	77,1	129,8
Bankbuch	1,5	0,0	4.917,6	1.317,0	481,8	6.717,9
Inanspruchnahme	1,5	0,0	4.917,6	1.317,0	481,8	6.717,9
Loans and Receivables	0,0	0,0	1.337,9	158,0	85,5	1.581,4
Financial Assets at Fair Value	1,5	0,0	2.174,8	1.078,6	231,1	3.486,0
Available for Sale	0,0	0,0	1.404,9	80,4	165,2	1.650,5
Beteiligungen der IBB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,3	0,3
Inanspruchnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,3	0,3
Available for Sale	0,0	0,0	0,0	0,0	0,3	0,3
Summe IBB	8.568,4	797,1	5.638,6	1.331,6	3.344,0	19.679,6
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB-Gruppe	0,0	0,0	20,3	0,0	90,0	110,2
Inanspruchnahme	0,0	0,0	20,3	0,0	90,0	110,2
Loans and Receivables	0,0	0,0	20,3	0,0	1,4	21,7
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	88,5	88,5
Summe IBB-Gruppe	8.568,4	797,1	5.658,8	1.331,6	3.433,9	19.789,8
	43,3 %	4,0 %	28,6 %	6,7 %	17,4 %	100,0 %¹

¹ Anteil am Gesamtbuchwert der Finanzinstrumente der IBB-Gruppe

Das Portfolio des IBB-Konzerns weist darüber hinaus regionale Konzentrationen auf. Bezogen auf das Gesamtportfolio besteht zum Stichtag 31.12.2016 mit einem relativen Anteil von 77,7 % am Gesamtportfolio eine ausgeprägte Konzentration der maximalen Verlustrisiken auf die Region Deutschland. Im Vergleich zum 31.12.2015 hat sich die Ungleichverteilung der Verlustrisiken auf die Region Deutschland marginal reduziert.

Risikokonzentrationen nach Regionen zum 31.12.2016 in Mio. Euro

Region	Deutschland (DE)	Euro-Raum (ohne DE)	EU-Länder (ohne Euro-Raum)	Europa (ohne EU-Länder)	G 10-Länder (ohne Europa)	Sonstige Regionen	Summe
Segmente							
Wirtschaftsförderung	2.607,5	32,7	0,0	2,0	0,0	0,0	2.642,3
Inanspruchnahme	2.308,4	32,7	0,0	2,0	0,0	0,0	2.343,1
Loans and Receivables	2.300,6	32,7	0,0	2,0	0,0	0,0	2.335,3
Financial Assets at Fair Value	7,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	7,8
Auszahlungsverpflichtungen	215,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	215,4
Finanzgarantien	83,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	83,8
Mietwohnungsbau	9.465,9	85,2	0,1	0,6	0,0	0,2	9.551,9
Inanspruchnahme	8.836,5	73,2	0,1	0,6	0,0	0,2	8.910,6
Loans and Receivables	8.836,5	73,2	0,1	0,6	0,0	0,2	8.910,6
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Auszahlungsverpflichtungen	576,0	11,9	0,0	0,0	0,0	0,0	587,9
Finanzgarantien	53,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	53,4
Eigentumsmaßnahmen	499,7	0,2	0,0	0,2	0,0	0,0	500,1
Inanspruchnahme	494,6	0,2	0,0	0,2	0,0	0,0	495,0
Loans and Receivables	494,6	0,2	0,0	0,2	0,0	0,0	495,0
Auszahlungsverpflichtungen	5,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	5,1
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	12.573,2	118,0	0,1	2,8	0,0	0,2	12.694,3
Inanspruchnahme	11.639,5	106,1	0,1	2,8	0,0	0,2	11.748,7
Loans and Receivables	11.631,7	106,1	0,1	2,8	0,0	0,2	11.740,9
Financial Assets at Fair Value	7,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	7,8
Auszahlungsverpflichtungen	796,5	11,9	0,0	0,0	0,0	0,0	808,5
Finanzgarantien	137,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	137,2
Bankbuch	2.366,4	2.517,7	1.118,9	279,3	232,7	50,6	6.565,6
Inanspruchnahme	2.366,4	2.517,7	1.118,9	279,3	232,7	50,6	6.565,6
Loans and Receivables	701,3	523,5	168,2	110,0	0,0	0,0	1.503,1
Financial Assets at Fair Value	1.367,5	1.404,5	557,3	39,3	117,1	19,3	3.505,1
Available for Sale	297,6	589,7	393,3	130	115,6	31,3	1.557,4
Beteiligungen der IBB	3,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	3,1
Inanspruchnahme	3,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	3,1
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Available for Sale	3,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	3,1
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe IBB	14.942,7	2.635,8	1.118,9	282,1	232,7	50,8	19.263,0
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB-Gruppe	108,0	0,5	0,3	0,0	0,9	0,0	109,7
Inanspruchnahme	108,0	0,5	0,3	0,0	0,9	0,0	109,7
Loans and Receivables	15,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	15,6
Financial Assets at Fair Value	92,3	0,5	0,3	0,0	0,9	0,0	94,1
Available for Sale	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe IBB-Gruppe	15.050,7	2.636,3	1.119,3	282,1	233,6	50,8	19.372,7
	77,7 %	13,6 %	5,8 %	1,5 %	1,2 %	0,3 %	100 %¹

¹ Anteil am Gesamtbuchwert der Finanzinstrumente der IBB-Gruppe

Risikokonzentrationen nach Regionen zum 31.12.2015 in Mio. Euro

Region	Deutschland (DE)	Euro-Raum (ohne DE)	EU-Länder (ohne Euro-Raum)	Europa (ohne EU-Länder)	G 10-Länder (ohne Europa)	Sonstige Regionen	Summe
Segmente							
Wirtschaftsförderung	2.529,6	37,7	0,0	0,0	0,0	0,0	2.567,4
Inanspruchnahme	2.427,6	37,7	0,0	0,0	0,0	0,0	2.465,3
Loans and Receivables	2.419,1	37,7	0,0	0,0	0,0	0,0	2.456,9
Financial Assets at Fair Value	8,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	8,4
Auszahlungsverpflichtungen	25,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	25,4
Finanzgarantien	76,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	76,7
Mietwohnungsbau	9.721,0	41,9	3,8	0,9	0,0	0,2	9.767,7
Inanspruchnahme	9.280,7	28,7	3,8	0,9	0,0	0,2	9.314,3
Loans and Receivables	9.278,4	28,7	3,8	0,9	0,0	0,2	9.312,0
Financial Assets at Fair Value	2,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2,3
Auszahlungsverpflichtungen	387,1	13,2	0,0	0,0	0,0	0,0	400,3
Finanzgarantien	53,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	53,1
Eigentumsmaßnahmen	625,5	0,3	0,0	0,3	0,1	0,1	626,3
Inanspruchnahme	621,8	0,3	0,0	0,3	0,1	0,1	622,6
Loans and Receivables	621,8	0,3	0,0	0,3	0,1	0,1	622,6
Auszahlungsverpflichtungen	3,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	3,7
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	12.876,1	80,0	3,8	1,2	0,1	0,3	12.961,4
Inanspruchnahme	12.330,1	66,8	3,8	1,2	0,1	0,3	12.402,3
Loans and Receivables	12.319,4	66,8	3,8	1,2	0,1	0,3	12.391,5
Financial Assets at Fair Value	10,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	10,7
Auszahlungsverpflichtungen	416,2	13,2	0,0	0,0	0,0	0,0	429,4
Finanzgarantien	129,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	129,8
Bankbuch	2.642,4	2.551,9	1.105,6	231,9	123,5	62,6	6.717,9
Inanspruchnahme	2.642,4	2.551,9	1.105,6	231,9	123,5	62,6	6.717,9
Loans and Receivables	826,8	484,6	119,8	150,2	0,0	0,0	1.581,4
Financial Assets at Fair Value	1.450,9	1.465,2	522,8	0,0	37,2	9,9	3.486,0
Available for Sale	364,6	602,2	463,0	81,8	86,3	52,6	1.650,5
Beteiligungen der IBB	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,3
Inanspruchnahme	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,3
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Available for Sale	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,3
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe IBB	15.518,7	2.631,9	1.109,3	233,1	123,5	62,9	19.679,6
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB-Gruppe	108,0	0,0	1,1	0,0	1,1	0,0	110,2
Inanspruchnahme	108,0	0,0	1,1	0,0	1,1	0,0	110,2
Loans and Receivables	21,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	21,7
Financial Assets at Fair Value	86,3	0,0	1,1	0,0	1,1	0,0	88,5
Available for Sale	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe IBB-Gruppe	15.626,7	2.631,9	1.110,5	233,1	124,7	62,9	19.789,8
	79,0 %	13,3 %	5,6 %	1,2 %	0,6 %	0,3 %	100 %¹

¹ Anteil am Gesamtbuchwert der Finanzinstrumente der IBB-Gruppe

Internes Kontrollsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

Die Einrichtung und wirksame Unterhaltung des den Umständen und Risiken des Konzerns angemessenen internen Kontrollsystems (IKS) sowie Risikomanagementsystems (RMS) bezogen auf den Rechnungslegungsprozess für den Konzernabschluss liegt bei der Muttergesellschaft in der Verantwortung des Bereiches Finanzen und Controlling.

Ziel eines rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS ist die Sicherstellung der Einhaltung der für den Konzernabschluss bestehenden Standards und Vorschriften sowie die Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung.

Das interne Kontrollsystem unterstützt die Effektivität und Effizienz der betrieblichen Tätigkeit, sichert die Zuverlässigkeit der Finanzberichterstattung und die Einhaltung maßgeblicher gesetzlicher Vorschriften sowie interner Managementvorgaben und dient dem Schutz des betrieblichen Vermögens.

Der Rechnungslegungsprozess, der sämtliche Tätigkeiten von der Kontierung und Verarbeitung eines Geschäftsvorfalles bis zur Aufstellung des Einzel- und Konzernabschlusses umfasst, ist in einer schriftlich fixierten Ordnung in Form von Handbüchern und Arbeitsanweisungen niedergelegt. Die für die Konzernberichterstattung relevanten Sachverhalte sind in einem gesonderten Konzernbilanzierungshandbuch zusammengefasst worden, mit dem für alle in den Konsolidierungskreis einbezogenen Unternehmen die einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden vorgegeben werden. Zusätzlich werden darin die erforderlichen Prozesse zur Erstellung der für den Konzernabschluss relevanten Unterlagen beschrieben. Abgeleitet aus den Einzelabschlüssen der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen werden sogenannte „consolidation packages“ erstellt, von den jeweiligen Wirtschaftsprüfern mit einem Prüfvermerk versehen und der Abteilung Bilanzierung der Konzernmutter zur Erstellung des Konzernabschlusses zur Verfügung gestellt. Die regelmäßige Überwachung und Anpassung des Bilanzierungshandbuchs für den Konzernabschluss an gesetzliche und regulatorische Änderungen erfolgt durch den Bereich Finanzen und Controlling der Konzernmutter.

Der Rechnungslegungsprozess bzw. der Konzernabschluss werden durch Standardsoftware unterstützt, die durch die Vergabe von kompetenzadäquaten Berechtigungen gegen unbefugte Zugriffe geschützt ist. Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen ist ein Vier-Augen-Prinzip nach den konzerninternen Erfordernissen gegeben, wobei eine laufende Weiterentwicklung erfolgt. Systematische Plausibilitätskontrollen, standardisierte Abstimmungsroutinen und Soll-Ist-Vergleiche dienen sowohl der Vollständigkeitskontrolle als auch der Fehlervermeidung und -entdeckung. Gleichzeitig dienen diese Maßnahmen dem korrekten Ansatz, Ausweis und der Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden. Die korrekte rechnungslegungsbezogene Abbildung neuer Produkte bei der Konzernmutter wird durch die Einbindung des Bereiches Finanzen und Controlling in den Neue-Produkte-Prozess sichergestellt.

Zur Erstellung des Konzernabschlusses wird eine Standard-Software (IDL-Konsis) eingesetzt. Mit dieser Anwendung werden die „consolidation packages“ maschinell erstellt und an die in den Konsolidierungskreis einbezogenen Unternehmen verteilt. Die Rückläufe werden wiederum eingelesen sowie entsprechende Konsolidierungsbuchungen maschinell erzeugt. Zusätzliche Konzernbuchungen werden im Vier-Augen-Prinzip auf der Grundlage von Buchungsbelegen erfasst. Im Ergebnis werden alle relevanten Auswertungen zur Erstellung des Konzernabschlusses (insbesondere Bilanz, GuV, Kapitalflussrechnung, Eigenkapitalspiegel) durch die Anwendung erzeugt.

Die Dokumentation des Rechnungslegungsprozesses für die Erstellung des Konzernabschlusses ist für sachkundige Dritte nachvollziehbar gegliedert. Die Aufbewahrung der entsprechenden Unterlagen erfolgt unter Beachtung der gesetzlichen Fristen.

Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS wird durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen der internen Revision überwacht.

Im Rahmen des Management-Information-Systems erfolgt eine zeitnahe, verlässliche und relevante Berichterstattung an die Geschäfts- und Bereichsleitung. Über die aktuelle Geschäftsentwicklung bei der Konzernmutter sowie den einbezogenen Unternehmen werden der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse regelmäßig vom Vorstand unterrichtet.

Die Identifikation, Analyse und Bewertung sowie das Reporting für die mit dem Rechnungslegungsprozess verbundenen Risiken erfolgt im Wesentlichen bei der Konzernmutter im Rahmen des Risikomanagements der operationellen Risiken. Als wesentlich bewertete Risikopotenziale werden im Rahmen der Risikoberichterstattung der Bank an den Vorstand kommuniziert, erforderliche Maßnahmen abgeleitet, deren Umsetzung wird überwacht.

System- und Betriebsrisiken

Die IT-Risiken werden insgesamt jährlich anhand einer IT-Risikoinventur bewertet, quartärllich im Rahmen der Risikoberichterstattung an den Vorstand und Verwaltungsrat berichtet und u. a. zur Entwicklung der IT-Strategie herangezogen. Außer dem Betriebsrisiko beeinflussen auch das Nutzen-/Wertbeitragsrisiko und das Projektrisiko für IT-relevante/-strategische Themen die Gesamtbewertung und ermöglichen verlässliche Prognosen für IT-relevante Entscheidungen.

Die System- und Betriebsrisiken werden über ein Monitoring der Einhaltung von Service-Level-Vereinbarungen gesteuert. Dabei sind verbindliche KPIs hinterlegt, die regelmäßig im Bereich IT auf Handlungsempfehlungen hin geprüft werden. IT-Risiken aus Hardware- und/oder Softwareausfällen wird sowohl durch organisatorische als auch durch technische Maßnahmen entgegengewirkt (gefächerte Rufbereitschaft der IT-Spezialisten, Redundanzen für die Hardware, umfangreiche Datensicherungen der unternehmenskritischen Anwendungen, Wartungsverträge mit kurzer Reaktionszeit). Auch im Geschäftsjahr 2016 wurde die Ausfallsicherheit der für die Bank wesentlichen Anwendungen (insbesondere des juristischen Systems SAP) und der zugehörigen Infrastruktur durch entsprechende Tests und Simulationen bestätigt. Zur Gewährleistung der Ausfallsicherheit stehen ein Back-up-RZ und eine Notstromversorgungen sowie Lösungen zur Hochverfügbarkeit der Softwareprodukte zur Verfügung.

Die Gefahr des unautorisierten Zugriffs auf Unternehmensdaten wird durch Zugriffsrechte minimiert. Unbefugte Zugriffe von außen werden durch eine hochverfügbare DMZ (demilitarisierte Zone mit mehreren Firewalls) abgewehrt. Gegen Viren- und andere Schadprogramme wurden umfangreiche technische und organisatorische Maßnahmen implementiert. Sofern Schadsoftware dennoch auf einen IBB-internen Rechner gelangt, erfolgt hier die Eliminierung durch den Einsatz unterschiedlicher Virens Scanner. Dies wird täglich kontrolliert und dokumentiert. Bisher gibt es keinen Schaden durch sicherheitsrelevante Vorfälle. Die Notfallplanung wird regelmäßig an sich ändernden Rahmenbedingungen getestet.

Geordnete Arbeitsabläufe werden durch eindeutige Kompetenz-, Unterschriften- und Vertretungsregelungen sichergestellt. Basis der Regelungen und Verfahren sind die Vorgaben des Bundesamtes für Informationssicherheit (BSI) sowie anerkannte Standardvorgehensweisen (ITIL, CoBIT). Die Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit sowie die Einhaltung der einschlägigen Regelungen werden kontinuierlich durch eine prozessunabhängige Prüfung und Beratung durch die interne Revision überwacht und gewährleistet.

Die Einhaltung der Compliance-Regelungen zur Informationssicherheit (ISMS) wird in der IBB durch den Informationssicherheitsbeauftragten im Stab Unternehmenscompliance überwacht.

Weiteren möglichen Betriebsrisiken – zum Beispiel durch längeren Stromausfall, schwerwiegende IT-Störungen oder zur Abwehr einer Pandemie – begegnet die IBB mit einem geregelten Krisenmanagement.

Im Rahmen des Quartalsrisikoreports werden explizit die IT-Risiken sowie aktuelle IT-Ereignisse dargestellt.

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken sind Bestandteil der operationellen Risiken. Sie entstehen extern aus Veränderungen der Rechtslage und Rechtsbeziehungen sowie intern aus schadenstiftendem Fehlverhalten, unzureichender Rechtsanwendung oder Organisationsmängeln. Sie lassen sich vorrangig unterteilen in Risiken aus neuer Gesetzgebung und Rechtsprechung, Risiken aus Verträgen und Bescheiden und Haftungsrisiken.

Die Steuerung von Rechtsrisiken ist eine wesentliche Aufgabe des Stabs Recht. Zur Minimierung dieser Risiken werden die Bereiche und Abteilungen durch den Stab Recht unterstützt. Risiken aus bekannten, an die Bank herangetragenen Rechtsfragen sind durch Rückstellungen abgedeckt.

Bei den von der IBB mit Privatkunden vereinbarten Bearbeitungsentgelten handelt es sich im Wesentlichen um so genannte Verwaltungskostenbeiträge, die in öffentlich-rechtlichen Förderungsrichtlinien geregelt und zum Gegenstand der Bewilligungen gemacht worden sind. Das Verwaltungsgericht Berlin hat in den Jahren 2015 und 2016 diverse gegen die IBB erhobene Rückzahlungsklagen abgewiesen und zur Begründung ausgeführt, dass der bestandskräftige Bewilligungsbescheid eine wirksame Rechtsgrundlage für die Verwaltungskostenbeiträge darstellt. Hierdurch wurde die Rechtsauffassung der IBB bestätigt. Lediglich in zwei Prozessen ist noch eine Berufung beim Oberverwaltungsgericht anhängig.

Bei mit gewerblichen Kunden vereinbarten Bearbeitungsentgelten existiert eine deutschlandweit sehr uneinheitliche Rechtsprechungspraxis. Die IBB sah sich bisher mit zwei Verfahren konfrontiert, die beide mit einem Urteil zu Gunsten der IBB geendet haben. In einem dieser beiden Verfahren wurde Berufung beim Kammergericht eingelegt. Es wurden in einem nach unserem Verständnis angemessenen Maße Rückstellungen gebildet und der Vertrieb wurde für die Vertragsgestaltung im Neugeschäft sensibilisiert.

Der Bundesgerichtshof hat am 19. Januar 2016 zwei Entscheidungen zur Unzulässigkeit von Vorfälligkeitsentschädigungen (VFE) gefällt. Danach ist im Bereich der Verbraucherkredite nach verzugsbedingter Darlehenskündigung durch die Bank die Erhebung einer Vorfälligkeitsentschädigung nicht zulässig. Außerdem sind Banken dazu verpflichtet, vereinbarte Sondertilgungsrechte bei der Berechnung der VFE zu Gunsten des Kunden zu berücksichtigen. Beide Entscheidungen wurden analysiert und die künftige Vorgehensweise wurde mit den betroffenen Bereichen abgestimmt. Danach ist der Eintritt von Schäden für die IBB nicht zu erwarten, so dass kein Erfordernis für die Bildung von Rückstellungen besteht.

Personalrisiken

Das Personalrisikomanagement dient der Identifikation und Überwachung von Personalrisiken. Durch geeignete Maßnahmen und Steuerung der Risiken sollen diese verhindert bzw. minimiert werden.

Um dies zu erreichen, orientiert sich sowohl die quantitative als auch die qualitative Personalausstattung an den betriebsinternen Erfordernissen, den Geschäftsaktivitäten sowie an der Risikosituation.

Der quantitative Personalbedarf wird einmal jährlich im Rahmen der Jahresplanung bestimmt und damit kontinuierlich fortgeschrieben.

Gleichzeitig sichert und steigert der an den Unternehmenszielen ausgerichtete Weiterbildungsprozess das Qualifikationsniveau der Beschäftigten. Der Schwerpunkt zur Gewinnung von Fachkräften liegt auf der Ausbildung und internen Nachwuchsförderung. Diese Maßnahmen sollen eine strukturierte und bedarfsorientierte Entwicklung fördern sowie einem möglichen Fachkräftemangel infolge der demografischen Entwicklung entgegenwirken. Durch eindeutige Prozesse für Vertretungsregelungen und Nachbesetzungen wird das potenzielle Risiko des Verlustes von Wissen erfolgreich vermieden.

Im Rahmen der Risikoinventur werden qualitative Personalrisiko-Indikatoren für operationelle Risiken bewertet und an den Vorstand berichtet.

Die Ausgestaltung der Vergütungssysteme in der IBB steht im Einklang mit den Zielen, die in den Strategien der IBB niedergelegt sind sowie den Anforderungen aus der IVV (Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Instituten). Durch die Ausrichtung des Vergütungssystems sollen schädliche Anreize, die das Eingehen unverhältnismäßig hoher Risikopositionen fördern könnten, vermieden werden.

Durch festgelegte Personalkennzahlen werden mögliche Personalrisiken transparent und somit steuerbar gemacht.

Detailvereinbarung

Die Detailvereinbarung vom 16. April 2002 zwischen den ehemaligen Konzerngesellschaften der Bankgesellschaft und dem Land Berlin, die nach Maßgabe des § 45 der Zuständigkeits- und Verfahrensordnung in Teilen auch für die verselbstständigte IBB gilt, sieht für bestimmte Sachverhalte eine gesamtschuldnerische Haftung der Gesellschaften gegenüber dem Land Berlin vor. Im Innenverhältnis wird die Haftungsverteilung zwischen den Gesellschaften durch die Innenausgleichsvereinbarung vom 30. August 2002 geregelt, der die IBB am 10. August 2004 beigetreten ist. Nach dieser Vereinbarung richtet sich die Haftung nach den konkreten Verursachungsbeiträgen der jeweiligen Gesellschaft, so dass einer als Gesamtschuldnerin in Anspruch genommenen Gesellschaft Ausgleichsansprüche zustehen, wenn die Haftung gegenüber dem Land auf Rechtsverhältnissen beruht, an denen sie nicht oder in geringerem Maße beteiligt ist. Konkret haftet die IBB daher z. B. nicht für Auskünfte zu Kreditverhältnissen oder Abführungsverpflichtungen von Konzerngesellschaften, sofern sie den Kredit nicht vergeben hat oder an der Gesellschaft nicht beteiligt ist.

Für die Übernahme der Risikoabschirmung war bis 2011 von der Landesbank Berlin AG ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. Euro an das Land Berlin zu zahlen. In 2012 wurde zwischen dem Land Berlin und der Bankgesellschaft Berlin (heute firmierend als Landesbank Berlin Holding AG) über die Höhe der ab 2012 zu zahlenden Avalprovision verhandelt. Da hierzu bislang keine Einigung erzielt werden konnte, bleibt es zunächst entsprechend der Detailvereinbarung bei dem bisherigen jährlichen Fixbetrag von 15 Mio. Euro.

Die Verteilung der Avalprovision ist ebenfalls in der Innenausgleichsvereinbarung vom 30. August 2002 in Verbindung mit der Ergänzungsvereinbarung vom 10. August 2004 geregelt. Danach beteiligt sich die IBB an den Kosten in der Höhe, die dem Anteil der von ihr ausgereichten Kredite an dem Gesamtvolumen der von der Kreditgarantie des Landes erfassten Kreditverhältnisse entspricht. Die Laufzeit der Garantie endet spätestens 30 Jahre nach Unterzeichnung der Detailvereinbarung.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

In der IBB wurden für alle wesentlichen Risiken Maßnahmen zu deren Begrenzung bzw. Minimierung getroffen. Den Kreditrisiken wurde im Rahmen der Risikovorsorge durch angemessen gebildete Wertberichtigungen Rechnung getragen. Für alle Risiken wird ausreichend Kapital vorgehalten.

Aufgrund des vorhandenen Bestandes an hochliquiden Wertpapieren war die Liquiditätsversorgung der IBB im Geschäftsjahr 2016 jederzeit umfassend sichergestellt.

Die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen hat die IBB im Berichtszeitraum eingehalten. Die Auslastung der Gesamtkapitalkennziffer gem. CRR betrug zwischen 18,4 % und 18,8 % und lag damit über dem geforderten Wert.

Die Auslastung des Risikolimits schwankte im Berichtsjahr zwischen 40,2 % und 65,3 %. Ursächlich für die Veränderungen in der Auslastung waren primär die im Abschnitt „Wertorientierte Risikotragfähigkeit“ dargestellten wesentlichen Änderungen im Risikomanagementsystem.

Konzernabschluss

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2016

in Mio. Euro	Anhang	2016	2015	Veränderung	
				absolut	in %
Zinserträge		461,7	556,8	–95,1	–17,1
Zinsaufwendungen		325,9	407,1	–81,2	–19,9
Zinsüberschuss	[27]	135,8	149,7	–13,9	–9,3
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	[28]	–5,0	–12,7	7,7	60,6
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		140,8	162,4	–21,6	–13,3
Provisionserträge		3,8	5,4	–1,6	–29,3
Provisionsaufwendungen		0,8	1,0	–0,3	–25,4
Provisionsüberschuss	[29]	3,1	4,4	–1,3	–30,3
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	[30]	1,2	0,7	0,5	64,3
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	[31]	10,8	61,8	–51,0	–82,6
Ergebnis aus Finanzanlagen	[32]	0,5	8,7	–8,2	–94,4
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Anteilen	[33]	0,0	0,0	0,0	> 100,0
Verwaltungsaufwand	[34]	81,6	84,2	–2,5	–3,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	[35]	53,6	41,6	12,0	29,0
Ergebnis vor Steuern		128,3	195,4	–67,1	–34,3
Ertragsteuern	[36]	0,0	–0,3	–0,3	–89,5
Konzernjahresüberschuss		128,3	195,2	–66,9	–34,3
davon: nicht beherrschenden Anteilen zuzurechnen		0,0	0,0	0,0	–100,0
davon: dem Eigentümer des Mutterunternehmens zuzurechnen		128,3	195,2	–66,9	–34,3

Konzern-Gesamtergebnisrechnung

für die Zeit vom 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2016

in Mio. Euro	Anhang	2016	2015	Veränderung	
				absolut	in %
Konzernjahresüberschuss		128,3	195,2	-66,9	-34,3
Sonstiges Ergebnis		-23,1	-1,5	-21,7	< -100,0
Posten, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden		-24,7	12,4	-37,1	< -100,0
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste gem. IAS 19	[59]	-24,7	12,4	-37,1	< -100,0
Posten, die anschließend in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden		1,6	-13,9	15,5	> 100,0
Bewertungseffekte aus AFS-Finanzinstrumenten	[37]	1,6	-13,9	15,5	> 100,0
Anteil von at-equity bilanzierten Unternehmen am sonstigen Ergebnis		-0,1	0,0	-0,1	< -100,0
Posten, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden		-0,1	0,0	-0,1	< -100,0
Erfolgsneutral erfasste Erträge/Aufwendungen bei at-equity bilanzierten Anteilen	[38]	-0,1	0,0	-0,1	< -100,0
Posten, die anschließend in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden		0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamtergebnis		105,1	193,7	-88,5	-45,7
davon: nicht beherrschenden Anteilen zuzurechnen		0,0	0,0	0,0	-100,0
davon: dem Eigentümer des Mutterunternehmens zuzurechnen		105,1	193,7	-88,5	-45,7

Konzern-Bilanz

zum 31. Dezember 2016

Aktiva in Mio. Euro	Anhang	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung	
				absolut	in %
Barreserve	[42]	26,7	15,4	11,3	73,7
Forderungen an Kreditinstitute	[11], [43]	1.893,4	2.032,6	- 139,2	- 6,8
Forderungen an Kunden	[11], [44]	11.363,0	12.290,0	- 927,0	- 7,5
Wertberichtigungen auf Forderungen	[12], [45]	- 22,8	- 39,2	16,4	41,8
Positive Marktwerte Hedge-Derivate	[13], [46]	0,0	0,2	- 0,2	- 100,0
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte ¹	[14], [47]	3.606,6	3.586,9	19,7	0,5
Finanzanlagen ²	[15], [48]	1.560,5	1.653,3	- 92,8	- 5,6
Nach der Equity-Methode bilanzierte Anteile	[16], [49]	0,5	0,7	- 0,3	- 35,2
Immaterielle Vermögenswerte	[17], [50]	0,8	1,4	- 0,5	- 39,4
Sachanlagen	[18], [51]	50,6	50,4	0,2	0,4
Ertragsteueransprüche	[19], [52]	1,6	1,9	- 0,3	- 15,6
Tatsächliche Ertragsteueransprüche		0,1	0,1	0,0	- 27,1
Latente Ertragsteueransprüche		1,5	1,8	- 0,3	- 14,8
Sonstige Aktiva	[20], [53]	5,1	6,3	- 1,2	- 18,8
Summe Aktiva		18.486,0	19.599,9	- 1.113,9	- 5,7

¹ davon zum 31.12.2016 359,6 Mio. Euro (31.12.2015: 206,4 Mio. Euro) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf bzw. zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Empfänger

² davon zum 31.12.2016 234,2 Mio. Euro (31.12.2015: 364,8 Mio. Euro) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf bzw. zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Empfänger

Passiva in Mio. Euro	Anhang	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung	
				absolut	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	[21], [54]	3.481,4	3.056,4	425,0	13,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	[21], [55]	5.418,3	6.327,8	- 909,5	- 14,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	[21], [56]	5.892,7	6.078,3	- 185,6	- 3,1
Negative Marktwerte Hedge-Derivate	[13], [57]	189,0	139,2	49,8	35,8
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen	[14], [58]	2.127,4	2.752,7	- 625,3	- 22,7
Rückstellungen	[22], [23], [59]	232,6	196,3	36,3	18,5
Ertragsteuerverpflichtungen	[19], [60]	1,9	2,2	- 0,3	- 13,6
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen		0,1	0,1	0,0	0,0
Latente Ertragsteuerverpflichtungen		1,8	2,1	- 0,3	- 14,6
Sonstige Passiva	[24], [61]	43,4	46,3	- 2,9	- 6,2
Eigenkapital	[62]	1.099,3	1.000,7	98,6	9,9
Eigenkapital des Eigentümers des Mutterunternehmens		1.099,3	1.002,0	97,4	9,7
a) Grundkapital		300,0	300,0	0,0	0,0
b) Kapitalrücklage		0,0	0,0	0,0	0,0
c) Gewinnrücklagen		655,6	610,5	45,1	7,4
d) Neubewertungsrücklage		2,7	1,1	1,6	> 100,0
e) Konzernbilanzgewinn		141,0	90,3	50,7	56,2
Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile		0,0	- 1,2	1,2	100,0
Summe Passiva		18.486,0	19.599,9	- 1.113,9	- 5,7

Konzern-Eigenkapital- veränderungsrechnung

in Mio. Euro	Eigenkapital des Eigentümers des Mutterunternehmens				
	Grund- kapital	Kapital- rücklage	Gewinnrücklagen		Neu- bewertungs- rücklage
			Zweckrück- lage der IBB	Andere Gewinnrück- lagen des Konzerns	
Stand zum 1. Januar 2015	300,0	0,0	323,2	278,2	15,1
Gesamtergebnis	0,0	0,0	0,0	12,4	- 13,9
davon: Konzernjahresüberschuss	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
davon: Bewertungseffekte aus AFS-Finanzinstrumenten	0,0	0,0	0,0	0,0	- 13,9
davon: versicherungsmathematische Gewinne gem. IAS 19	0,0	0,0	0,0	12,4	0,0
davon: erfolgsneutral erfasste Erträge/Aufwendungen bei at-equity bilanzierten Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Anteilsbesitzänderungen bei Tochterunternehmen ohne Beherrschungsverlust	0,0	0,0	0,0	- 3,3	0,0
Gewinnausschüttung an Anteilseigner	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Transfer in Gewinnrücklagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Stand zum 31. Dezember 2015	300,0	0,0	323,2	287,3	1,1
Gesamtergebnis	0,0	0,0	0,0	- 24,7	1,6
davon: Konzernjahresüberschuss	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
davon: Bewertungseffekte aus AFS-Finanzinstrumenten	0,0	0,0	0,0	0,0	1,6
davon: versicherungsmathematische Verluste gem. IAS 19	0,0	0,0	0,0	- 24,7	0,0
davon: erfolgsneutral erfasste Erträge/Aufwendungen bei at-equity bilanzierten Unternehmen	0,0	0,0	0,0	- 0,1	0,0
Änderung Konsolidierungskreis	0,0	0,0	0,0	- 0,1	0,0
Anteilsbesitzänderungen bei Tochterunternehmen ohne Beherrschungsverlust	0,0	0,0	0,0	- 2,2	0,0
Gewinnausschüttung an Anteilseigner	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Transfer in Gewinnrücklagen	0,0	0,0	72,0	0,0	0,0
Stand zum 31. Dezember 2016	300,0	0,0	395,3	260,3	2,7

Weitere Erläuterungen zum Eigenkapital und zu den einzelnen Komponenten sind den Angaben (62) und (37) bis (39) zu entnehmen.

in Mio. Euro	Eigenkapital des Eigentümers des Mutterunternehmens		Eigenkapital der nicht beherr- schenden Anteile	Gesamtes Eigenkapital
	Konzern- bilanz- gewinn/ -verlust	Zwischen- summe		
Stand zum 1. Januar 2015	-80,5	836,0	-3,1	832,9
Gesamtergebnis	195,2	193,7	0,0	193,7
davon: Konzernjahresüberschuss	195,2	195,2	0,0	195,2
davon: Bewertungseffekte aus AFS-Finanzinstrumenten	0,0	- 13,9	0,0	- 13,9
davon: versicherungsmathematische Gewinne gem. IAS 19	0,0	12,4	0,0	12,4
davon: erfolgsneutral erfasste Erträge/Aufwendungen bei at-equity bilanzierten Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0
Anteilsbesitzänderungen bei Tochterunternehmen ohne Beherrschungsverlust	1,4	- 1,8	1,8	0,0
Gewinnausschüttung an Anteilseigner	- 25,9	- 25,9	0,0	- 25,9
Transfer in Gewinnrücklagen	0,0	0,0	0,0	0,0
Stand zum 31. Dezember 2015	90,3	1.002,0	-1,2	1.000,7
Gesamtergebnis	128,3	105,1	0,0	105,1
davon: Konzernjahresüberschuss	128,3	128,3	0,0	128,3
davon: Bewertungseffekte aus AFS-Finanzinstrumenten	0,0	1,6	0,0	1,6
davon: versicherungsmathematische Verluste gem. IAS 19	0,0	- 24,7	0,0	- 24,7
davon: erfolgsneutral erfasste Erträge/Aufwendungen bei at-equity bilanzierten Unternehmen	0,0	- 0,1	0,0	- 0,1
Änderung Konsolidierungskreis	0,0	- 0,1	0,0	- 0,1
Anteilsbesitzänderungen bei Tochterunternehmen ohne Beherrschungsverlust	1,0	- 1,2	1,2	0,0
Gewinnausschüttung an Anteilseigner	- 6,5	- 6,5	0,0	- 6,5
Transfer in Gewinnrücklagen	- 72,0	0,0	0,0	0,0
Stand zum 31. Dezember 2016	141,0	1.099,3	0,0	1.099,3

Konzern-Kapitalflussrechnung

in Mio. Euro	2016	2015
Konzernjahresüberschuss	128,3	195,2
Im Konzernjahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Tätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen und immaterielle Vermögenswerte	- 2,3	5,1
Veränderungen der Rückstellungen	6,7	- 36,8
Veränderungen anderer zahlungsunwirksamer Posten	3,6	- 66,1
Erfolge aus der Veräußerung von Anlagevermögen und Finanzanlagen	- 0,7	- 8,7
Zinsüberschuss	- 135,8	- 149,7
Saldo sonstiger Anpassungen	0,0	0,3
Zwischensumme	- 0,1	- 60,7
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
Forderungen an Kreditinstitute	130,7	29,2
Forderungen an Kunden	853,6	1.058,2
Sonstige Aktiva aus operativer Tätigkeit	1,2	- 3,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	111,6	513,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	- 980,4	- 607,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	- 345,5	- 878,2
Sonstige Passiva aus operativer Tätigkeit	- 2,9	- 0,4
Derivate	62,3	- 107,7
Gezahlte Zinsen	- 364,1	- 426,3
Erhaltene Zinsen	533,4	601,6
Erhaltene Dividenden	0,3	0,7
Ertragsteuerzahlungen (bzw. -erstattungen)	0,0	0,0
Cashflow aus operativer Tätigkeit	0,1	118,7
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	1.295,7	1.282,8
Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	0,0	0,0
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	- 1.275,8	- 1.377,8
Auszahlungen für den Erwerb von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	- 2,2	- 3,7
Cashflow aus Investitionstätigkeit	17,7	- 98,6
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0,0	0,0
Auszahlungen an Unternehmenseigner und nicht beherrschende Anteile (Dividenden)	- 6,5	- 25,9
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	- 6,5	- 25,9
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode	15,4	21,2
Cashflow aus operativer Tätigkeit	0,1	118,7
Cashflow aus Investitionstätigkeit	17,7	- 98,6
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	- 6,5	- 25,9
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	26,7	15,4

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand bei der Darstellung der Kapitalflussrechnung nach IAS 7 entspricht dem Bilanzposten Barreserve und umfasst somit den Kassenbestand sowie die Guthaben bei Zentralnotenbanken. Die Kapitalflussrechnung wurde nach der indirekten Methode aufgestellt und zeigt die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes des Geschäftsjahres durch die Zahlungsströme aus der operativen Geschäftstätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit.

Die Konzern-Kapitalflussrechnung gibt im Wesentlichen die Entwicklung bei der IBB wieder. Sie hat als Indikator für die Liquiditätslage einer Bank nur eine geringe Aussagekraft. In diesem Zusammenhang wird auf die Ausführungen im Risikobericht innerhalb des Konzern-Lageberichts zur Liquiditätssteuerung der Bank mittels interner Liquiditätsberechnungen und der LiqV-Steuerung verwiesen.

Konzern-Anhang

(1) Grundlagen zur Aufstellung des Konzernabschlusses

Die Investitionsbank Berlin (im Folgenden „IBB“ genannt) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Berlin (Bundesallee 210, 10719 Berlin, Deutschland). Sie ist die Struktur- und Förderbank des Landes Berlin und unterstützt das Land Berlin bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben. Das Land Berlin trägt die Anstaltslast, die die öffentlich-rechtliche Verpflichtung gegenüber der IBB enthält, ihre wirtschaftliche Basis jederzeit zu sichern und sie für die Dauer ihres Bestehens funktionsfähig zu erhalten. Gemäß § 3 Abs. 2 der Satzung der IBB haftet das Land Berlin für die von der IBB aufgenommenen Darlehen, Schuldverschreibungen, Termingeschäfte, Optionen und Swaps sowie andere Kredite an die IBB.

Die IBB hat Schuldtitel im Sinne des § 2 Abs. 1 Satz 1 WpHG an einem organisierten Markt im Sinne des § 2 Abs. 5 WpHG emittiert. Sie ist Mutterunternehmen des Konzerns Investitionsbank Berlin und somit gemäß § 340i Abs. 1 i.V.m. § 290 Abs. 1 HGB verpflichtet, einen Konzernabschluss und einen Konzernlagebericht aufzustellen. Der Konzernabschluss der IBB zum 31. Dezember 2016 wurde gemäß § 315a Abs. 1 HGB und der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 betreffend die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards in Übereinstimmung mit den international anerkannten Rechnungslegungsnormen, den International Financial Reporting Standards (IFRS), aufgestellt.

Die Bilanzierung und Bewertung erfolgte unter der Annahme der Unternehmensfortführung (Going-Concern). Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt und in der Periode erfolgswirksam erfasst, der sie wirtschaftlich zuzuordnen sind. Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

Sofern nicht anders vermerkt, wurden die beschriebenen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden einheitlich und stetig auf die dargestellten Berichtsperioden und -stichtage angewendet. Die Ausübung von Wahlrechten bei der Bilanzierung wird in den jeweiligen Angaben erläutert.

Die im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen sachgerecht erscheinen. Die Annahmen und Schätzungen beziehen sich im Wesentlichen auf die Ermittlung der Fair Values bei bestimmten Finanzinstrumenten, die Bilanzierung und Bewertung der Rückstellungen, die Ermittlung der Risikovorsorge, die Festlegung der wirtschaftlichen Nutzungsdauern von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten sowie die Realisierbarkeit zukünftiger Steuerentlastungen. Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung des entsprechenden Postens im Folgenden dargelegt.

Die Berichtswährung des Konzerns ist Euro. Alle Beträge werden, sofern nicht anders gekennzeichnet, in Millionen Euro (Mio. Euro), gerundet auf eine Nachkommastelle, angegeben. Aufgrund von Rundungen können bei den dargestellten Werten geringfügige Abweichungen bei der Addition auftreten.

Die Betragsangaben in den Tabellen erfolgen ohne Vorzeichen, sofern sich dieses aus dem Sachzusammenhang ergibt.

Der Konzern macht von dem Wahlrecht gemäß IAS 1.10A Gebrauch und erstellt eine gesonderte Gewinn- und Verlustrechnung.

(2) Angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Für die Abschlusserstellung maßgeblich sind diejenigen IFRS, die am Abschlussstichtag veröffentlicht und von der Europäischen Union übernommen wurden, sofern sie zum Abschlussstichtag verpflichtend anzuwenden sind, sowie deren Auslegung durch das IFRS Interpretations Committee. Diese wurden, soweit ihre Vorschriften für die Bilanzierung des Konzerns relevant sind, vollumfänglich angewendet.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses wurden ergänzend die nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften berücksichtigt. Der Konzernlagebericht wurde gemäß § 315 HGB aufgestellt. Die erforderlichen Angaben zu den Adressenausfall-, Liquiditäts- und Marktpreisrisiken aus Finanzinstrumenten gemäß IFRS 7.31–7.42 werden im Risikobericht innerhalb des Konzernlageberichts dargestellt. Die vom Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e.V. (DRSC) verabschiedeten Standards wurden beachtet, sofern sie vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB im Bundesanzeiger bekannt gemacht wurden, bereits verpflichtend anzuwenden waren und sie den Regelungen der IFRS nicht entgegenstehen.

Im Geschäftsjahr 2016 waren die folgenden Rechnungslegungsvorschriften erstmals anzuwenden:

Jährliches Verbesserungsprojekt des Zyklus 2010 bis 2012

Im Rahmen des Verbesserungsprojektes erfolgten Änderungen an insgesamt sechs Standards. Die Anpassungen haben überwiegend klarstellenden Charakter. Auswirkungen auf den Konzernabschluss der IBB haben sich nicht ergeben.

Jährliches Verbesserungsprojekt des Zyklus 2012 bis 2014

Aus dem Zyklus 2012 bis 2014 resultierten Klarstellungen in den vier Standards IFRS 5, IFRS 7, IAS 19 und IAS 34. Anpassungen für den Konzernabschluss der IBB resultierten hieraus nicht.

Änderungen an IAS 1 im Rahmen der „Disclosure Initiative“

Die veröffentlichten Änderungen an IAS 1 sind Teil der Initiative des IASB zur Verbesserung der Angabepflichten („Disclosure Initiative“). Sie betreffen im Wesentlichen Klarstellungen in Bezug auf die Wesentlichkeit von Angaben im Abschluss, zur Aufgliederung bzw. Zusammenfassung von Posten in der Bilanz und der Gesamtergebnisrechnung und zum strukturellen Aufbau des Anhangs.

Aus den Klarstellungen resultierten keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der IBB.

Änderungen an IAS 19 bzgl. der Berücksichtigung von Arbeitnehmer-Beiträgen zu Pensionsplänen

Die Neuregelung erleichtert die Erfassung von verpflichtenden Arbeitnehmer-Beiträgen bzw. Beiträgen Dritter, die nicht an die Anzahl von Dienstjahren gekoppelt sind, zu leistungsorientierten Pensionsplänen. Anpassungen für den Konzernabschluss der IBB resultierten hieraus nicht, da die Regelungen der Versorgungswerke der Bank keine derartigen Arbeitnehmer-Beiträge vorsehen.

Änderungen an IFRS 11 bzgl. des Erwerbs von Anteilen an einer gemeinschaftlichen Tätigkeit

Die Änderungen erweitern IFRS 11 um Leitlinien zur Bilanzierung des Erwerbs von Anteilen an einer gemeinschaftlichen Tätigkeit, die einen Geschäftsbetrieb darstellen. Danach hat der Erwerber die Anteile an einer gemeinschaftlichen Tätigkeit entsprechend IFRS 3 zu bilanzieren sowie die anderen einschlägigen Standards – inklusive der entsprechenden Angabepflichten – anzuwenden.

Im Geschäftsjahr 2016 gab es im IBB-Konzern keinen Anwendungsfall.

Änderungen an IFRS 10, IFRS 12 und IAS 28 bzgl. der Ausnahme von der Konsolidierungspflicht für Investmentgesellschaften

Die beschlossenen Änderungen umfassen drei Klarstellungen im Hinblick auf die Anwendung der Ausnahme von der Konsolidierungspflicht nach IFRS 10, wenn das Mutterunternehmen die Definition einer Investmentgesellschaft erfüllt. Auswirkungen für den IBB-Konzern ergeben sich nicht, da die IBB die Definition einer Investmentgesellschaft nicht erfüllt.

Änderungen an IAS 27 „Einzelabschlüsse“

Die Änderungen betreffen die Anwendung der Equity-Methode im Einzelabschluss nach IFRS. IAS 27 sah bisher für Beteiligungen an Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen sowie assoziierten Unternehmen nur die Einbeziehung zu (fortgeführten) Anschaffungskosten oder die Bewertung als zur Veräußerung verfügbare Finanzinstrumente gemäß IAS 39 (zukünftig IFRS 9) vor. Mit der Änderung wurde zusätzlich die Equity-Methode als Bilanzierungsalternative im IFRS-Einzelabschluss wieder eingeführt.

Für die IBB ergeben sich keine Änderungen, da der Einzelabschluss nicht unter Anwendung der IFRS aufgestellt wird.

Änderungen an IAS 16 und IAS 38 bzgl. zulässiger Abschreibungsmethoden

Die Standardänderung stellt klar, dass die Abschreibung von Sachanlagen auf Basis der Umsatzerlöse der durch sie hergestellten Güter nicht sachgerecht ist. Die Regelung gilt grundsätzlich auch für die Abschreibung immaterieller Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer, wobei zwei Ausnahmetatbestände definiert werden (widerlegbare Vermutung der Unangemessenheit).

Auf die Rechnungslegung des Konzerns hat die Standardänderung keine Auswirkungen.

Ferner wurden im Geschäftsjahr 2016 **Änderungen an den Standards IAS 16 und IAS 41 zur Bilanzierung produzierender Pflanzen** erstmals anzuwenden. Diese Regelungen sind für die Geschäftstätigkeit und die Rechnungslegung des Konzerns nicht relevant.

Für die folgenden, für den Konzern grundsätzlich einschlägigen, Standards bzw. Änderungen an Standards ist das EU-Endorsement bereits erfolgt, sie sind jedoch noch nicht verpflichtend anzuwenden. Von einer freiwilligen vorzeitigen Anwendung wurde abgesehen:

IFRS 9 Finanzinstrumente

Der im Juli 2014 in der endgültigen Fassung veröffentlichte IFRS 9 ersetzt die bestehenden Vorschriften des IAS 39 zur Bilanzierung und Bewertung von Finanzinstrumenten.

Wesentliche Änderungen gegenüber IAS 39 betreffen folgende Themenbereiche:

- Klassifizierung und Bewertung finanzieller Vermögenswerte (geändertes Kategorisierungsmodell): Finanzielle Vermögenswerte werden auf Basis des Geschäftsmodells (Portfolioebene) und der Vertragsbedingungen bzw. Zahlungsstromcharakteristika (Instrumentenebene) in Bewertungskategorien klassifiziert. Unterschieden werden die Bewertungskategorien Amortised Cost (AC), Fair Value through Other Comprehensive Income (FVOCI, erfolgsneutrale Fair Value-Bewertung), und Fair Value through Profit & Loss (FVPL, erfolgswirksame Fair Value-Bewertung).
- Bewertung und Ausweis von zum Fair Value designierten finanziellen Verbindlichkeiten: Fair-Value-Änderungen, die aus dem eigenen Kreditrisiko resultieren, sind nicht mehr erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung, sondern erfolgsneutral im sonstigen Ergebnis (OCI) auszuweisen.
- Eingebettete Derivate: Die Anwendung der Vorschriften zur Trennung erfolgt nur für Basisverträge, die finanzielle Verbindlichkeiten darstellen oder nicht-finanzieller Art sind.
- Wertminderungen bzw. Impairment (neues Risikovorsorgemodell): Risikovorsorge ist nicht mehr auf Grundlage von bereits eingetretenen Verlusten (sog. Incurred Losses), sondern auf Basis von erwarteten Verlusten (sog. Expected Losses) zu bilden. Bei der Ermittlung werden Stufen unterschieden. Die Zuordnung zu einer Risikovorsorgestufe erfolgt in Abhängigkeit davon, ob das Instrument eine wesentliche Verschlechterung des Kreditrisikos seit seinem Zugang erlebt hat bzw. ob das Instrument „impaired“ ist. Finanzinstrumente mit guter Kreditqualität (investment grade) können hingegen unter bestimmten Voraussetzungen immer der ersten Stufe zugeordnet werden. Im Minimum wird immer der 12-Monats-Expected Loss bevorratet. Bei einer wesentlichen Verschlechterung des Kreditrisikos seit Zugang bzw. falls das Instrument „impaired“ ist, wird der Lifetime Expected Loss bevorratet. Die neuen Vorschriften führen im Vergleich zu IAS 39 dazu, dass Risikovorsorge früher und in größerem Umfang gebildet wird.
- Sicherungsbeziehungen: Es gibt diverse Änderungen an den Vorschriften zum Hedge Accounting im Vergleich zu IAS 39. Allerdings sind neue Vorschriften zur Abbildung von (dynamischen) Portfolio- bzw. Makro Hedges im IFRS 9 ausgeklammert. Aus diesem Grund beinhaltet der neue Standard Wahlrechte zur weiteren Anwendung der Hedge Accounting-Vorschriften des IAS 39 inkl. der Portfolio Fair Value Hedge Accounting-Vorschriften des IAS 39.

Das IASB hat die finale Fassung des Standards am 24. Juli 2014 veröffentlicht. Die erstmalige verpflichtende Anwendung ist für Geschäftsjahre vorgesehen, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Eine frühzeitige Anwendung ist zulässig.

Der Konzern bereitet sich seit 2011 auf die Erstanwendung von IFRS 9 vor. Ein diesbezüglich in 2011 begonnenes Projekt wurde aufgrund eines unklaren bzw. verschobenen Erstanwendungstermins in 2013 gestoppt. Die Entwicklung zu IFRS 9 wurde jedoch fachlich weiterhin verfolgt.

Im Geschäftsjahr 2015 wurden im Rahmen einer Vorstudie die für den Konzern zu erwartenden Auswirkungen von IFRS 9 unter Berücksichtigung der sich zwischenzeitlich ergebenden Änderungen erhoben und einer ersten Bewertung unterzogen. Schwerpunkte der Voruntersuchung waren die Themenbereiche Kategorisierung und Impairment unter Berücksichtigung möglicher Implikationen auf die IT-Systemlandschaft des Konzerns.

In 2016 hat der Konzern mit einem Projekt zur Umsetzung von IFRS 9 begonnen. Auftrag des Projektes ist es, die neuen Anforderungen an die Klassifizierung, die Risikovorsorgeermittlung und das Hedge Accounting in den betroffenen IT-Systemen und Prozessen umzusetzen. Neben Anpassungen an bestehenden IT-Systemen besteht auch Bedarf, neue Software einzuführen. Dies gilt insbesondere für die komplexen neuen Vorschriften zur Risikovorsorgeermittlung.

Schwerpunkt im Geschäftsjahr 2016 waren daher die fachlichen und technischen Anforderungen zum Thema Impairment. Zur Unterstützung der erforderlichen Prozesse wurde ein geeignetes Software-Tool erworben. Ein Testsystem wurde implementiert und erste Testrechnungen durchgeführt. Die Übernahme erster wesentlicher Funktionalitäten in die operativen Systeme ist für Mitte 2017 geplant. Ferner wurde mit der Modellierung der für die Berechnung des Expected Loss benötigten Inputparameter begonnen.

Bei der Kategorisierung des Geld- und Kapitalmarktgeschäftes erwartet der Konzern nach derzeitiger Einschätzung grundsätzlich keine negativen Auswirkungen. Bei der Analyse der Kategorisierung des Fördergeschäftes wurden bei einigen Förderdarlehen sowie den dazugehörigen Refinanzierungen, die nach IAS 39 zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert werden, Vertragskonstellationen identifiziert, die dazu führen könnten, dass nach IFRS 9 eine Bilanzierung zum Fair Value erforderlich wird. Für eine abschließende Beurteilung dieser Verträge werden im Laufe des Projektes weitere Untersuchungen erfolgen. Aktuell ist eine hinreichend verlässliche Quantifizierung der Effekte durch die Kategorisierung nicht möglich.

Die Anwendung des in IFRS 9 geregelten Expected Loss Modells wird tendenziell zu einer höheren Risikovorsorge führen. Mit Hilfe einer Modellrechnung wurden mögliche Auswirkungen der Anwendung des neuen Modells auf das Kreditportfolio der Bank simuliert. Die Ergebnisse der Simulation bestätigen zwar einen signifikanten Anstieg der Risikovorsorge, der Konzern geht derzeit jedoch davon aus, dass die ermittelten Werte wirtschaftlich tragbar sind. Es ist allerdings zu beachten, dass zum Thema Impairment noch zahlreiche Auslegungs- und Umsetzungsfragen geklärt werden müssen, die durchaus erhebliche Auswirkungen auf die Höhe der nach IFRS 9 geforderten Risikovorsorge haben können.

Bezüglich des Hedge Accountings geht der Konzern aktuell davon aus, dass er das Wahlrecht zur weiteren Anwendung der Vorschriften nach IAS 39 in Anspruch nimmt. Damit würden sich durch IFRS 9 zunächst keine Auswirkungen auf das Hedge Accounting ergeben.

Die Vorschriften nach IFRS 9 sind vom Konzern erstmalig für den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2018 anzuwenden. Zwischenabschlüsse sind vom Konzern bisher nicht zu erstellen.

IFRS 15 Umsatzerlöse aus Kundenverträgen

IFRS 15 wird die bestehenden Regelungen der Standards IAS 18 und IAS 11 (einschließlich der zugehörigen Interpretationen) zur Erlösrealisierung ablösen. Der neue Standard führt die bisher in diversen Standards und Interpretationen enthaltenen Regelungen zur Erlösrealisierung an zentraler Stelle zusammen und legt einheitliche Grundprinzipien fest, die von allen Branchen und für alle Kategorien von Umsatztransaktionen anzuwenden sind.

Zur Bestimmung der Höhe sowie des Zeitpunkts bzw. des Zeitraums der Umsatzrealisierung wird ein 5-Stufen-Modell eingeführt. Die Realisierung eines Umsatzes erfolgt grundsätzlich bei Übergang der Kontrolle an den Gütern bzw. Dienstleistungen an den Kunden (control approach). Der Übergang von Chancen und Risiken wird nur noch als Indikator für den Kontrollübergang herangezogen. Ferner werden konkrete Regelungen zu Mehrkomponentengeschäften definiert und Kriterien für die Erlös-Realisierung über den Leistungserbringungszeitraum hinweg festgelegt. Daneben erfordert der Standard umfangreichere Angaben im Abschluss.

Durch eine Änderung des Standards in 2015 hat das IASB den verpflichtenden Erstanwendungszeitpunkt auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen, verschoben.

Das IASB hat im April 2016 einen Änderungsstandard zu IFRS 15 veröffentlicht, der neben Klarstellungen zu den Themen Identifizierung der Leistungsverpflichtung aus einem Vertrag, Prinzipal-/Agenteneinstufung und zeitraum- bzw. zeitpunktbezogene Vereinnahmung von Lizenz-Erlösen auch zwei Erleichterungen im Zusammenhang mit der Erstanwendung des Standards enthält. Das EU-Endorsement soll voraussichtlich noch im ersten Quartal 2017 erfolgen. Die Änderungen sollen, wie auch der Standard IFRS 15 insgesamt, erstmals in Geschäftsjahren Anwendung finden, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen.

Die Umsetzung der neuen Vorschriften befindet sich derzeit in der Konzeptionierung und wird parallel zur Einführung von IFRS 9 erfolgen. Erträge im Anwendungsbereich von IFRS 15 umfassen bei der IBB hauptsächlich Entgelte für die Verwaltung von Bürgschaften und Zuschüssen sowie Bearbeitungsgebühren. Aktuell werden keine wesentlichen finanziellen Auswirkungen erwartet. In 2017 werden ggf. erforderliche Anpassungen in den Prozessen, Arbeitsanweisungen sowie Dokumentationspflichten umgesetzt.

Darüber hinaus bestehen weitere, durch das International Accounting Standards Board verabschiedete, neue und überarbeitete Rechnungslegungsstandards bzw. Interpretationen, die für die Bilanzierung des Konzerns grundsätzlich einschlägig sind, für die jedoch das EU-Endorsement bislang nicht erfolgt ist und die daher nicht angewendet werden dürfen:

Änderungen an IFRS 10 und IAS 28 bzgl. der Übertragung von Vermögenswerten an ein assoziiertes Unternehmen oder ein Gemeinschaftsunternehmen

Mit der im September 2014 verabschiedeten Änderung werden Inkonsistenzen zwischen IFRS 10 und IAS 28 im Hinblick auf die Veräußerung von Vermögenswerten an ein assoziiertes Unternehmen oder ein Gemeinschaftsunternehmen bzw. die Einlage von Vermögenswerten in ein assoziiertes Unternehmen oder ein Gemeinschaftsunternehmen beseitigt. Danach hat eine vollständige Erfassung des Gewinns und Verlusts beim Investor nur dann zu erfolgen, wenn die Vermögenswerte einen Geschäftsbetrieb i.S.v. IFRS 3 „Unternehmenszusammenschlüsse“ darstellen. Ist dies nicht der Fall, ist eine anteilige Erfolgserfassung verpflichtend.

Das IASB hat den verpflichtenden Erstanwendungszeitpunkt der Standardänderung auf unbestimmte Zeit verschoben, da es sich im Rahmen eines Forschungsprojektes zur Equity-Methode erneut mit derartigen Transaktionen befassen möchte. Die Übernahme der Änderungen durch die Europäische Union in das Gemeinschaftsrecht wurde ebenfalls ausgesetzt. Im Falle einer Vermögensübertragung an ein assoziiertes Unternehmen oder Gemeinschaftsunternehmen im IBB-Konzern wären die neuen Regelungen des IAS 28 und IFRS 10 zu beachten.

IFRS 16 Leasingverhältnisse

Das IASB hat am 13. Januar 2016 den neuen Standard zur Bilanzierung von Leasingverhältnissen veröffentlicht, der insbesondere für Leasingnehmer weitreichende Bilanzierungsänderungen enthält. IFRS 16 wird den bisherigen Leasingstandard IAS 17 sowie die Interpretationen IFRIC 4, SIC-15 und SIC-27 ablösen. Der Standard soll auf Geschäftsjahre Anwendung finden, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen. Die Übernahme in das europäische Gemeinschaftsrecht soll voraussichtlich im vierten Quartal 2017 erfolgen.

Die Gesellschaften des Konzerns haben vereinzelt Leasingverträge sowohl als Leasingnehmer als auch als Leasinggeber abgeschlossen. Insgesamt sind diese für den Konzernabschluss jedoch von untergeordneter Bedeutung. Die Bank wird die neuen Vorschriften analysieren und ihre Umsetzungsimplicationen für den Abschluss des Konzerns erheben.

Änderungen an IAS 7 bzgl. der Angaben über die Verschuldung

Im Rahmen der Initiative zur Verbesserung der Angabepflichten hat das IASB im Januar 2016 Änderungen an IAS 7 „Kapitalflussrechnung“ verabschiedet, die die Offenlegung von Informationen zur Verschuldung des Unternehmens verbessern sollen. Danach sind künftig Veränderungen der Verbindlichkeiten, die aus Finanzierungsaktivitäten des Geschäftsjahres resultieren, vorzugsweise in Form einer Überleitungsrechnung anzugeben.

Die Änderungen sollen auf Geschäftsjahre Anwendung finden, die am oder nach dem 1. Januar 2017 beginnen. Die Übernahme der Änderungen in europäisches Recht ist für das zweite Quartal 2017 geplant. Wesentliche Änderungen für den Konzernabschluss der IBB werden nicht erwartet.

Änderungen an IAS 12 zum Ansatz aktiver latenter Steuern bei nicht realisierten Verlusten

Die im Januar 2016 verabschiedeten Änderungen an IAS 12 betreffen im Wesentlichen Klarstellungen zur Bilanzierung aktiver latenter Steuern auf unrealisierte Verluste aus Finanzinstrumenten der Kategorie Available for Sale.

Die Änderungen sollen auf Geschäftsjahre Anwendung finden, die am oder nach dem 1. Januar 2017 beginnen. Mit einer Übernahme der Änderungen in das europäische Gemeinschaftsrecht wird für das zweite Quartal 2017 gerechnet. Aufgrund des Steuerstatus der Investitionsbank Berlin als subjektiv steuerbefreite Anstalt des öffentlichen Rechts werden für den Konzernabschluss keine Auswirkungen erwartet.

Änderungen an IAS 40 bzgl. der Übertragung von Investment Properties

Die von IASB am 8. Dezember 2016 veröffentlichte Änderung an IAS 40 stellt klar, dass Übertragungen einer Immobilie in den oder aus dem Bestand der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien nur erfolgt, wenn es Anhaltspunkte für eine Nutzungsänderung gibt. Dies gilt auch für noch im Bau oder in der Entwicklung befindliche Immobilien. Die bisher im Standard enthaltene Beispiel-Liste soll nicht als abschließend interpretiert werden.

Die Standardänderung soll auf Geschäftsjahre Anwendung finden, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Die Übernahme in das europäische Gemeinschaftsrecht wird voraussichtlich im dritten Quartal 2017 erfolgen. Aus der Änderung resultieren für den Konzernabschluss keine Auswirkungen.

Jährliches Verbesserungsprojekt des Zyklus 2014 bis 2016

Aus dem im Dezember 2016 veröffentlichten Verbesserungsprojekt des Zyklus 2014 bis 2016 resultieren Klarstellungen in den drei Standards IFRS 1, IFRS 12 und IAS 28, die erstmals auf Geschäftsjahre anzuwenden sind, die am oder nach dem 1. Januar 2017 bzw. 1. Januar 2018 beginnen. Das Endorsement wird voraussichtlich im dritten Quartal 2017 erfolgen. Anpassungen für den Konzernabschluss der IBB resultierten hieraus nicht.

Die ebenfalls in 2016 verabschiedeten Änderungen an den Standards IFRS 2 und IFRS 4 sowie die vom IFRIC veröffentlichte Interpretation 22 sind für die Rechnungslegung des Konzerns nicht relevant.

Die Europäische Kommission hat im Oktober 2015 entschieden, den im Januar 2014 verabschiedeten Interimsstandard **IFRS 14 (Regulatorische Abgrenzungsposten)** aufgrund seines sehr limitierten Anwenderkreises nicht zur Übernahme in das EU-Recht vorzuschlagen. Die Regelungen sind für die Rechnungslegung des Konzerns nicht relevant.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(3) Konsolidierungskreis

Alle wesentlichen Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen werden in den Konzernabschluss einbezogen. Beteiligungen, die als unwesentlich eingestuft wurden, sind von der Konsolidierung bzw. at equity-Bewertung ausgenommen und werden als Finanzanlagen ausgewiesen.

Für die Beurteilung der Wesentlichkeit werden sowohl quantitative als auch qualitative Kriterien geprüft. Neben der Einhaltung von Größenkriterien für jede einzelne Gesellschaft wird auch für die Gesamtheit aller einzeln als unwesentlich eingestuften Unternehmen die Unwesentlichkeit in Bezug auf u.a. das Eigenkapital und das Jahresergebnis des Konzerns sichergestellt. Die qualitative Betrachtung umfasst die Prüfung, ob aufgrund von wirtschaftlichen Abhängigkeiten oder der umfangreichen Übernahme von Geschäfts- bzw. Förderaktivitäten für die IBB eine Einstufung als wesentlich und damit eine Einbeziehung in den Konzernabschluss erfolgen muss.

Der Konsolidierungskreis umfasst neben der IBB als Mutterunternehmen sieben Tochterunternehmen (Vorjahr: acht) sowie ein assoziiertes Unternehmen (Vorjahr: zwei). Gemeinsame Vereinbarungen nach IFRS 11 bestehen nicht.

Als Tochterunternehmen werden diejenigen Unternehmen klassifiziert, die vom Konzern direkt oder indirekt beherrscht werden. Beherrschung liegt vor, wenn das Mutterunternehmen Entscheidungsgewalt über die maßgebliche Tätigkeit eines Unternehmens aufgrund von Stimmrechten oder anderen Rechten hat und an positiven oder negativen variablen Rückflüssen aus dem Unternehmen partizipiert. Zudem muss die Höhe dieser Rückflüsse durch die Entscheidungsgewalt über das Unternehmen beeinflussbar sein (IFRS 10.7).

Eine Veränderung des Konsolidierungskreises ergab sich aufgrund der Verschmelzung der IBB Beteiligungsgesellschaft mbH auf die IBB-Holding GmbH. Die Verschmelzung erfolgte zum 1. Januar 2016. Die verschmolzene Gesellschaft wurde anschließend zur IBB Beteiligungsgesellschaft mbH umfirmiert.

Im Rahmen der Abwicklung der ipal Gesellschaft f. Patentverwertung Berlin mbH wurden im Geschäftsjahr 2016 die verbleibenden Anteile der Berliner Hochschulen an die IBB übertragen. Der Anteilsbesitz der IBB erhöhte sich damit auf 100% (Vorjahr: 81%). Die Gesellschaft wird unverändert als Tochterunternehmen vollkonsolidiert.

Als assoziierte Unternehmen werden diejenigen Unternehmen klassifiziert, bei denen der Konzern über maßgeblichen Einfluss verfügt und die weder Tochterunternehmen noch Gemeinschaftsunternehmen sind. Für Beteiligungen der VC-Gesellschaften, die die Kriterien eines assoziierten Unternehmens erfüllen, wurde von der Ausnahmeregelung des IAS 28.18 Gebrauch gemacht und eine Bewertung erfolgswirksam zum Zeitwert vorgenommen.

Von den assoziierten Unternehmen wird die Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH mittels der Equity Methode in den Konzernabschluss einbezogen. Die noch im Vorjahr at-Equity bewertete Berlin Tourismus & Kongress GmbH wird aufgrund ihrer untergeordneten Bedeutung im Konzernabschluss 2016 als Finanzinstrument gemäß IAS 39 bilanziert und im Posten Finanzanlagen ausgewiesen.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochter- und assoziierten Unternehmen sowie die aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht einbezogenen Unternehmen und Beteiligungen können der Anteilsbesitzliste (Angabe (78)) entnommen werden.

(4) Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der IBB wird gemäß IFRS 10.19 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Die zur Aufstellung des Konzernabschlusses verwendeten Abschlüsse der einbezogenen Unternehmen wurden auf den Abschlussstichtag des Mutterunternehmens aufgestellt.

Die Kapitalkonsolidierung wird gemäß IFRS 10.B86 vorgenommen.

Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile am Eigenkapital von Tochterunternehmen werden innerhalb des Konzerneigenkapitals als nicht beherrschende Anteile ausgewiesen.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten, die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen und Erträge sowie Zwischenergebnisse innerhalb des Konzerns werden gemäß IFRS 10.B86 eliminiert.

Anteile an assoziierten Unternehmen werden nach der Equity-Methode bewertet. Der Anteil des Konzerns an ergebnisneutralen Eigenkapitalveränderungen der assoziierten Unternehmen wird im Eigenkapital des Konzerns ausgewiesen. Die Fortschreibung der Equity-Buchwerte erfolgt auf der Basis von IFRS-Abschlüssen der Gesellschaften.

(5) Finanzinstrumente

Finanzinstrumente werden ab dem Zeitpunkt bilanziell erfasst, ab dem das bilanzierende Unternehmen Vertragspartei wird und zu den vereinbarten Leistungen bzw. Gegenleistungen berechtigt oder verpflichtet ist.

Alle finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verpflichtungen einschließlich derivativer Finanzinstrumente werden gemäß IAS 39 in der Bilanz angesetzt. Der Ansatz erfolgt bei Kassageschäften (regular way contracts) und Derivaten zum Handelstag.

Finanzinstrumente werden im Zugangszeitpunkt mit ihrem Zeitwert erfasst, der in der Regel den Anschaffungskosten entspricht. Im Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes werden Finanzinstrumente einer der nachstehend aufgeführten Bewertungskategorien zugeordnet. Abhängig von dieser Kategorisierung erfolgt die Folgebewertung.

Finanzielle Vermögenswerte werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Rechte aus dem Vermögenswert erloschen sind oder an Konzernfremde in der Weise übertragen wurden, dass die Chancen und Risiken im Wesentlichen übergegangen sind. Finanzielle Verpflichtungen werden bei erfolgter Tilgung ausgebucht.

Die für die Berichterstattung gemäß IFRS 7.6 erforderliche Klassenbildung der Finanzinstrumente erfolgt analog der Kategorisierung gemäß IAS 39 in Verbindung mit den Bilanzposten. Gegebenenfalls werden weitere Untergliederungen einzelner Bilanzposten nach Produkten vorgenommen. Daneben stellen die Derivate, die als Sicherungsinstrumente im Rahmen des Hedge Accountings genutzt werden, sowie Kreditzusagen und Finanzgarantien eigene Klassen dar. Die nach IFRS 7 erforderlichen Angaben erfolgen im Abschnitt „weitere Angaben zu Finanzinstrumenten“ (insbesondere Angaben (68) bis (71)) bzw. innerhalb des Risikoberichts im Konzernlagebericht.

a) Bewertungskategorien

Erfolgswirksam zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (Financial Assets or Liabilities at Fair Value through Profit or Loss, AFV und LFV)

Die Bewertungskategorien der erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten untergliedern sich jeweils in die Unterkategorien „zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten“ (Held for Trading, HfT) und „Finanzinstrumente, die beim erstmaligen Ansatz als erfolgswirksam zum Zeitwert zu bewerten eingestuft wurden“ (Fair Value Option, FVO).

Als „Held for Trading“ sind gemäß IAS 39.9 jene nicht-derivativen Finanzinstrumente zu klassifizieren, die hauptsächlich mit der Absicht erworben oder eingegangen wurden, das Finanzinstrument kurzfristig zu verkaufen oder zurückzukaufen. Ferner gehören Derivate der Unterkategorie „Held for Trading“ an.

Geschäfte mit kurzfristiger Gewinnerzielungsabsicht werden von der IBB nicht getätigt. Der Unterkategorie HfT sind daher im Konzern ausschließlich Derivate zugeordnet, die zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossen wurden.

Die Fair Value Option kann unwiderruflich für Finanzinstrumente genutzt werden, wenn

- durch die Einstufung Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz (sog. Rechnungslegungsanomalien) beseitigt oder erheblich verringert werden, die sich aus der ansonsten vorzunehmenden Bewertung der Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten oder der Erfassung von Gewinnen und Verlusten ergeben würden, oder
- eine Gruppe von finanziellen Vermögenswerten und/oder finanziellen Verbindlichkeiten gemäß einer dokumentierten Risikomanagement- oder Anlagestrategie gesteuert und ihre Wertentwicklung auf der Grundlage des Zeitwerts beurteilt wird und die auf dieser Grundlage ermittelten Informationen intern an Personen in Schlüsselpositionen weitergereicht werden, oder
- ein Vertrag ein oder mehrere eingebettete Derivate enthält, die die Zahlungsströme des Vertrags erheblich verändern, und wenn nicht ohne Analyseaufwand ersichtlich ist, dass eine Trennung des eingebetteten Derivats bzw. der eingebetteten Derivate unzulässig ist.

Die Fair Value Option wird zur Darstellung ökonomischer Sicherungsbeziehungen genutzt. Darüber hinaus wendet der IBB-Konzern das Hedge Accounting nach IAS 39 bisher nur in sehr begrenztem Umfang an (Angabe (5b)). Die Fair Value Option wird ferner zur Vermeidung der Trennungspflicht eingebetteter Derivate im Kreditgeschäft angewendet. Daneben wurde für die Beteiligungsportfolios der VC-Gesellschaften aufgrund ihrer Steuerung auf der Grundlage des Zeitwerts von der Fair Value Option Gebrauch gemacht.

Die Bewertung der Finanzinstrumente dieser Kategorien erfolgt erfolgswirksam zum Fair Value. Sie werden in den Bilanzposten „erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte bzw. Verpflichtungen“ ausgewiesen. Die Ergebnisse aus der Fair Value-Bewertung sind im Posten „Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten“ enthalten. Hier werden auch die realisierten Ergebnisse aus dem Abgang bzw. der Veräußerung ausgewiesen. Die nach der Effektivzinsmethode berechneten Zinsen sowie laufende Erträge aus Beteiligungen der VC-Gesellschaften werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen (Held to Maturity, HTM)

Die Bewertungskategorie ist vorgesehen für auf aktiven Märkten gehandelte, nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbar Zahlungen sowie einer festen Laufzeit. Die Einordnung in diese Bewertungskategorie kann jedoch nur erfolgen, wenn die Absicht und Fähigkeit besteht, das Finanzinstrument bis zu seiner Endfälligkeit zu halten.

Im IBB-Konzern sind keine Finanzinstrumente dieser Bewertungskategorie zugeordnet.

Kredite und Forderungen (Loans and Receivables, LAR)

Unter die Bewertungskategorie LAR fallen nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbar Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind, soweit sie nicht bei Zugang in die Bewertungskategorie der erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Vermögenswerte designiert oder der Bewertungskategorie der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte zugeordnet wurden.

Kredite und Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet und in den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die nach der Effektivzinsmethode ermittelten Zinserträge werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Wertminderungen werden im Posten Wertberichtigungen auf Forderungen ausgewiesen. Aufwendungen aus der Bildung und Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen sowie Direktabschreibungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen und Abgangsergebnisse werden in der Risikovorsorge ausgewiesen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale, AFS)

Die Bewertungskategorie AFS beinhaltet alle nicht-derivativen finanziellen Vermögenswerte, die nicht bereits anderen Bewertungskategorien zugeordnet wurden. Ihre Bewertung erfolgt grundsätzlich mit dem Zeitwert. Eigenkapitalinstrumente, für die kein an einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt und deren Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden mit ihren Anschaffungskosten bewertet. Vermögenswerte der Bewertungskategorie AFS werden im Posten Finanzanlagen ausgewiesen.

Unterschiedsbeträge zwischen dem Zeitwert und den fortgeführten Anschaffungskosten werden innerhalb des Eigenkapitals in der Neubewertungsrücklage erfasst. Dauernde Wertminderungen (Impairment) und Ergebnisse aus der Veräußerung werden im Ergebnis aus Finanzanlagen ausgewiesen. Wertaufholungen bei Schuldtiteln werden bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten, die sich ohne das Vorliegen eines Impairments ergeben hätten, im Ergebnis aus Finanzanlagen, Wertaufholungen bei Eigenkapitalinstrumenten hingegen in der Neubewertungsrücklage ausgewiesen. Laufende Ergebnisse und die nach der Effektivzinsmethode ermittelten Zinserträge werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten (Financial Liabilities measured at amortised cost, LAC)

Der Bewertungskategorie LAC werden alle nicht-derivativen finanziellen Verbindlichkeiten zugeordnet, die nicht in die Fair Value Option designiert wurden. Die Bilanzierung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten.

Finanzinstrumente der Kategorie LAC werden in den Bilanzposten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden und verbrieft Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die nach der Effektivzinsmethode ermittelten Zinsaufwendungen werden im Zinsüberschuss berücksichtigt. Abgangsergebnisse sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

b) Bilanzierung von Sicherungsgeschäften

Im Rahmen der Banksteuerung schließt der Konzern Derivate zur Absicherung von Marktpreisrisiken ab. Dabei werden im Wesentlichen durch den Einsatz von Zinsswaps Zinsrisiken aus festverzinslichen Positionen in variabel verzinsliche Positionen transferiert. Die Absicherung von Treasury-Geschäften erfolgt grundsätzlich auf Einzelbasis. Die Absicherung von Förderdarlehen erfolgt grundsätzlich auf Portfoliobasis. Bei Förderdarlehen mit größeren Volumina kann auch eine Absicherung auf Einzelbasis vorgenommen werden.

Für die bilanzielle Abbildung von Sicherungsbeziehungen nutzt der Konzern seit dem Geschäftsjahr 2014 den Fair Value Hedge nach IAS 39. Abgesichert wird ausschließlich das Zinsrisiko. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des abgesicherten Grundgeschäfts, die auf das abgesicherte Zinsrisiko zurückzuführen sind, werden unabhängig von der Bewertungskategorie erfolgswirksam erfasst. Die ebenfalls erfolgswirksam erfassten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der Derivate werden dadurch in hohem Maße kompensiert.

Bisher macht der Konzern ausschließlich von der bilanziellen Absicherung auf Einzelbasis (Mikro Hedge) Gebrauch.

Bei Abschluss einer Transaktion wird die Beziehung zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft sowie die Art des gesicherten Risikos dokumentiert. Ebenso wird sowohl zu Beginn (ex ante) als auch fortlaufend (ex ante und ex post) die Einschätzung dokumentiert, dass die Absicherung in hohem Maße effektiv ist.

Beim **Mikro Hedge** werden ein oder auch mehrere gleichartige Grundgeschäfte mit einem oder mehreren Sicherungsderivaten in einer Sicherungsbeziehung zusammengefasst. Zu Beginn der Sicherungsperiode kann ex ante von Effektivität ausgegangen werden, sofern die wesentlichen Ausstattungsmerkmale des Sicherungsderivats und des Grundgeschäfts übereinstimmen (Critical Term Match). Die ex ante-Effektivität sowie die ex post-Effektivität werden zu Beginn bzw. zum Ende einer Sicherungsperiode nach der Dollar Offset-Methode gemessen. Hierfür werden die zinsinduzierten Wertänderungen der Grund- und Sicherungsgeschäfte zueinander in Relation gesetzt. Effektivität ist gegeben, wenn das Verhältnis der Wertveränderungen von Grund- und Sicherungsgeschäften in einer Bandbreite von –80 % bis –125 % liegt.

Dabei wird für die ex ante-Berechnung eine Sensitivitätsanalyse, bei der die relevante Zinskurve um 100 Basispunkte parallel verschoben wird, durchgeführt. Die Sicherungsperiode beträgt einen Monat.

Bei effektiven Sicherungsbeziehungen wird der Buchwert der abgesicherten Grundgeschäfte um die zinsinduzierte Veränderung des beizulegenden Zeitwerts angepasst und zusammen mit der Veränderung des beizulegenden Zeitwerts der Sicherungsgeschäfte im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst. Die einer effektiven Sicherungsbeziehung zugeordneten Derivate werden in der Bilanz getrennt von den Derivaten der Bewertungskategorie HfT in einem gesonderten Posten ausgewiesen.

Für ineffektive Sicherungsbeziehungen können die Vorschriften des Hedge Accounting für den entsprechenden Zeitraum nicht angewendet werden. Das Grundgeschäft wird für diesen Zeitraum entsprechend seiner Bewertungskategorie bewertet. In vorangegangenen effektiven Sicherungsperioden erfasste zinsinduzierte Wertänderungen des designierten Grundgeschäfts werden unter Verwendung der Effektivzinsmethode im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen über die Restlaufzeit amortisiert.

c) Verfahren zur Ermittlung der Zeitwerte

Der beizulegende Zeitwert ist der Preis, den Marktteilnehmer in einer marktgerechten Transaktion bei Verkauf eines Vermögenswertes erhalten bzw. bei Übertragung einer Verbindlichkeit zahlen. Er wird mithilfe verschiedener Bewertungstechniken ermittelt. Die dort einfließenden Inputfaktoren werden nach IFRS 13 folgenden drei Stufen (Level) zugeordnet:

- Stufe 1: quotierte Preise auf aktiven Märkten für identische Vermögenswerte und Verpflichtungen
- Stufe 2: andere beobachtbare Parameter außer den in Stufe 1 genannten quotierten Preisen
- Stufe 3: nicht beobachtbare Parameter

Dabei ist die Verwendung maßgeblicher, beobachtbarer Inputfaktoren möglichst hoch und jene nicht beobachtbarer Inputfaktoren möglichst gering zu halten.

Bewertungstechniken

Für die Bewertung der Wertpapiere werden quotierte Preise verwendet. Sofern keine quotierten Preise vorliegen, wird der beizulegende Zeitwert auf Basis der abgezinsten erwarteten zukünftigen Zahlungsströme (Discounted Cash-Flow (DCF)-Methode) ermittelt. Dabei erfolgt die Abzinsung der Cashflows mit einer Swap-Kurve zuzüglich eines geschäftsspezifischen Credit-Spreads. Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Derivate, für die keine Preisnotierungen vorliegen, werden ebenfalls mit der DCF-Methode bewertet. Kontrakte mit optionalen Bestandteilen werden mit anerkannten Optionspreismodellen bewertet.

Beteiligungen, die von den in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen VC Fonds Berlin GmbH, VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH und VC Fonds Technologie Berlin GmbH gehalten werden (VC-Beteiligungen), wurden der Fair Value Option zugeordnet. Bei der Fair Value-Bilanzierung dieser Beteiligungen werden Bewertungsrichtlinien auf Basis der „International Private Equity and Venture Capital Valuation Guideline“ der EVCA (European Venture Capital Association) beachtet, soweit sie mit den IFRS in Übereinstimmung stehen. Nach diesen Bewertungsrichtlinien werden börsennotierte Unternehmen, für die ein aktiver Markt besteht, mit ihrem Börsenkurs am jeweils liquidesten Börsenplatz zum Bewertungsstichtag bewertet. Unterliegen die Aktien einer vertraglichen Lock-Up-Beschränkung, werden analog zu den Empfehlungen der EVCA Abschläge von bis zu 20 %, abhängig von der Frist der Handelsbeschränkungen, auf den Stichtagskurs angesetzt. Für alle übrigen Anteile an nicht börsennotierten Gesellschaften, für die kein aktiver Markt besteht, wird der Fair Value anhand allgemein anerkannter Bewertungsverfahren ermittelt. Zu den Bewertungsverfahren gehört – sofern verfügbar – der Rückgriff auf zeitnah erfolgte Transaktionen (Finanzierungsrunden) zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Geschäftspartnern. Diese Transaktionen müssen nach den angewendeten Bewertungsrichtlinien bestimmte Kriterien, z. B. hinsichtlich des Volumens, der Unabhängigkeit der beteiligten Parteien und der zeitlichen Nähe zum Bewertungsstichtag, erfüllen. Zu den weiteren Bewertungsverfahren gehört das Multiplikatorverfahren.

Der Zeitwert von täglich fälligen Forderungen und Verbindlichkeiten entspricht dem Buchwert.

Inputfaktoren

Ein wichtiger Inputfaktor bei der Bewertung von Wertpapieren sind quotierte Preise, die von einem Preisservice-Dienstleister bezogen werden. Für die Zuordnung der quotierten Preise (Mischpreise) zu den Stufen werden die von dem Preisservice-Dienstleister zur Verfügung gestellten Dokumentationen und Informationen zur Preisfeststellung herangezogen. Im Wesentlichen werden die Preise der Stufe 2 zugeordnet.

Bei der DCF-Methode werden folgende Inputfaktoren verwendet:

- Swap-Kurven
- Credit-Spreads

Bei den Credit-Spreads wird nach Rating, Laufzeit, Branche und Besicherungsgrad differenziert. Bei den Credit-Spreads für die eigenen finanziellen Verbindlichkeiten wird die Haftung des Landes Berlin für die Verbindlichkeiten der IBB (Gewährträgerhaftung) berücksichtigt. Bei der Entscheidung, aus welchen Marktdatenquellen die Credit-Spreads abgeleitet werden, bestehen Ermessensspielräume. Änderungen bei den Marktdatenquellen für die Credit-Spreads wirken sich auf die im Konzernabschluss dargestellten beizulegenden Zeitwerte der Finanzinstrumente aus.

Die Bewertung von Finanzinstrumenten des Geld- und Kapitalmarktgeschäftes (Forderungen, Verbindlichkeiten, OTC-Derivate) erfolgt im Wesentlichen auf Basis beobachtbarer Inputfaktoren, die der Stufe 2 zugeordnet werden können. Bei der Bewertung des Kreditgeschäfts haben auch nicht beobachtbare Inputfaktoren (Verlustquoten), die der Stufe 3 zugeordnet werden, einen wesentlichen Einfluss.

Bei Kontrakten mit optionalen Bestandteilen gehen neben den oben erwähnten Zinskurven bzw. Spreads zudem Volatilitäten und Korrelationen zwischen beobachtbaren Marktdaten in die Berechnung ein.

Ein wesentlicher Inputfaktor für die Bewertung der VC-Beteiligungen sind beobachtbare Preisnotierungen, die der Stufe 2 zugeordnet werden können. Werden Ab- bzw. Zuschläge von bzw. auf diese Preisnotierungen vorgenommen, beispielsweise mangels aktueller Daten aus Finanzierungsrunden, sowie bei einer vollständigen Abschreibung im Falle einer drohenden Insolvenz, erfolgt eine Zuordnung zur Stufe 3.

(6) Finanzgarantien

Finanzgarantien werden nach den Regelungen des IAS 39 bilanziert. Eine Finanzgarantie ist gemäß IAS 39 ein Vertrag, bei dem der Garantiegeber zur Leistung bestimmter Zahlungen verpflichtet ist, die den Garantienehmer für einen Verlust entschädigen, der ihm entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen gemäß den ursprünglichen oder geänderten Bedingungen eines Schuldinstruments nicht fristgerecht nachkommt.

Die bilanzielle Erfassung zum Zeitpunkt der Zusage erfolgt in Höhe des Zeitwerts der Verbindlichkeit. Dieser entspricht in der Regel dem Barwert der für die Übernahme der Garantie erhaltenen Gegenleistung. Die Bilanzierung erfolgt nach der Nettomethode, d. h. der Barwert der ausstehenden Prämienzahlungen wird mit dem Verpflichtungsumfang der Finanzgarantie saldiert. Im Rahmen der Folgebewertung wird die Verpflichtung mit dem höheren Wert einer gemäß IAS 37 zu bildenden Rückstellung oder dem amortisierten Ursprungsbetrag angesetzt. Der Ausweis der Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien erfolgt im Posten sonstige Passiva.

(7) Hybride (zusammengesetzte) Finanzinstrumente

Als hybride (zusammengesetzte) Finanzinstrumente werden Finanzinstrumente bezeichnet, die sich aus einem Basisvertrag (Host Contract) und einem oder mehreren derivativen Finanzinstrumenten zusammensetzen. Unter bestimmten Voraussetzungen sind die eingebetteten Derivate getrennt vom Basisvertrag wie ein freistehendes Derivat zu bilanzieren. Die Trennungspflicht besteht, wenn u. a. die wirtschaftlichen Merkmale und Risiken des eingebetteten Derivats nicht eng mit den wirtschaftlichen Merkmalen und Risiken des Basisvertrages verbunden sind. Der Basisvertrag ist in Abhängigkeit von der Kategorisierung zu bilanzieren.

Im IBB-Konzern werden Finanzinstrumente mit trennungspflichtigen eingebetteten Derivaten der Fair Value Option zugeordnet und in der Bilanz im Posten erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte bzw. Verpflichtungen ausgewiesen. Eine Abspaltung des eingebetteten Derivats vom Basisvertrag und eine gesonderte Bewertung sind insofern nicht zulässig. Dies betrifft das Kreditprogramm Berlin Kapital, bei dem stille Beteiligungen mit gewinnabhängigen Vergütungen ausgestattet werden können. Weiterhin sind hiervon Soft Bullet Bonds betroffen, bei denen zum Zeitpunkt der Laufzeitverlängerung keine Anpassung des Credit-Spreads an den aktuellen Marktpreis erfolgt.

(8) Echte Pensionsgeschäfte

Im IBB-Konzern werden ausschließlich echte Wertpapierpensionsgeschäfte getätigt.

Echte Pensionsgeschäfte sind Verträge, durch die Wertpapiere gegen Zahlung eines Betrags übertragen werden und in denen gleichzeitig vereinbart wird, dass die Wertpapiere später gegen Entrichtung eines im Voraus vereinbarten Betrags an den Pensionsgeber zurückübertragen werden müssen. Die Bilanzierung des übertragenen Wertpapiers erfolgt weiterhin beim Pensionsgeber entsprechend seiner Bewertungskategorie, da die wesentlichen Eigentümerchancen und -risiken bei ihm verbleiben. In Höhe des erhaltenen bzw. geleisteten Barbetrags wird eine Verbindlichkeit beim Pensionsgeber bzw. eine Forderung beim Pensionsnehmer ausgewiesen.

(9) Bilanzierung von Leasingverhältnissen

Die Leasingverhältnisse des Konzerns werden gemäß IAS 17 auf der Grundlage der Verteilung der mit dem Eigentum eines Leasinggegenstandes verbundenen Chancen und Risiken klassifiziert und entsprechend bilanziert.

Ein Leasingverhältnis wird als Finanzierungsleasing klassifiziert, wenn im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum am Leasinggegenstand verbunden sind, auf den Leasingnehmer übertragen werden. In allen anderen Fällen liegt ein Operating-Leasingverhältnis vor.

Der IBB-Konzern als Leasingnehmer

Bei den vom Konzern im Wege des Operating Leasing geleasten Vermögenswerten handelt es sich im Wesentlichen um Druck- und Kopiergeräte sowie Kraftfahrzeuge. Entsprechend der Einstufung werden die geleasten Gegenstände nicht in der Bilanz ausgewiesen. Die geleisteten Leasingraten werden linear über die Laufzeit des jeweiligen Leasingvertrages im Verwaltungsaufwand bzw. im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

Vertragliche Vereinbarungen, die als Finanzierungsleasing zu klassifizieren sind, bestehen nicht.

Der IBB-Konzern als Leasinggeber

Bei den Leasingvereinbarungen, bei denen der Konzern als Leasinggeber auftritt, handelt es sich im Wesentlichen um die Vermietung einzelner Büroräume in dem von der IBB selbst genutzten Bürogebäude. Im Geschäftsjahr 2016 wurde ein Vertrag über die Vermietung weiterer Büroflächen ab dem vierten Quartal 2017 bis in das Jahr 2020 geschlossen. Die Leasingerlöse werden linear über die Vertragslaufzeit im sonstigen betrieblichen Ergebnis vereinnahmt.

Vertragliche Vereinbarungen, die als Finanzierungsleasing zu klassifizieren sind, bestehen nicht.

(10) Währungsumrechnung

Im Konzern IBB werden grundsätzlich keine Geschäftsvorfälle in Fremdwährungen vorgenommen. Zum Stichtag 31. Dezember 2016 lautet lediglich jeweils eine von der VC Fonds Berlin GmbH sowie eine von der VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH gehaltene Beteiligung auf US-Dollar.

Diese nicht monetären Vermögenswerte in Fremdwährungen werden bei der erstmaligen Erfassung mit dem am jeweiligen Tag des Geschäftsvorfalles gültigen Kassakurs in die funktionale Währung umgerechnet. Die Folgebewertung wird zu marktgerechten Devisenkursen am Bilanzstichtag vorgenommen. Aufwendungen und Erträge, die sich aus der Währungsumrechnung ergeben, werden im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten erfasst.

(11) Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

In den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ist das zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Kreditgeschäft des Konzerns ausgewiesen. Inhalt dieser Posten ist im Wesentlichen das Förderkreditgeschäft der IBB. Daneben sind nicht börsenfähige Namenspapiere, Tages- und Termingelder sowie Sichteinlagen enthalten. Wertminderungen von Forderungen werden separat im Bilanzposten Wertberichtigungen auf Forderungen erfasst und aktivisch abgesetzt. Die nach der Effektivzinsmethode ermittelten Zinserträge werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

(12) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

(a) Einzelwertberichtigungen (EWB)

Die Ermittlung einer EWB erfolgt in zwei Schritten: Zunächst wird geprüft, ob objektive Hinweise vorliegen, die auf eine Wertminderung des finanziellen Vermögenswerts schließen lassen. Im zweiten Schritt ist zu untersuchen, ob das Finanzinstrument tatsächlich im Wert gemindert ist. Objektive Hinweise für eine Wertminderung sind Sachverhalte, die üblicherweise zu einer tatsächlichen Wertminderung führen. Folgende Trigger Events kommen daher für die Bildung einer Einzelwertberichtigung in Betracht, wobei weitere nicht ausgeschlossen sind:

- erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners (erheblich = Rückstände > 25 Tsd. Euro oder 10 % des Restkapitals);
- erfolgte Vertragsverletzung, wie bspw. Nichtzahlung oder Verzug von vereinbarten Leistungen;
- Zugeständnisse an den Kreditnehmer (KN), die der Kreditgeber aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe im Zusammenhang mit finanziellen Schwierigkeiten des KN gewährt, die der Kreditgeber normalerweise nicht gewähren würde;
- erhöhte Wahrscheinlichkeit für eine bevorstehende Insolvenz oder sonstige Sanierungsmaßnahmen des Schuldners;
- Verschwinden eines aktiven Marktes für diesen finanziellen Vermögenswert aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten (siehe IAS 39.60);
- beobachtbare Daten, die auf eine messbare Verringerung der erwarteten Cashflows aus einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten seit deren erstmaligem Ansatz hinweisen, obwohl die Verringerung noch nicht einzelnen finanziellen Vermögenswerten der Gruppe zugeordnet werden kann, einschließlich
 - nachteilige Veränderungen beim Zahlungsstand von KN in einer Gruppe oder
 - volkswirtschaftliche oder regionale wirtschaftliche Bedingungen, die mit Ausfällen bei den Vermögenswerten der Gruppen korrelieren (Beispiele siehe IAS 39.59).

Zur Berechnung der Höhe der Einzelwertberichtigung wird der Barwert der erwarteten Zahlungsströme aus der Forderung, d. h. der erzielbare Betrag, dem Buchwert der Forderung gegenübergestellt. Die erwarteten Zahlungsströme können sich aus Tilgungs- und/oder Zinszahlungen sowie Erlösen aus der Sicherheitenverwertung unter Berücksichtigung von Verwertungskosten zusammensetzen. Ist der Buchwert größer als der erzielbare Betrag, wird in Höhe der Differenz eine Einzelwertberichtigung gebucht.

Einzelwertberichtigungen werden teilweise aufgelöst, wenn sich der Wert der Forderung durch Zahlungseingänge verringert, weitere Sicherheiten gestellt wurden oder sich die Sicherheitenbewertung grundlegend und nachhaltig verbessert hat.

(b) Pauschalierte Einzelwertberichtigungen (pEWB)

Pauschalierte Einzelwertberichtigungen sind für Portfolios nicht signifikanter Forderungen, für die objektive Hinweise auf eine Wertberichtigung vorliegen, zu bilden. Grundsätzlich gelten für die pEWB die gleichen Eintrittskriterien wie für die EWB. Allerdings findet in diesen Fällen eine maschinelle Identifikation über die unten aufgeführten Auslösefaktoren statt. Als nicht signifikant gelten hierbei Forderungen gegen Kunden der Portfolios Immobilien und Mikrokredite.

Alle Kreditnehmer im betrachteten Segment mit einem der folgenden Merkmale sind pEWB-relevant:

- gekündigte Kreditnehmer oder
- Kreditnehmer mit einem Rückstand von größer gleich 10 Prozent bezogen auf die aktuelle Restschuld des Kreditnehmers oder
- Kreditnehmer mit einer Rückstandsdauer von mehr als 40 Tagen innerhalb der letzten 24 Monate oder
- Kreditnehmer mit drohendem bzw. eröffnetem Insolvenzverfahren oder
- Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung innerhalb der letzten 3 Jahre.

Darüber hinaus sind alle Kreditnehmer pEWB-relevant, bei denen mindestens drei definierte Auslösefaktoren innerhalb der letzten 24 Monate vor dem jeweiligen Bewertungszeitpunkt aufgetreten sind. Definierte Auslösefaktoren sind z. B.:

- Kunde wendet sich mit einem Liquiditätsproblem an die IBB
- Stundungsantrag/Tilgungsaussetzung
- Auslauf der Aufwendungssubvention liegt vor
- fehlende nachhaltige Kapitaldienstfähigkeit für die Kreditnehmereinheit

Die pEWB entspricht der prozentualen Verlusthöhe im Zeitpunkt des Ausfalls. Die prozentuale Verlusthöhe orientiert sich an den nach Basel II verwendeten Werten von 35 % bei Realkrediten und 45 % bei Personalkrediten.

(c) Portfoliowertberichtigungen (PoWB)

Bei nicht einzelwertberichtigten Kreditforderungen (Performing Loans) wird dem Risiko bereits eingetretener, jedoch individuell noch nicht identifizierter Wertminderungen durch die Bildung von Portfoliowertberichtigungen Rechnung getragen. Portfoliowertberichtigungen stellen keine Risikovorsorge für den Einzelfall dar, sondern berücksichtigen Risiken, die in einer Gruppe oder einem Bestand von Krediten mit gemeinsamen Merkmalen enthalten sind. Auf Basis von Ratings und Scorings werden entsprechende Ausfallwahrscheinlichkeiten auf die Bemessungsgrundlage angewandt. Die Bemessungsgrundlage entspricht der prozentualen Verlusthöhe im Zeitpunkt des Ausfalls. Die prozentuale Verlusthöhe orientiert sich an den nach Basel II verwendeten Werten von 35 % bei Realkrediten und 45 % bei Personalkrediten. Die verwendeten Ausfallwahrscheinlichkeiten werden jährlich überprüft.

(d) Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft

Für Risiken aus unwiderruflichen Kreditzusagen werden Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft gebildet. Die Höhe der Rückstellung bemisst sich nach den zu erwartenden Verlusten für die erwarteten Mittelabflüsse. Bei Verträgen mit einer Einzelwertberichtigung erfolgt eine Einzelfallbetrachtung. Für alle anderen Verträge wird ein maschinelles Verfahren angewendet, bei dem auf Basis von Ratings und Scorings entsprechende Ausfallwahrscheinlichkeiten auf die Bemessungsgrundlage angewendet werden. Die Bemessungsgrundlage ermittelt sich durch die Umrechnung der Kreditzusagen in kreditäquivalentes Volumen mit einem Konversionsfaktor (CCF) von 80 % (durchschnittlich ermittelte Inanspruchnahme innerhalb eines Jahres). Dabei werden CCF und Ausfallwahrscheinlichkeiten jährlich überprüft. Die prozentuale Verlusthöhe orientiert sich an den nach Basel II verwendeten Werten von 35 % bei Realkrediten und 45 % bei Personalkrediten.

(13) Marktwerte Hedge-Derivate

Hier werden die Marktwerte der Derivate ausgewiesen, die im Rahmen des Hedge Accountings verwendet wurden. Die aus den Hedge-Derivaten resultierenden Zinsaufwendungen und -erträge sind im Zinsüberschuss enthalten. Die während des Designationszeitraums erzielten Bewertungs- und Abgangsergebnisse werden im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

(14) Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte und Verpflichtungen

Die aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten und Verpflichtungen resultierenden Zinsaufwendungen und -erträge sind im Zinsüberschuss enthalten. Die Bewertungs- und Abgangsergebnisse werden im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten erfasst.

Mit wirtschaftlicher Sicherungsabsicht gehaltene Derivate (Held for Trading)

Aufgrund der Eigenschaft der IBB als Nichthandelsbuchinstitut werden der Unterkategorie Held for Trading ausschließlich Derivate zugeordnet. Die nicht im Rahmen des Hedge Accountings verwendeten Derivate werden hier ausgewiesen.

Designierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen (FVO)

Zu den erfolgswirksam zum Zeitwert designierten Vermögenswerten und Verpflichtungen gehören Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Forderungen und Verbindlichkeiten aus Namenspapieren sowie verbrieft Verbindlichkeiten, die durch den Abschluss entsprechender derivativer Finanzinstrumente gegen Zinsänderungsrisiken abgesichert wurden. Der aktivische Posten beinhaltet weiterhin alle Beteiligungen, die von den in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen VC Fonds Berlin GmbH, VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH und VC Fonds Technologie Berlin GmbH gehalten werden, sowie Finanzinstrumente mit eingebetteten Derivaten aus dem Kreditprogramm Berlin Kapital.

(15) Finanzanlagen

Der Posten Finanzanlagen beinhaltet Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Anteile an aus Wesentlichkeitsgründen nicht konsolidierten Tochterunternehmen, sonstige Beteiligungen sowie aus Wesentlichkeitsgründen nicht nach der Equity-Methode bewertete Beteiligungen. Die den Finanzanlagen zugeordneten Finanzinstrumente sind der Bewertungskategorie AFS zugeordnet.

Die hier ausgewiesenen finanziellen Vermögenswerte werden mit ihrem Fair Value bilanziert, soweit dieser verlässlich ermittelbar ist. Bewertungsergebnisse werden im Eigenkapital in der Neubewertungsrücklage erfasst.

Eine bonitätsbedingte Abschreibung erfolgt nur bei einer dauerhaften Wertminderung (Impairment). Das Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung wird an bestimmten objektiven Faktoren festgemacht, wie sie in IAS 39.59 bzw. IAS 39.61 genannt werden. Im Fall einer dauerhaften Wertminderung wird das Bewertungsergebnis nicht mehr erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage, sondern im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Wertaufholungen bei Fremdkapitaltiteln werden im Posten Ergebnis aus Finanzanlagen berücksichtigt. Wertaufholungen bei Eigenkapitalinstrumenten erfolgen erfolgsneutral über die Neubewertungsrücklage.

Die Erträge aus Schuldverschreibungen, einschließlich der Amortisationsbeträge aus der Fortschreibung der Anschaffungskosten, sowie Dividendenerträge und laufende Erträge aus Beteiligungen und nicht konsolidierten Anteilen an verbundenen Unternehmen werden im Zinsüberschuss berücksichtigt. Realisierte Gewinne und Verluste werden im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

(16) Nach der Equity-Methode bilanzierte Anteile

Der Posten beinhaltet die für den Konzern wesentlichen assoziierten Unternehmen. Bei der Equity-Methode geht die anteilige Eigenkapitalveränderung des Unternehmens in den Buchwert der Anteile ein. Bei Ausschüttungen wird der Wertansatz um den anteiligen Betrag gemindert.

Die Anwendung der Equity-Methode erfolgt grundsätzlich auf der Basis des letzten verfügbaren Abschlusses des Unternehmens, sofern dieser nicht älter als drei Monate ist. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Konzernabschlusses lagen alle Abschlüsse für das Berichtsjahr vor.

Bestehen Anzeichen für eine Wertminderung der Anteile an einem at-equity bewerteten Unternehmen, werden diese gemäß IAS 28.40 ff. überprüft (Impairment-Test) und gegebenenfalls außerplanmäßige Abschreibungen auf den Buchwert der Anteile vorgenommen. Wertaufholungen erfolgen bei Wegfall der Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung durch Zuschreibungen auf den Buchwert maximal in Höhe des ursprünglichen Impairment-Betrages.

Wertminderungen von nach der Equity-Methode bilanzierten Anteilen waren im Geschäftsjahr und im Vorjahr nicht erforderlich.

Finanzinformationen für die wesentlichen assoziierten Unternehmen sowie Angaben zu Risiken und maßgeblichen Beschränkungen sind unter Angabe (49) dargestellt. Finanzinformationen für die nicht nach der Equity-Methode bilanzierten Anteile an assoziierten Unternehmen sind in Angabe (48) enthalten.

(17) Immaterielle Vermögenswerte

Unter den immateriellen Vermögenswerten werden erworbene und selbst erstellte Software sowie sonstige immaterielle Vermögenswerte ausgewiesen.

Software-Entwicklungskosten werden aktiviert, wenn durch die Herstellung der Zufluss eines wirtschaftlichen Nutzens wahrscheinlich ist und die Kosten zuverlässig ermittelt werden können.

Software wird mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen und kumulierter Wertminderungsaufwendungen angesetzt. Nachträgliche Anschaffungs- und Herstellungskosten werden aktiviert, wenn von einer signifikanten Erhöhung des zukünftigen Nutzens ausgegangen werden kann und die Kosten verlässlich ermittelt und dem Vermögenswert zugerechnet werden können. Zinsen für Fremdkapital wurden nicht aktiviert.

Software wird planmäßig linear über drei bis fünf Jahre abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Betrag von 1 Tsd. Euro werden bereits im Jahr ihrer Anschaffung vollständig abgeschrieben. Immaterielle Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer bestehen nicht.

Zusätzlich zu den planmäßigen Abschreibungen sind immaterielle Vermögenswerte an jedem Bilanzstichtag auf Wertminderungen zu überprüfen. Dabei ist zunächst zu prüfen, ob Anzeichen für eine Wertminderung vorliegen, wie sie beispielsweise in IAS 36.12 genannt werden. Liegen Anzeichen für eine Wertminderung vor, ist der erzielbare Betrag des Vermögenswertes zu ermitteln, um die Höhe des entsprechenden Wertminderungsaufwands zu bestimmen.

Planmäßige Abschreibungen und Wertminderungsaufwendungen für immaterielle Vermögenswerte werden im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Ergebnisse aus dem Abgang von immateriellen Vermögenswerten und Wertaufholungen sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

(18) Sachanlagen

Unter den Sachanlagen werden selbst genutzte Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgewiesen.

Sachanlagen werden mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen und kumulierter Wertminderungsaufwendungen angesetzt. Nachträgliche Anschaffungs- und Herstellungskosten werden aktiviert, wenn von einer signifikanten Erhöhung des zukünftigen Nutzens ausgegangen werden kann.

Abnutzbare Vermögenswerte des Sachanlagevermögens werden planmäßig linear über die voraussichtliche wirtschaftliche Nutzungsdauer im Unternehmen abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis zu einem Betrag von 1 Tsd. Euro werden bereits im Jahr ihrer Anschaffung vollständig abgeschrieben.

Lineare Abschreibungen erfolgen über folgende Zeiträume:

Sachanlagegruppe	Nutzungsdauer in Jahren
Gebäude	40 – 50
Hardware	3 – 8
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 – 23

Die Regelungen zur Ermittlung von Wertminderungen entsprechen denen für immaterielle Vermögenswerte. Planmäßige Abschreibungen und Wertminderungsaufwendungen für Sachanlagen werden im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Ergebnisse aus dem Abgang von Sachanlagen und Wertaufholungen sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

(19) Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12.

Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche werden im Posten Ertragsteueransprüche, tatsächliche und latente Ertragsteuerverpflichtungen im Posten Ertragsteuerverpflichtungen ausgewiesen. Erfolgswirksame Erträge aus und Aufwendungen für tatsächliche und latente Ertragsteuern werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten Ertragsteuern berücksichtigt.

Die tatsächlichen Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden mit den Steuersätzen berechnet, die zum Zeitpunkt der Entstehung der jeweiligen Steuer zur Anwendung kommen. Der Ansatz erfolgt in der Höhe, in der eine Erstattung oder eine künftige Zahlung erwartet wird.

Die IBB ist subjektiv von der Körperschaftsteuer gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 KStG und von der Gewerbesteuer gemäß § 3 Nr. 2 GewStG befreit. Eine Steuerpflicht besteht für die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochtergesellschaften. Die VC Fonds Berlin GmbH, die VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH und die VC Fonds Technologie Berlin GmbH sind Unternehmensbeteiligungsgesellschaften, die gemäß § 3 Nr. 23 GewStG von der Gewerbesteuer befreit sind.

Latente Steuern werden für temporäre Differenzen zwischen den sich nach IFRS ergebenden Wertansätzen und den steuerlichen Wertansätzen gebildet. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge werden nach Maßgabe der steuerlichen Planungsrechnungen der Konzerngesellschaften in der Höhe angesetzt, in der eine zukünftige Nutzung hinreichend wahrscheinlich ist. Wir verweisen auf Angabe (52).

Der Berechnung der latenten Steuern für die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochtergesellschaften liegt ein Körperschaftsteuersatz (inklusive Solidaritätszuschlag) von 15,83 % (Vorjahr 15,83 %) und ein Gewerbesteuersatz von 14,35 % (Vorjahr 14,35 %) zugrunde, der aufgrund des Sitzes der Konzerngesellschaften in Berlin unter Berücksichtigung eines Gewerbesteuerhebesatzes von 410,00 % ermittelt worden ist.

(20) Sonstige Aktiva

Der Posten sonstige Aktiva enthält Vermögenswerte, die für sich betrachtet nicht von wesentlicher Bedeutung sind und die keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Hierzu zählen geleistete Vorauszahlungen und Anzahlungen sowie sonstige Forderungen.

(21) Verbindlichkeiten

Die in den Posten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie verbrieften Verbindlichkeiten enthaltenen Verbindlichkeiten werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Die nach der Effektivzinsmethode ermittelten Zinsaufwendungen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Abgangsergebnisse sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten. Beim Rückkauf eigener Emissionen wird der Bestand verbriefter Verbindlichkeiten in der Bilanz gemindert. Gewinne oder Verluste aus dem Rückkauf werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

(22) Rückstellungen für Pensionen

Rückstellungen für Pensionen werden nach den Vorschriften des IAS 19 gebildet.

Die betriebliche Altersversorgung der Mitarbeiter umfasst verschiedene Arten von Versorgungsplänen.

Die leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen des Konzerns richten sich nach verschiedenen Versorgungswerken, die unter anderem auch aus der früheren Zugehörigkeit der IBB zu anderen Instituten resultieren. Mitarbeiter, die bis zum 1. Januar 1993 eingetreten sind, verfügen über eine fortgeführte Zusage nach dem Leistungsrecht der VBL (Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder). Hierbei handelt es sich um eine Direktzusage, bei der sich die Leistung aus der Summe der jährlich erworbenen Versorgungspunkte ergibt. Zum Zeitpunkt des Austritts aus der VBL bestand für die Mitarbeiter einmalig die Möglichkeit, in die Versorgungsordnung der Landesbank Berlin zu wechseln. Diese dienstzeit- und endgehaltsbezogene Zusage galt für Eintritte bis zum 31. Dezember 1994. Eintritte ab dem 1. Januar 1995 erhielten eine Zusage gemäß der Ruhegeldordnung der Konzernunternehmen der Bankgesellschaft Berlin AG, eine beitragsorientierte Leistungszusage. Daneben bestehen einzelne Nominalbetragszusagen. Die zugesagten Leistungen umfassen jeweils Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenrenten.

Die Leistungszusagen wurden für alle Neueintritte ab dem 1. Januar 2012 geschlossen und durch eine arbeitgeber- und arbeitnehmerfinanzierte Pensionskassenzusage (75 % Arbeitgeber, 25 % Arbeitnehmer) ersetzt. Für diese Zusagen betrugen die laufenden Beitragszahlungen (Arbeitgeberanteile) 74,9 Tsd. Euro (Vorjahr 62 Tsd. Euro).

Der Verpflichtungsumfang aus leistungsorientierten Zusagen wird durch unabhängige Gutachter nach dem Verfahren laufender Einmalprämien (Projected Unit Credit Method) ermittelt. Bei der Berechnung der passivierten Pensionsverpflichtungen wurden die Heubeck-Richttafeln 2005 G verwendet und folgende versicherungsmathematische Annahmen zugrunde gelegt:

in %	31.12.2016	31.12.2015
Rechnungszins	1,90	2,70
Gehaltsdynamik	2,50	2,50
Rentendynamik	1,75	1,75

(23) Andere Rückstellungen

Andere Rückstellungen werden gemäß IAS 37 gebildet, wenn dem Konzern aus einem Ereignis der Vergangenheit eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung erwachsen ist, die wahrscheinlich zu einem Abfluss von Ressourcen führen wird und die zuverlässig geschätzt werden kann. Die Verpflichtung ist bezüglich ihrer Fälligkeit und ihrer betraglichen Höhe ungewiss. Wegen der mit der Beurteilung verbundenen Unsicherheiten können die tatsächlichen Verpflichtungen gegebenenfalls von den ursprünglichen Schätzungen und damit von dem Rückstellungsbetrag abweichen. Zudem ist die Ermittlung von Rückstellungen für Rechtsrisiken mit erheblichen Schätzungen verbunden. Langfristige Rückstellungen werden mit dem Barwert der zu erwartenden Inanspruchnahme ausgewiesen, sofern der Effekt aus der Abzinsung wesentlich ist. Aufwendungen aus der Aufzinsung werden im Zinsüberschuss erfasst.

(24) Sonstige Passiva

Unter den sonstigen Passiva werden abgegrenzte Schulden und Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien ausgewiesen. Daneben enthält der Posten Verpflichtungen, die für sich betrachtet nicht von wesentlicher Bedeutung sind und keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Hierzu zählen Rechnungsabgrenzungsposten, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Verbindlichkeiten.

(25) Eventualschulden

Eventualschulden stellen mögliche Verpflichtungen dar, die aus vergangenen Ereignissen resultieren und deren Existenz durch das Eintreten oder Nichteintreten eines oder mehrerer unsicherer künftiger Ereignisse, die nicht vollständig unter der Kontrolle des IBB-Konzerns stehen, noch bestätigt wird. Darüber hinaus beschreiben sie gegenwärtige Verpflichtungen des IBB-Konzerns, bei denen ein Abfluss wirtschaftlicher Ressourcen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht wahrscheinlich ist beziehungsweise Höhe und/oder Erfüllungszeitpunkt der Verpflichtung nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden können. Eventualschulden, wie beispielsweise unwiderrufliche Kreditzusagen und andere Verpflichtungen, wurden daher nicht passiviert. Bereitstellungs- und Avalprovisionen sind im Provisionsüberschuss enthalten.

(26) Anpassungen unter Anwendung von IAS 8

Die Angaben zu im Geschäftsjahr 2016 erstmals angewendeten Standards sind in Angabe (2) enthalten. Korrekturen von Fehlern unter Anwendung von IAS 8.41ff. waren im Geschäftsjahr 2016 nicht erforderlich.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(27) Zinsüberschuss

Der Posten enthält Zinserträge und -aufwendungen sowie laufende Erträge aus Finanzinstrumenten. Weiterhin werden Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen ausgewiesen. Der Zinsüberschuss setzt sich im Einzelnen zusammen aus:

in Mio. Euro	2016	2015
Zinserträge aus	461,7	556,8
Kredit- und Geldmarktgeschäften	260,0	316,7
Zinserträge aus Immobilienförderung	209,0	248,4
Zinserträge aus Wirtschaftsförderung	47,1	54,2
Zinserträge aus Kapitalmarktgeschäften	3,5	11,1
Zinserträge aus Geldmarktgeschäften	0,4	3,0
Zinserträge aus sonstigen Forderungen	0,0	0,0
Festverzinslichen Wertpapieren	50,5	62,1
Zinsderivaten	150,9	177,2
Laufende Erträge aus	0,3	0,7
Beteiligungen	0,3	0,7
Zinsaufwendungen für	325,9	407,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	113,8	143,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	15,8	42,2
Zinsderivative	191,4	217,5
Rückstellungen	4,9	3,7
Zinsüberschuss	135,8	149,7

In den Vorjahres-Zinserträgen aus Immobilienförderung sind 6,3 Mio. Euro aperiodische Zinserträge aus der Korrektur der Schuldendiensthilfeabrechnung mit dem Land Berlin enthalten.

In den Zinserträgen sind negative Zinsen aus Geldanlagen in Höhe von insgesamt 1,0 Mio. Euro enthalten. In den Zinsaufwendungen sind positive Zinsen aus Geldaufnahmen in Höhe von insgesamt 10,5 Mio. Euro enthalten.

In den Zinserträgen aus Immobilienförderung und Wirtschaftsförderung sind Effekte aus der Barwertfortschreibung wertgeminderter Vermögenswerte bei unveränderter Erwartung künftiger Zahlungsströme gemäß IAS 39.AG93 (Unwinding) in Höhe von insgesamt 0,3 Mio. Euro (Vorjahr 2,5 Mio. Euro) enthalten.

(28) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

in Mio. Euro	2016	2015
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	5,0	12,7
Zuführungen zu Wertberichtigungen auf Forderungen	- 2,8	- 9,7
Direktabschreibungen auf Forderungen	- 6,6	- 2,3
Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen	14,3	9,5
Zuschreibungen auf Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien	3,7	15,1
Auflösung von Rückstellungen unwiderruflicher Kreditzusagen	- 3,7	0,0
Auflösung von Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien	0,0	0,1

Wertberichtigungen auf Forderungen betreffen ausschließlich Finanzinstrumente der Kategorie LAR.

Die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen betreffen im Wesentlichen Wertaufholungen bei gesunden Engagements.

(29) Provisionsüberschuss

in Mio. Euro	2016	2015
Provisionserträge	3,8	5,4
Entgelte für Bürgschaftsverwaltung	1,7	1,9
Verwaltungskostenbeiträge für Zuschüsse	1,1	2,1
Bearbeitungsgebühren	0,6	1,3
Andere Provisionserträge	0,4	0,1
Provisionsaufwendungen	0,8	1,0
Zahlungsverkehr und Kontoführung	0,3	0,3
Sonstige Provisionsaufwendungen	0,5	0,8
Provisionsüberschuss	3,1	4,4

In den Provisionserträgen sind Erträge aus Treuhandgeschäften in Höhe von 0,3 Mio. Euro (Vorjahr 0,1 Mio. Euro) enthalten. Provisionsaufwendungen aus Treuhandgeschäften sind nicht angefallen.

(30) Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen

Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen verteilt sich wie folgt auf die Sicherungsinstrumente und die gesicherten Grundgeschäfte:

in Mio. Euro	2016	2015
Mikro Hedge Accounting	1,2	0,7
Grundgeschäft	50,2	- 38,9
Sicherungsgeschäft	- 49,0	39,6

(31) Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten

In der Position werden die realisierten und nicht realisierten Bewertungsergebnisse der erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerte und Verpflichtungen ausgewiesen. Die Zinsaufwendungen und -erträge aus diesen Finanzinstrumenten sind im Zinsüberschuss enthalten, Provisionsaufwendungen und -erträge im Provisionsüberschuss.

in Mio. Euro	2016	2015
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	10,8	61,8
Mit wirtschaftlicher Sicherungsabsicht gehaltene Derivate (HfT)	21,9	16,6
Zum Zeitwert designierte Finanzinstrumente (FVO)	- 11,2	45,2

Das Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO) setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. Euro	2016	2015
Ergebnis aus designierten Beteiligungsportfolios	2,2	10,3
Ergebnis aus designierten Finanzinstrumenten mit eingebetteten Derivaten	- 0,2	1,4
Ergebnis aus Grundgeschäften ökonomischer Sicherungsbeziehungen	- 13,2	33,5
Gesamt	- 11,2	45,2

(32) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Ergebnis aus Finanzanlagen sind die Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aller unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Vermögenswerte enthalten.

in Mio. Euro	2016	2015
Ergebnis aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren	0,6	8,7
Veräußerungsergebnis	0,6	8,7
Ergebnis aus Beteiligungen und nicht konsolidierten Tochterunternehmen	- 0,1	0,0
Veräußerungsergebnis	0,0	0,0
Wertminderungen	- 0,2	0,0
Gesamt	0,5	8,7

(33) Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Anteilen

Zum 31. Dezember 2016 hält der Konzern Anteile an einem assoziierten Unternehmen (Vorjahr: zwei), die nach der Equity-Methode einbezogen werden (siehe Angabe (78)). Das im Berichtsjahr ausgewiesene Bewertungsergebnis in Höhe von 8 Tsd. Euro bezieht sich auf die Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH (Vorjahr -14 Tsd. Euro BPWT und 12 Tsd. Euro BTK).

(34) Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand gliedert sich wie folgt:

in Mio. Euro	2016	2015
Personalaufwand	53,3	53,0
Löhne und Gehälter	42,6	41,3
Soziale Abgaben	6,6	6,6
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	4,1	5,1
Andere Verwaltungsaufwendungen	25,8	28,5
EDV-Aufwendungen	13,9	13,1
Raumkosten und sonstige Gebäudeaufwendungen	4,5	4,9
Geschäftsbetriebskosten/sonstige Einrichtungen	2,2	3,0
Kosten für Beratungen/Prüfungen/Beiträge	2,4	4,4
Aufwendungen für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit	1,6	1,9
Personalabhängige Sachkosten	0,9	0,8
Aufwendungen für Betriebs- und Geschäftsausstattung (ohne EDV)	0,2	0,3
Abschreibungen und Wertberichtigungen	2,5	2,6
Planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen	1,8	1,9
Planmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	0,7	0,7
Gesamt	81,6	84,2

Im Personalaufwand sind Aufwendungen, die aus anderen langfristigen Leistungen an Arbeitnehmer resultieren (Jubiläumsgelder) in Höhe von 0,2 Mio. Euro (Vorjahr 0,0 Mio. Euro) enthalten.

Im Personalaufwand sind Aufwendungen aus Anlass der Beendigung von Arbeitsverhältnissen (im Wesentlichen für Vorruhestandsverpflichtungen) in Höhe von 0,1 Mio. Euro (0,6 Mio. Euro) enthalten.

Für beitragsorientierte Versorgungspläne wurden im Geschäftsjahr 74,9 Tsd. Euro (Vorjahr 62,2 Tsd. Euro) im Personalaufwand erfasst.

(35) Sonstiges betriebliches Ergebnis

in Mio. Euro	2016	2015
Sonstiges betriebliches Ergebnis	53,6	41,6
Mieterträge	0,2	0,2
Ergebnis aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	0,0	0,0
Aufwand Berlin-Beitrag der IBB	- 12,0	- 14,2
Veränderungen von Rückstellungen und abgegrenzten Schulden	- 6,7	33,5
Ergebnis aus verbrieften Verbindlichkeiten und Namenspapieren LAC	- 0,2	0,0
Übriges sonstiges betriebliches Ergebnis	72,2	21,6
Ergebnis aus Landesbürgschaften (operationelle Risiken)	0,1	0,6
Sonstige Steuern	0,0	0,0
Ergebnis aus Entkonsolidierung	0,0	0,0

Im Berlin-Beitrag werden die für die IBB wirtschaftlich defizitären Förderaktivitäten abgebildet, die sie auf Wunsch des Landes Berlin durchführt.

Im übrigen sonstigen betrieblichen Ergebnis sind Erträge in Höhe von 3,3 Mio. Euro im Zusammenhang mit der Tätigkeit der IBB als Fondsverwalter mehrerer EFRE-Fonds enthalten. Ferner werden hier zugeflossene EFRE-Mittel von 12,5 Mio. Euro ausgewiesen, die von der IBB im Rahmen ihres Förderauftrages verwendet werden. Daneben konnten bislang passivierte EFRE-Verbindlichkeiten in Höhe von 66,0 Mio. Euro nach richtlinienkonformer Verwendung nunmehr als Zuschuss vereinnahmt werden.

In den Veränderungen von Rückstellungen und abgegrenzten Schulden sind Aufwendungen aus der Zuführung zu Rückstellungen von 11,5 Mio. Euro im Zusammenhang mit der Detailvereinbarung enthalten.

(36) Ertragsteuern

in Mio. Euro	2016	2015
Ertragsteuern	0,0	- 0,3
Tatsächliche Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 0,1	- 0,2
Latente Steuern	0,0	0,0

Überleitung der Ertragsteuern

in Mio. Euro	2016	2015
Ergebnis vor Steuern	129,1	195,4
Konzernertragsteuersatz	0,00 %	0,00 %
Erwartete Ertragsteuern	0,0	0,0
Auswirkungen wegen abweichender Steuersätze gegenüber dem Konzernertragsteuersatz	0,8	- 1,8
Auswirkungen von im Geschäftsjahr erfassten Steuern aus Vorjahren	- 0,1	0,0
Veränderung der Wertberichtigung auf aktive latente Steuern	- 0,2	- 0,3
Effekt aus steuerfreien Erträgen	- 2,6	2,0
Effekt aus nicht abzugsfähigen Aufwendungen	2,3	- 0,5
Auswirkungen ergebniswirksamer Konsolidierungsbuchungen	- 0,3	0,3
Sonstiges	0,1	0,0
Effektiver Steueraufwand	0,0	- 0,3

Der Überleitungsrechnung wird aufgrund des Steuerstatus der Investitionsbank Berlin als subjektiv steuerbefreite Anstalt des öffentlichen Rechts und ihres bestimmenden Anteils am Ergebnis vor Steuern ein Konzernertragsteuersatz von 0 % zugrunde gelegt.

Auswirkungen wegen abweichender Steuersätze ergeben sich durch die subjektive Steuerpflicht und damit verbundener unterschiedlicher Steuersätze der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochtergesellschaften. Die Steuersätze betragen im Berichtsjahr wie im Vorjahr zwischen 0,00 % und 30,18 %.

Die Effekte aus steuerfreien Erträgen (§ 8b Abs. 1 und Abs. 2 KStG) und aus nicht abzugsfähigen Aufwendungen (§ 8b Abs. 3 KStG) resultieren im Wesentlichen aus steuerfreien Erträgen und Verlusten aus der Veräußerung von Beteiligungen sowie Teilwertabschreibungen auf Beteiligungen der Unternehmensbeteiligungsgesellschaften.

Erläuterungen zur Gesamtergebnis- rechnung

(37) Bewertungseffekte aus AFS-Finanzinstrumenten

in Mio. Euro	2016	2015
Bewertungseffekte aus AFS-Finanzinstrumenten	1,6	- 13,9
Erfolgswirksame Realisierungen (Umgliederungsbeträge)	- 0,9	- 10,2
Erfolgsneutrale Bewertungsänderungen	2,5	- 3,7

(38) Erfolgsneutral erfasste Erträge/Aufwendungen bei at-equity bilanzierten Unternehmen

Aus der Fortschreibung der Equity-Buchwerte resultierten im Geschäftsjahr 2016 erfolgsneutral erfasste versicherungsmathematische Verluste in Höhe von -57,5 Tsd. Euro (Vorjahr Gewinne 22,8 Tsd. Euro).

(39) Steuereffekte der Komponenten des sonstigen Gesamtergebnisses

in Mio. Euro	2016	2015
Bewertungseffekte aus AFS-Finanzinstrumenten	1,6	- 13,9
Steuern	0,0	0,0
Betrag nach Steuern	1,6	- 13,9
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	- 24,7	12,4
Steuern	0,0	0,0
Betrag nach Steuern	- 24,7	12,4
Erfolgsneutral erfasste Erträge/Aufwendungen bei at-equity bilanzierten Unternehmen	- 0,1	0,0
Steuern	0,0	0,0
Betrag nach Steuern	- 0,1	0,0

Die Komponenten des sonstigen Gesamtergebnisses entfallen nahezu ausschließlich auf die Muttergesellschaft. Hinsichtlich der subjektiven Befreiung der IBB von der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer und des hieraus resultierenden Nullausweises von Steuern auf Komponenten des sonstigen Gesamtergebnisses wird auf Angabe (19) verwiesen.

Segmentberichterstattung

(40) Erläuterung und Methodik zur Segmentberichterstattung

Die Segmentberichterstattung der IBB basiert auf dem sogenannten „Management Approach“ nach IFRS 8, d. h. die offengelegten Segmentinformationen entsprechen den internen Kriterien der Steuerung und der Berichterstattung an den Vorstand. Die Steuerung der IBB erfolgt weiterhin nach Maßgabe der HGB-Rechnungslegung. Grundlage hierfür ist das wirtschaftliche Ergebnis des Konzerns und der jeweiligen Segmente.

Für die Steuerung ist dabei ausschließlich der Zinsüberschuss, als Saldo zwischen Zinserträgen und Zinsaufwendungen, maßgebend. Um den Zinsüberschuss den Segmenten zuzuordnen, wird die Marktzinsmethode angewendet. Dabei wird für jedes Produkt auf Einzelgeschäftsbasis ein Margenergebnis als Differenz zwischen dem Kundenzins und einem internen Verrechnungszins ermittelt. Zur Gewährleistung der Transparenz erfolgt eine Überleitung der Ergebnisbestandteile aus dem HGB-Jahresabschluss auf das IFRS-Konzernergebnis. Die Geschäftsfelder der IBB entsprechen der aktuellen Organisationsstruktur des Einzelinstituts und gliedern sich im Hinblick auf ihre Produkte und Dienstleistungen in folgende Segmente:

Immobilien- und Stadtentwicklung

Im Geschäftsfeld Immobilien- und Stadtentwicklung fokussieren sich die Aktivitäten und Einzelmaßnahmen insbesondere auf die effiziente Betreuung der Bestandsvolumina sowie auf Maßnahmen der monetären Förderung landespolitischer Zielsetzungen in der Wohnungswirtschaft und Stadtentwicklung. Letzteres konzentriert sich dabei auf Maßnahmen der nachhaltigen Verbesserung der Wohnqualität und des Wohnungsbestandes sowie auf Maßnahmen zur nachhaltigen Energieeinsparung an Gebäuden, ökologischen Neubau und Nutzung regenerativer Energie. Die Unterstützung der Wohnungswirtschaft zur Anpassung an den demografischen Wandel sowie spezielle Maßnahmen der Stadtentwicklung und die finanzkonzeptbedingte Unterstützung der Senatsverwaltungen stehen dabei genauso im Vordergrund wie Konzepte zur Stabilisierung der Wirtschaftlichkeit von Wohnimmobilien zum Zweck des Erhalts sozialverträglicher Mieten.

Wirtschaftsförderung

Die Förderung der Berliner Wirtschaft wird vor allem in den vom Land Berlin definierten Clustern und Kompetenzfeldern bei kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) angeboten. Aufgabe der Bank ist es dabei, den von vielen Unternehmen benötigten Zugang zu Finanzierungen (Fremd-, Mezzanine- und Eigenkapital) zu erleichtern. Der Einsatz von rückzahlbaren und wiederholt einsetzbaren Finanzmitteln bei der Förderung der Berliner KMU - insbesondere die Finanzierung von Unternehmensgründungen – und die Vergabe von reinen Zuschüssen – vor allem hinsichtlich einer möglichst hohen Anzahl von zu fördernden Unternehmen – stehen im Vordergrund.

Die Schließung von Finanzierungslücken und das Tätigwerden bei Marktversagen sowie die professionelle und effiziente Abwicklung von Förderprogrammen für das Land Berlin sind die wichtigsten Aufgaben des Segments.

Bankbuch

Das Segment Bankbuch dient der Erfüllung der Förderaufgaben der IBB gemäß Verständigung II und beinhaltet als Hauptaufgaben die Steuerung der Liquidität sowie die Refinanzierung der IBB durch die Emission von Inhaberschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen in allen Laufzeiten sowie durch Mittelaufnahmen am Geldmarkt und die Inanspruchnahme von Refinanzierungsmitteln der KfW und der EIB. Das Bilanzstrukturmanagement erfolgt als umfassendes Aktiv-/Passiv-management, Geschäftsabschlüsse werden an den nationalen und internationalen Geld- und Kapitalmärkten getätigt. Durch eine intensive Marktpflegeaktivität gewährleistet die IBB die Liquidität ihrer Anleihen auf dem Sekundärmarkt und erhöht somit die Attraktivität der Titel für Investoren. Als eine mit Anstaltslast und expliziter Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin ausgestattete Förderbank verfügt die Bank über die gleiche hohe Bonität wie das Land Berlin.

Corporate Center

Das Segment Corporate Center versorgt ausschließlich die anderen operativen Segmente (Immobilien- und Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Bankbuch) des Unternehmens. Im Detail sind dies die nicht den Marktbereichen zuzuordnenden Steuerungsfunktionen der Bank (hoheitliche Funktionen). Ferner werden hier alle Bestände und Erfolge abgebildet, die nicht verursachungsgerecht den anderen Segmenten zuzuordnen sind.

Die operativen Geschäftsfelder werden anhand ihres wirtschaftlichen Ergebnisses gemessen. Dabei werden die Erträge und Aufwendungen verursachungsgerecht den jeweiligen Segmenten wie folgt zugewiesen:

- Die Aufteilung des **Gesamtzinsüberschusses** erfolgt nach periodischer Erfolgsquellenanalyse durch Anwendung der Marktzinsmethode sowie einer abschließenden Berücksichtigung von Pull to par-Effekten. Danach setzt sich der Zinsüberschuss aus den Komponenten Zinskonditionsbeitrag aus Kundengeschäften, aus Anlage- und Finanzierungserfolg (unverzinsliche Positionen) sowie aus dem Transformationsergebnis zusammen.
- Der **Berlin-Beitrag** betrifft Förderaktivitäten der IBB auf Veranlassung des Landes (Durchführung und ggf. Finanzierung bestimmter Programme, Veranstaltungen, sonstige Dienstleistungen), die nach Berücksichtigung sämtlicher für die Durchführung anfallender Kosten sowie aller dabei erwirtschafteter Erträge defizitär sind. Abrechnungstechnisch erfolgt die Aufteilung des Berlin-Beitrages in einen für die IBB zahlungswirksamen Teil und in einen durch eigene Leistungen erbrachten Teil, der sich im Wesentlichen aus nicht kostendeckenden Programmbearbeitungen zusammensetzt. Es erfolgt eine verursachungsgerechte Zuordnung auf die Segmente Wirtschaftsförderung, Immobilien- und Stadtentwicklung und Corporate Center.
- Der **Verwaltungsaufwand** setzt sich aus dem Personalaufwand, den anderen Verwaltungsaufwendungen sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und sonstige immaterielle Vermögensgegenstände zusammen. Die Zuordnung der direkten Kosten und Umlagen erfolgt auf die Segmente. Kosten für hoheitliche Aufgaben werden im Corporate Center abgebildet.
- Die **Risikovorsorge**, insbesondere im Kreditgeschäft, wurde auf Basis der Einzelwertberichtigungen, der pauschalierten Einzelwertberichtigungen und der Portfoliowertberichtigung bestimmt und entsprechend den Segmenten zugeordnet.
- Das **Segmentvermögen** beinhaltet die bilanziellen Aktiva des jeweiligen Segments. Bei den bankgeschäftlich tätigen Segmenten sind dies im Wesentlichen die Forderungen an Kunden sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Forderungen an Kreditinstitute und Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere. Die Segmentverbindlichkeiten, die ausschließlich dem Bankbuch zugeordnet werden, beinhalten analog die bilanziellen Passiva, im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (insbesondere Land Berlin) sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und verbrieft Verbindlichkeiten.
- Die **Förder-Cost-Income-Ratio** wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und der Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Informationen über Produkte und Dienstleistungen (IFRS 8.32) sind den einzelnen Anhangangaben zur Gewinn- und Verlustrechnung zu entnehmen. Angaben über einzelne Kunden entfallen, da die Wesentlichkeitsgrenze des IFRS 8.34 nicht überschritten wird.

(41) Entwicklung der Segmentergebnisse

Wie die Segmentergebnisrechnung zeigt, wird der HGB-Jahresabschluss der IBB auf den IFRS-Einzelabschluss übergeleitet und nach anschließender Konsolidierung der Tochterunternehmen ein Konzernabschluss nach IFRS aufgestellt. Die Spalten „Überleitung IBB Institut HGB – IFRS“ und „konsolidierte Unternehmen/Konsolidierung“ beinhalten die Anpassungen, die für die Überleitung auf das Konzernergebnis nach IFRS notwendig sind.

Im nachfolgend dargestellten sonstigen betrieblichen Ergebnis ist, abweichend zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, der liquiditätswirksam erfasste Berlin-Beitrag IBB nicht enthalten. Daneben werden die nicht liquiditätswirksamen Leistungen als sonstiger betrieblicher Ertrag und zusätzlich als Berlin-Beitrag IBB abgebildet. Ferner sind die Ertragsteuern im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

Zum Berichtsstichtag **31. Dezember 2016** ergibt sich einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS folgende Entwicklung in den Segmenten:

Segmentbericht- erstattung 31.12.2016	Immo- bilien-/Stad- tentwick- lung	Wirt- schafts- förderung	Bankbuch	Corporate Center	IBB Institut (HGB)	Über- leitung IBB Institut HGB – IFRS	IBB Institut (IFRS)	konsoli- dierte Unterneh- men/Konso- lidierung	IBB- Konzern (IFRS)
in Mio. Euro									
Zinsüberschuss	63,6	9,0	40,4	10,3	123,3	12,2	135,5	0,4	135,8
Provisionsüberschuss	2,7	0,8	-0,4	0,0	3,1	0,0	3,1	0,0	3,1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-12,2	15,8	0,0	82,6	86,2	-6,9	79,3	0,9	80,2
Summe Erträge	54,0	25,7	40,0	92,9	212,6	5,2	217,8	1,3	219,1
Verwaltungsaufwand	-35,5	-21,9	-5,8	-16,9	-80,0	0,5	-79,5	-2,1	-81,6
Risikovorsorge	5,4	2,2	0,4	-88,1	-80,0	85,4	5,4	-0,4	5,0
Bewertungseffekte nach IFRS	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	10,2	10,2	2,2	12,4
Wirtschaftliches Ergebnis	24,0	6,0	34,7	-12,1	52,5	101,4	154,0	1,0	154,9
Berlin-Beitrag IBB	-1,8	-24,1	0,0	-2,9	-28,7	2,1	-26,6	0,0	-26,6
Jahresüberschuss	22,2	-18,1	34,7	-15,0	23,8	103,5	127,3	1,0	128,3
Förder-Cost- Income-Ratio	65,7 %	85,2 %	14,4 %	18,2 %	37,7 %	k.A.	36,5 %	k.A.	37,2 %
Segmentvermögen	9.707	2.526	5.854	-108	17.980	526	18.505	-19	18.486
Segment- verbindlichkeiten	70	210	16.510	1.189	17.980	526	18.505	-19	18.486
Allokiertes Kapital	195	68	110	351	724	227	951	5	956

Überleitungseffekte von HGB auf IFRS auf Ebene der IBB ergaben sich im Geschäftsjahr 2016 insbesondere durch Bewertungseffekte nach IFRS (10,2 Mio. Euro). Die Bewertungseffekte nach IFRS enthalten das Ergebnis aus mit wirtschaftlicher Sicherungsabsicht gehaltenen Derivaten (21,9 Mio. Euro), von zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (–13,4 Mio. Euro), das Ergebnis aus Finanzanlagen (0,5 Mio. Euro) sowie das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (1,2 Mio. Euro). Der Überleitungseffekt bei der Risikovorsorge beinhaltet das Ergebnis aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren nach HGB (–0,9 Mio. Euro) sowie abweichende Ergebnisentwicklungen/-zuordnungen bei den Einzelwertberichtigungen (–1,9 Mio. Euro).

Zum Berichtsstichtag **31. Dezember 2015** ergibt sich einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS folgende Entwicklung in den Segmenten:

Segmentbericht- erstattung 31.12.2015	Immo- bilien-/ Stadt- entwicklung	Wirt- schafts- förderung	Bankbuch	Corporate Center	IBB Institut (HGB)	Über- leitung IBB Institut HGB – IFRS	IBB Institut (IFRS)	konsoli- dierte Unterneh- men/Konso- lidierung	IBB- Konzern (IFRS)
in Mio. Euro									
Zinsüberschuss	63,1	9,6	58,2	–1,0	129,8	28,3	158,1	–8,4	149,7
Provisionsüberschuss	4,4	0,7	–0,4	0,0	4,6	0,0	4,6	–0,3	4,4
Sonstiges betriebliches Ergebnis	–18,1	29,8	0,0	55,4	67,1	2,7	69,9	0,1	69,9
Summe Erträge	49,4	40,1	57,7	54,4	201,6	31,0	232,6	–8,6	224,0
Verwaltungsaufwand	–34,2	–20,9	–6,1	–20,1	–81,3	–0,5	–81,8	–2,3	–84,1
Risikovorsorge	23,6	–5,3	0,7	–29,2	–10,2	22,9	12,7	0,0	12,7
Bewertungseffekte nach IFRS	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	53,4	53,4	17,8	71,2
Wirtschaftliches Ergebnis	38,7	13,9	52,3	5,0	110,1	106,8	216,9	6,9	223,8
Berlin-Beitrag IBB	–1,2	–26,6	0,0	–3,8	–31,6	2,9	–28,6	0,0	–28,6
Jahresüberschuss	37,6	–12,7	52,3	1,3	78,5	109,8	188,3	6,9	195,2
Förde-Cost- Income-Ratio	69,4 %	52,1 %	10,5 %	37,0 %	40,4 %	k.A.	35,2 %	k.A.	37,6 %
Segmentvermögen	10.437	2.741	6.019	–64	19.133	459	19.592	7	19.600
Segment- verbindlichkeiten	84	191	17.740	1.118	19.133	459	19.592	7	19.600
Allokiertes Kapital	181	62	119	290	652	251	903	7	911

Überleitungseffekte von HGB auf IFRS auf Ebene der IBB ergaben sich im Geschäftsjahr 2015 insbesondere durch Bewertungseffekte nach IFRS (53,4 Mio. Euro). Die Bewertungseffekte nach IFRS enthalten das Ergebnis aus mit wirtschaftlicher Sicherungsabsicht gehaltenen Derivaten (16,8 Mio. Euro), von zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (34,9 Mio. Euro), das Ergebnis aus Finanzanlagen (1,0 Mio. Euro) sowie das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (0,7 Mio. Euro). Der Überleitungseffekt bei der Risikovorsorge beinhaltet das Ergebnis aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren nach HGB (–0,8 Mio. Euro) sowie abweichende Ergebnisentwicklungen/-zuordnungen bei den Einzelwertberichtigungen (–5,5 Mio. Euro).

Erläuterungen zur Bilanz

(42) Barreserve

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Barreserve	26,7	15,4
Kassenbestand	0,0	0,0
Guthaben bei Zentralnotenbanken	26,7	15,4
davon: bei der Deutschen Bundesbank	26,7	15,4

Die Vermögenswerte sind kurzfristig verfügbar.

Das Mindestreserve-Soll wurde im Berichtsjahr stets eingehalten und betrug zum Jahresende 20,3 Mio. Euro (Vorjahr 15,4 Mio. Euro).

(43) Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Täglich fällige Forderungen	282,7	263,4
Tagesgelder	4,5	17,2
Sonstige täglich fällige Forderungen	278,2	246,2
Andere Forderungen	1.610,7	1.769,2
Termingelder	1.180,3	1.184,8
Kredite und Darlehen	404,2	584,4
Schuldscheindarlehen	26,2	0,0
Gesamt	1.893,4	2.032,6
davon: Forderungen an ausländische Kreditinstitute	801,8	754,5
davon: Forderungen mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr	332,5	440,5

(44) Forderungen an Kunden

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Kapitalmarktgeschäft	0,0	151,9
Tages- und Termingelder	0,0	28,7
Schuldscheindarlehen	0,0	123,2
Immobilienförderung	9.069,3	9.772,5
Wirtschaftsförderung	2.069,4	2.078,6
Andere Forderungen	224,3	287,1
Gesamt	11.363,0	12.290,0
davon: Forderungen an ausländische Kunden	110,2	73,0
davon: Forderungen mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr	10.628,6	11.093,6

(45) Wertberichtigungen auf Forderungen

Wertberichtigungen auf Forderungen werden auf der Aktivseite der Bilanz als gesonderter Posten ausgewiesen. Sie betreffen ausschließlich Finanzinstrumente der Kategorie LAR.

Des Weiteren bestehen für Kreditrisiken Rückstellungen für unwiderrufliche Kreditzusagen sowie Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien. Erläuterungen hierzu erfolgen in den Angaben (59), (6) und (61).

Die Wertberichtigungen auf **Forderungen an Kreditinstitute** haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. Euro	Einzelwert- berichtigungen	Portfoliowert- berichtigungen	Gesamt
Stand 01.01.2015	0,0	1,0	1,0
Zuführungen	0,0	3,4	3,4
Verbrauch	0,0	0,0	0,0
Auflösungen	0,0	0,0	0,0
Unwinding	0,0	0,0	0,0
Umbuchungen	0,0	0,0	0,0
Stand 31.12.2015	0,0	4,3	4,3
Zuführungen	0,0	0,5	0,5
Verbrauch	0,0	2,6	2,6
Auflösungen	0,0	1,1	1,1
Unwinding	0,0	0,0	0,0
Umbuchungen	0,0	0,0	0,0
Stand 31.12.2016	0,0	1,2	1,2

Die Wertberichtigungen auf **Forderungen an Kunden** haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. Euro	Einzelwert- berichtigungen	Portfoliowert- berichtigungen	Gesamt
Stand 01.01.2015	26,0	14,5	40,4
Zuführungen	4,1	2,3	6,4
Verbrauch	0,0	0,0	0,0
Auflösungen	5,4	4,1	9,5
Unwinding	2,5	0,0	2,5
Umbuchungen	0,0	0,0	0,0
Stand 31.12.2015	22,2	12,7	34,8
Zuführungen	1,9	0,4	2,3
Verbrauch	0,1	1,8	1,9
Auflösungen	11,8	1,4	13,2
Unwinding	0,3	0,0	0,3
Umbuchungen	0,0	0,0	0,0
Stand 31.12.2016	11,7	9,9	21,6

Für wertberichtigte Kredite und Darlehen wurden im Geschäftsjahr 2016 Zinserträge in Höhe von 1,6 Mio. Euro (Vorjahr 2,4 Mio. Euro) nicht vereinnahmt.

(46) Positive Marktwerte Hedge-Derivate

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Positive Marktwerte Hedge-Derivate	0,0	0,2
davon Bestand mit mehr als ein Jahr	0,0	0,2

(47) Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte

Die erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Vermögenswerte enthalten neben Wertpapieren, Forderungen und Beteiligungsportfolien der Kategorie der zum Zeitwert designierten Finanzinstrumente (FVO) die positiven Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten.

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Unterkategorie HfT)	675,6	679,5
Zum Zeitwert designierte Finanzinstrumente (FVO)	2.931,0	2.907,4
Forderungen an Kunden	88,0	90,7
Schuldscheindarlehen	80,1	82,2
Stille Beteiligungen	8,0	8,6
Finanzanlagen	2.842,9	2.816,7
Anleihen und Schuldverschreibungen	2.748,8	2.728,2
Venture Capital Beteiligungen	94,1	88,5
Gesamt	3.606,6	3.586,9
davon: Bestand mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr	3.071,4	3.153,4

Die Venture Capital Beteiligungen teilen sich wie folgt auf die einzelnen VC-Gesellschaften auf:

in Mio. Euro	VC Fonds Berlin GmbH	VC Fonds Kreativwirtschaft GmbH	VC Fonds Technologie GmbH
Venture Capital Beteiligungen	18,8	26,6	48,7

Die Anleihen und Schuldverschreibungen stammen in Höhe von 961,6 Mio. Euro (Vorjahr 1.070,4 Mio. Euro) von öffentlichen Emittenten.

(48) Finanzanlagen

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.557,4	1.650,5
Geldmarktpapiere	0,0	0,0
von öffentlichen Emittenten	0,0	0,0
von anderen Emittenten	0,0	0,0
Anleihen und Schuldverschreibungen	1.557,4	1.650,5
von öffentlichen Emittenten	150,2	105,5
von anderen Emittenten	1.407,1	1.545,0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2,7	2,5
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	0,2	0,2
Anteile an assoziierten, nicht at-equity bewerteten Unternehmen	0,2	0,1
Beteiligungen	0,0	0,0
Gesamt	1.560,5	1.653,3
davon: Finanzanlagen mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr	971,0	898,6

Von den Finanzanlagen sind börsenfähig bzw. börsennotiert:

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Börsenfähige Wertpapiere	1.557,4	1.650,5
Börsennotierte Wertpapiere	1.557,4	1.650,5
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Börsenfähige Wertpapiere	0,00	0,00
Börsennotierte Wertpapiere	0,00	0,00

Die ausgewiesenen Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen betreffen die IBB Business Team GmbH, die aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht im Wege der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen wird.

Die nachfolgende Übersicht enthält zusammengefasste Finanzinformationen der nicht nach der Equity-Methode bewerteten assoziierten Unternehmen auf Basis der Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 2015 nach HGB. Die Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 2016 lagen noch nicht vor.

in Tsd. Euro	31.12.2015 ¹	31.12.2014
Aggregierter Buchwert	181,8	53,8
Anteiliger aggregierter Betrag an den Posten:		
Gewinn/Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	217,1	143,9
Gewinn/Verlust nach Steuern aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0,0	0,0
Sonstiges Ergebnis	0,0	0,0
Gesamtergebnis	217,1	143,9

¹ Angaben unter Einbezug der BTK (erstmalig nicht at-equity bewertet in 2016)

(49) Nach der Equity-Methode bilanzierte Anteile

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	0,5	0,7

Der Ausweis beinhaltet die Anteile an den assoziierten Unternehmen, die für den Konzern wesentlich sind und die nach der Equity-Methode bilanziert werden.

Die Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH bietet Beratung und Betreuung sowie Maßnahmen zur Förderung der Internationalisierung, des Exports der Berliner Wirtschaft sowie des Wissens- und Technologietransfers für in Berlin ansässige oder anzusiedelnde Unternehmen.

Die folgende Tabelle enthält Finanzinformationen (IFRS Reporting Packages) für die wesentlichen assoziierten Unternehmen:

in Mio. Euro	Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH	
	31.12.2016	31.12.2015
Bilanz		
Vermögenswerte	10,36	9,72
Kurzfristig	1,26	1,35
Langfristig	9,10	8,37
Verbindlichkeiten	8,86	8,08
Kurzfristig	0,00	0,00
Langfristig	8,86	8,08
Nettovermögen	1,50	1,63
Gewinn- und Verlustrechnung		
Erträge	24,48	24,64
Gewinn/Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	0,02	-0,05
Gewinn/Verlust nach Steuern aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0,00	0,00
Sonstiges Ergebnis	-0,18	0,07
Gesamtergebnis	-0,16	0,03
Erhaltene Dividenden	0,00	0,00
Überleitung zum at-equity Buchwert		
Nettovermögen 01.01.	1,63	1,61
Jahresergebnis der Periode	0,02	-0,05
Sonstiges Ergebnis	-0,18	0,07
Sonstige erfolgsneutrale Kapitalmaßnahmen	0,00	0,00
Gezahlte Dividenden	0,00	0,00
Nettovermögen 31.12.	1,47	1,63
Anteil IBB in %	31,51 %	31,51 %
Anteil IBB in Mio. Euro	0,46	0,51
At-equity Buchwert 31.12.	0,46	0,51

(50) Immaterielle Vermögenswerte

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Software	0,8	1,3
Erworben	0,8	1,3
Selbst erstellt	0,0	0,0
Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	0,0	0,0
Gesamt	0,8	1,4

Die Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte 2015 stellte sich wie folgt dar:

in Mio. Euro	Software erworben	Software selbst erstellt	Sonstige IVG	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten				
Stand zum 01.01.2015	26,7	3,4	0,0	30,2
Zugänge	0,4	0,0	0,0	0,4
Abgänge	0,3	0,0	0,0	0,3
Stand zum 31.12.2015	26,8	3,4	0,0	30,3
Abschreibungen und Wertaufholungen				
Stand zum 01.01.2015	25,1	3,4	0,0	28,5
Planmäßige Abschreibungen	0,7	0,0	0,0	0,7
Abgänge	0,3	0,0	0,0	0,3
Stand zum 31.12.2015	25,5	3,4	0,0	28,9
Buchwert zum 31.12.2015	1,3	0,0	0,0	1,4

Die Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte 2016 stellt sich wie folgt dar:

in Mio. Euro	Software erworben	Software selbst erstellt	Sonstige IVG	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten				
Stand zum 01.01.2016	26,8	3,4	0,0	30,3
Zugänge	0,2	0,0	0,0	0,2
Abgänge	0,2	0,0	0,0	0,2
Stand zum 31.12.2016	26,9	3,4	0,0	30,3
Abschreibungen und Wertaufholungen				
Stand zum 01.01.2016	25,5	3,4	0,0	28,9
Planmäßige Abschreibungen	0,7	0,0	0,0	0,7
Abgänge	0,2	0,0	0,0	0,2
Stand zum 31.12.2016	26,0	3,4	0,0	29,5
Buchwert zum 31.12.2016	0,8	0,0	0,0	0,8

(51) Sachanlagen

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Sachanlagen	50,6	50,4
Grundstücke und Gebäude	46,8	47,1
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3,8	3,3

Die Entwicklung der Sachanlagen 2015 stellte sich wie folgt dar:

in Mio. Euro	Betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten			
Stand zum 01.01.2015	49,7	13,6	63,3
Zugänge	1,7	1,6	3,3
Umbuchungen	0,0	0,0	0,0
Abgänge	0,0	1,2	1,2
Stand zum 31.12.2015	51,4	14,0	65,4
Abschreibungen und Wertaufholungen			
Stand zum 01.01.2015	3,7	10,4	14,1
Planmäßige Abschreibungen	0,5	1,4	1,9
Abgänge	0,0	1,1	1,1
Stand zum 31.12.2015	4,3	10,7	15,0
Buchwert zum 31.12.2015	47,1	3,3	50,4

Die Entwicklung der Sachanlagen 2016 stellt sich wie folgt dar:

in Mio. Euro	Betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten			
Stand zum 01.01.2016	51,4	14,0	65,4
Zugänge	0,2	1,8	2,0
Umbuchungen	0,0	0,0	0,0
Abgänge	0,0	1,8	1,8
Stand zum 31.12.2016	51,6	14,1	65,7
Abschreibungen und Wertaufholungen			
Stand zum 01.01.2016	4,3	10,7	15,0
Planmäßige Abschreibungen	0,6	1,2	1,8
Abgänge	0,0	1,8	1,8
Stand zum 31.12.2016	4,8	10,2	15,1
Buchwert zum 31.12.2016	46,8	3,8	50,6

(52) Ertragsteueransprüche

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Ertragsteueransprüche	1,6	1,9
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	0,1	0,1
Latente Ertragsteueransprüche	1,5	1,8

Die latenten Ertragsteueransprüche ergeben sich im Wesentlichen aus der Aktivierung von latenten Steuern auf körperschaftsteuerliche und gewerbsteuerliche Verlustvorträge der Immobiliengesellschaft Spreestadt-Wegelystraße mbH (IGSW) in Höhe von 5,0 Mio. Euro (Vorjahr 5,9 Mio. Euro) auf Basis der Planung des bis zum Jahr 2022 zu versteuernden Einkommens. Grundlage der Planung ist das von der IBB Beteiligungsgesellschaft mbH der IGSW gewährte Gesellschafterdarlehen, für das ein jährlicher Forderungsverzicht von 1,0 Mio. Euro vereinbart wurde.

Die Verlustvorträge sind zeitlich unbegrenzt nutzbar.

Für die folgenden steuerlichen Verlustvorträge der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochtergesellschaften wurden keine latenten Ertragsteueransprüche angesetzt, da in absehbarer Zukunft keine steuerlichen Ergebnisse mit einer ausreichenden Wahrscheinlichkeit erwartet werden:

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Körperschaftsteuer	73,7	76,7
Gewerbsteuer	55,2	61,3
Gesamt	128,9	138,0

(53) Sonstige Aktiva

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Sonstige Aktiva	5,1	6,3
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0,0	0,0
Geleistete Vorauszahlungen und Anzahlungen	1,3	0,8
Sonstige Steueransprüche (außer Ertragsteuern)	0,0	0,0
Sonstige Forderungen und Vermögenswerte	4,0	5,6
Wertberichtigungen auf sonstige Aktiva	-0,3	-0,1

Die ausgewiesenen Vermögenswerte sind kurzfristig verfügbar.

(54) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten setzen sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Täglich fällige Verbindlichkeiten	150,9	56,9
Tagesgelder	0,0	0,0
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	150,9	56,9
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	3.330,6	2.999,5
Termingelder	1.522,6	1.440,3
Schuldscheindarlehen	239,8	345,4
Offenmarktgeschäfte	0,0	0,0
Zweckgebundene Mittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau	1.300,3	1.015,6
Sonstige	267,7	198,2
Gesamt	3.481,4	3.056,4
davon: Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Kreditinstituten	846,5	582,7
davon: Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr	1.566,7	1.403,1

Die zweckgebundenen Mittel dienen der Refinanzierung von Darlehen, die von der IBB an Endkreditnehmer weitergeleitet wurden.

(55) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden setzen sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Täglich fällige Verbindlichkeiten	591,9	616,3
Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Berlin	139,0	200,5
Tagesgelder	446,6	415,0
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	6,2	0,8
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	4.826,4	5.711,5
Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Berlin	2.929,0	3.613,1
Namensschuldverschreibungen	1.104,6	1.184,0
Schuldscheindarlehen	113,0	273,4
Termingelder	679,8	641,0
Gesamt	5.418,3	6.327,8
davon: Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Kreditinstituten	309,1	220,0
davon: Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr	3.956,4	4.789,1

Die langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Berlin enthalten im Wesentlichen die im Rahmen der erhaltenen Deckungsmittelzusagen zur Finanzierung des Wohnungsbaus vom Land Berlin zur Verfügung gestellten Mittel. Der Anspruch auf Zuweisung der Mittel resultiert aus § 6 Abs. 1 des Grundvertrags mit dem Land Berlin.

Die Ermittlung der dem Land Berlin aus den finanzierten Programmen zustehenden Tilgungs- und Zinsbeträge erfolgt gemäß § 2 Abs. 2 des Grundvertrags mit dem Land Berlin. Dabei wird als Maßstab für die Aufteilung der vereinnahmten Zins- und Tilgungsleistungen das Verhältnis der in der langfristigen Wohnungsbauförderung eingesetzten Darlehensmittel des Landes Berlin und der IBB zu Beginn des Geschäftsjahres zugrunde gelegt. In die Betrachtung werden Ausleihungen aus dem BerlinFG-Geschäft und am Kapitalmarkt refinanzierte Darlehen nicht einbezogen. Nach Berechnung der IBB beträgt der Anteil des Landes Berlin für das Jahr 2016 84,29 % (Vorjahr: 85,65 %).

In der Abrechnung mit dem Land Berlin sind auch Mittel enthalten, die nicht unter den Grundvertrag fallen. Diese Mittel (30,3 Mio. Euro, Vorjahr 34,7 Mio. Euro) beziehen sich auf Darlehen mit einem Landesanteil von 100 %.

(56) Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.892,7	6.078,3
Inhaberschuldverschreibungen	5.892,7	6.078,3
Gesamt	5.892,7	6.078,3
davon: Verbriefte Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr	3.951,5	4.591,2

Im Geschäftsjahr 2016 wurden Inhaberschuldverschreibungen mit einem Nominalvolumen von 1.305,5 Mio. Euro in der Kategorie LAC emittiert. Dem standen Endfälligkeiten in Höhe von 1.480,0 Mio. Euro gegenüber.

(57) Negative Marktwerte Hedge-Derivate

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Negative Marktwerte Hedge-Derivate	189,0	139,2
davon: Hedge-Derivate mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr	172,0	123,1

(58) Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Unterkategorie HfT)	575,6	624,0
Zum Zeitwert designierte Finanzinstrumente (FVO)	1.551,7	2.128,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	465,2	789,1
Schuldscheindarlehen	331,6	594,6
Namensschuldverschreibungen	133,6	194,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	883,2	961,6
Schuldscheindarlehen	9,7	112,7
Namensschuldverschreibungen	873,5	848,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	203,3	378,0
Gesamt	2.127,4	2.752,7
davon: Verpflichtungen mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr	1.880,8	2.043,6

(59) Rückstellungen

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Rückstellungen für Pensionen	169,2	140,6
Andere Rückstellungen	63,4	55,7
Rückstellungen im Kreditgeschäft	3,9	0,2
Rückstellungen im Personalbereich	8,7	11,8
Rückstellungen Berlin-Beitrag der IBB	5,4	7,4
Sonstige Rückstellungen	45,4	36,4
Gesamt	232,6	196,3

(a) Rückstellungen für Pensionen

Fondsfinanzierte Pensionsverpflichtungen bestehen im Konzern nicht. Planvermögen zur Deckung von Pensionsverpflichtungen liegen nicht vor.

Der Barwert der Pensionsverpflichtungen (Defined Benefit Obligation) hat sich wie folgt entwickelt:

in Mio. Euro	Pensionsverpflichtungen
Stand zum 01.01.2015	148,7
Gezahlte Versorgungsleistungen	3,2
Zinsaufwand	3,4
Laufender Dienstzeitaufwand	4,1
Versicherungsmathematische Gewinne	
aus Änderung der ökonomischen Annahmen	11,7
aus erfahrungsbedingten Anpassungen	0,7
Stand zum 31.12.2015	140,6

in Mio. Euro	Pensionsverpflichtungen
Stand zum 01.01.2016	140,6
Gezahlte Versorgungsleistungen	3,4
Zinsaufwand	3,7
Laufender Dienstzeitaufwand	3,6
Versicherungsmathematische Verluste/Gewinne	
aus Änderung der ökonomischen Annahmen	- 25,0
aus erfahrungsbedingten Anpassungen	0,3
Stand zum 31.12.2016	169,2

Bei den Direktzusagen der IBB handelt es sich um Rentenzusagen, bei denen das Risiko besteht, dass die tatsächliche Sterblichkeit des Bestandes von den Rechnungsannahmen abweicht (Langlebigkeitsrisiko). Zum besseren Verständnis des Risikos wurde der Parameter Sterblichkeit variiert. Weiterhin besteht bei den Zusagen, die nicht von der jährlichen 1%-Anpassungsgarantie erfasst sind, das Risiko, dass die Rentenanpassung gemäß § 16 BetrAVG vom berücksichtigten Rententrend abweicht.

Die folgende Tabelle enthält Sensitivitätsbetrachtungen der bilanzierten Pensionsverpflichtung hinsichtlich der wesentlichen versicherungsmathematischen Annahmen (siehe Angabe (22)) zum Ende der Berichtsperiode. Die Berechnungen basieren auf einer Änderung einer der genannten versicherungsmathematischen Annahmen um den angegebenen Wert, während alle anderen Parameter jeweils konstant gehalten wurden.

in % / in Mio. Euro	Änderung des Parameters um	Auswirkungen auf die Pensionsverpflichtung bei			
		Erhöhung des Parameters		Reduzierung des Parameters	
		%	absolut	%	absolut
Rechnungszins	0,5 %-Punkte	- 9,64	- 16,3	11,22	19,0
Gehaltstrend	0,5 %-Punkte	0,81	1,4	- 0,72	- 1,2
Rententrend	0,5 %-Punkte	4,83	8,2	- 4,36	- 7,4
Sterblichkeit		-	-	3,31	5,6

Die dargestellte Variation des Parameters Sterblichkeit stellt die Auswirkungen einer Erhöhung der Lebenserwartung bei Rentenbeginn um ein Jahr dar.

Die gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit (Duration) der bilanzierten Pensionsverpflichtung beträgt 21,2 Jahre (Vorjahr 20,2 Jahre).

In den kommenden zehn Jahren werden Leistungszahlungen in voraussichtlich folgender Höhe fällig:

in Mio. Euro									
2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
3,64	3,76	3,97	4,13	4,28	4,65	4,83	5,15	5,38	5,71

(b) andere Rückstellungen

Die Entwicklung der anderen Rückstellungen in 2015 stellte sich wie folgt dar:

in Mio. Euro	Rückstellungen im Kredit- geschäft	Rückstellungen im Personal- bereich	Rückstellungen Berlin-Beitrag der IBB	Sonstige	Gesamt
Stand zum 01.01.2015	0,3	15,2	8,9	68,7	93,1
Konzernkreisveränderungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Verbrauch	0,0	4,0	7,2	5,1	16,3
Auflösung	0,1	0,1	1,4	46,7	48,3
Aufzinsung	0,0	0,1	0,0	0,1	0,2
Zuführung	0,0	0,5	7,1	20,1	27,8
Sonstige Veränderungen	0,0	0,0	0,0	- 0,7	- 0,7
Stand zum 31.12.2015	0,2	11,8	7,4	36,4	55,7

Die Entwicklung der anderen Rückstellungen in 2016 stellt sich wie folgt dar:

in Mio. Euro	Rückstellungen im Kredit- geschäft	Rückstellungen im Personal- bereich	Rückstellungen Berlin-Beitrag der IBB	Sonstige	Gesamt
Stand zum 01.01.2016	0,2	11,8	7,4	36,4	55,7
Konzernkreisveränderungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Verbrauch	0,0	3,1	7,3	2,5	12,8
Auflösung	0,0	0,3	0,1	3,5	3,9
Aufzinsung	0,0	0,1	0,0	1,0	1,1
Zuführung	3,7	0,2	5,4	14,0	23,3
Sonstige Veränderungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Stand zum 31.12.2016	3,9	8,7	5,4	45,4	63,4

Von den anderen Rückstellungen weisen Bestände in Höhe von 41,9 Mio. Euro (Vorjahr 31,0 Mio. Euro) eine Restlaufzeit von voraussichtlich mehr als einem Jahr auf.

Die Rückstellungen im Personalbereich betreffen Vorruhestands-, Altersteilzeit- und Jubiläumsverpflichtungen.

Die Rückstellungen für den Berlin-Beitrag der IBB betreffen im Wesentlichen von der IBB vorbehaltlich der Einhaltung förderrechtlicher Auflagen zugesagte Förderleistungen.

Die sonstigen Rückstellungen enthalten Rückstellungen für Prozessrisiken in Höhe von 1,8 Mio. Euro (Vorjahr 1,8 Mio. Euro). Sie beinhalten potenzielle Schadensersatzverpflichtungen sowie erwartete Zahlungen für Gerichtskosten und außergerichtliche Kosten (z.B. Anwaltshonorare) aus Prozessen der aktuellen Instanz. Rückstellungen werden gebildet für drohende, geltend gemachte oder bereits titulierte Forderungen gegen den Konzern, sofern nicht eine interne oder externe, für Dritte nachvollziehbare Bewertung zu einem anderen Ergebnis führt. Bei der Bemessung der Rückstellungen für Prozesskosten werden alle zum Stichtag anhängigen Streitverfahren berücksichtigt und mit einer jährlich neu ermittelten Verlustwahrscheinlichkeit gewichtet. Wir verweisen ergänzend auf unsere Ausführungen zu Rechtsrisiken im Risikobericht innerhalb des Konzernlageberichts.

Weiterhin enthalten ist eine Rückstellung für die zu tragende Avalprovision aufgrund der Detailvereinbarung vom 16. April 2002 zwischen den ehemaligen Konzerngesellschaften der Bankgesellschaft und dem Land Berlin in Höhe von 33,1 Mio. Euro (Vorjahr 20,7 Mio. Euro). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg des relativen Anteils der IBB an der von den Vertragspartnern insgesamt an das Land Berlin zu zahlenden Avalprovision von jährlich 15,0 Mio. Euro. Wir verweisen auf die Angaben zu den sonstigen Haftungsverhältnissen (77).

Darüber hinaus sind Rückstellungen für sonstige gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtungen des Konzerns gebildet, die aus Ereignissen der Vergangenheit resultieren und wahrscheinlich zu einem Abfluss von Ressourcen führen werden.

(60) Ertragsteuerverpflichtungen

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Ertragsteuerverpflichtungen	1,9	2,2
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	0,1	0,1
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	1,8	2,1

Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen ergeben sich im Wesentlichen aus der Zuschreibung im Rahmen der Schuldenkonsolidierung des von der IBB Beteiligungsgesellschaft mbH der Immobiliengesellschaft Spreestadt-Wegelystraße mbH gewährten Gesellschafterdarlehens in Höhe von 5,9 Mio. Euro (Vorjahr 6,9 Mio. Euro).

(61) Sonstige Passiva

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Sonstige Passiva	43,4	46,3
Abgegrenzte Schulden	11,7	14,1
Sonstige Steuerverpflichtungen (außer Ertragsteuern)	0,9	0,8
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2,8	0,6
Sonstige übrige Passiva	28,1	30,8
Gesamt	43,4	46,3
davon: Passiva mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr	22,5	26,4

(62) Eigenkapital

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Eigenkapital des Eigentümers des Mutterunternehmens	1.099,3	1.002,0
Grundkapital	300,0	300,0
Kapitalrücklage	0,0	0,0
Gewinnrücklagen	655,6	610,5
Zweckrücklage	395,3	323,2
Andere Gewinnrücklagen	260,3	287,3
Neubewertungsrücklage	2,7	1,1
Konzernbilanzgewinn	141,0	90,3
Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile	0,0	-1,2
Gesamt	1.099,3	1.000,7

Das **Grundkapital** der IBB beträgt gemäß § 2 Abs. 1 der Satzung 300,0 Mio. Euro und ist voll eingezahlt. Es wird vollständig vom Land Berlin gehalten.

Die **Zweckrücklage** ist gemäß § 2 Abs. 2 der Satzung für die Finanzierung von Aufgaben der IBB zu verwenden. Der handelsrechtliche Jahresüberschuss des Instituts IBB ist gemäß § 19 der Satzung der Zweckrücklage zuzuführen, sofern nicht der Senat von Berlin anderweitig beschließt.

Von dem nach nationaler Rechnungslegung ausgewiesenen handelsrechtlichen Bilanzgewinn des Instituts IBB zum 31. Dezember 2015 (78,5 Mio. Euro) wurden im Berichtsjahr 6,5 Mio. Euro an das Land Berlin ausgeschüttet und 72,0 Mio. Euro der Zweckrücklage zugeführt.

Die **anderen Gewinnrücklagen** beinhalten kumulierte versicherungsmathematische Verluste gemäß IAS 19.120(c) in Höhe von –78,8 Mio. Euro (Vorjahr –54,1 Mio. Euro) sowie die Effekte aus der erstmaligen Anwendung der IFRS, mit Ausnahme der Bewertungseffekte für Finanzinstrumente der Kategorie AFS, in Höhe von 339,0 Mio. Euro (Vorjahr 341,2 Mio. Euro).

Die **Neubewertungsrücklage** enthält die erfolgsneutralen Bewertungseffekte aus Finanzinstrumenten der Kategorie AFS. Eine erfolgswirksame Erfassung erfolgt erst bei Abgang der Finanzinstrumente oder bei Vorliegen eines Impairments.

Der Vorjahresausweis des **Eigenkapitals nicht beherrschender Anteile** betraf die ipal Gesellschaft f. Patentverwertung Berlin mbH. Im Rahmen der Abwicklung der Gesellschaft wurden die Fremddanteile im Geschäftsjahr 2016 vollständig von der IBB übernommen (siehe Angabe (3)).

Weitere Angaben zu Finanzinstrumenten

(63) Wertpapierpensionsgeschäfte

Im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften (Repo-Geschäfte) hat der Konzern Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere in Pension gegeben. Während des Übertragungszeitraums hat die IBB keine Verfügungsgewalt über die Finanzinstrumente und der Kontrahent kann die Finanzinstrumente weiterveräußern. Die Chancen aus Wertzuwachs und Zinsertrag sowie die Zins-, Bonitäts- und sonstigen wesentlichen Risiken aus den Finanzinstrumenten verbleiben jedoch unverändert bei der IBB. Zusätzlich besteht ein Kontrahentenrisiko für das Recht auf die Rückübertragung der übertragenen Finanzinstrumente. Dieses Risiko ist durch Sicherheitsleistungen in Form von Bargeld und Wertpapieren, die täglich aktualisiert werden, abgedeckt.

Die Finanzinstrumente werden nicht ausgebucht und sind in der Bilanz in den Posten Finanzanlagen bzw. erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte enthalten. Die Buchwerte der in Pension gegebenen Wertpapiere stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Wertpapierpensionsgeschäfte	593,8	571,1
Finanzanlagen (AFS)	234,2	364,8
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte	359,6	206,4

Die Buchwerte der Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften betragen 605,8 Mio. Euro (Vorjahr 590,6 Mio. Euro) und werden im Posten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bzw. gegenüber Kunden ausgewiesen. Die Buchwerte entsprechen dem Fair Value. Die sich ergebende Nettoposition beträgt 12,0 Mio. Euro (Vorjahr –19,5 Mio. Euro).

Zur Absicherung der Nettoposition hat der Konzern Barsicherheiten von 0,4 Mio. Euro (Vorjahr 0,8 Mio. Euro). Darüber hinaus hat der Konzern Barsicherheiten von 1,4 Mio. Euro (Vorjahr 0,0 Mio. Euro) sowie Wertpapiersicherheiten mit einem Marktwert von 0,0 Mio. Euro (Vorjahr 0,7 Mio. Euro) gestellt.

Die Verbindlichkeiten sowie die erhaltenen Sicherheiten dienen als Sicherheit für das Kontrahentenrisiko der Rückübertragung der übertragenen Finanzinstrumente. Während des Übertragungszeitraums hat die IBB keine Verfügungsgewalt über die Finanzinstrumente.

Im Konzern waren zum Stichtag 31. Dezember 2016 keine Schuldverschreibungen im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften in Pension genommen (Reverse-Repo-Geschäfte). Zum Stichtag 31. Dezember 2015 waren Schuldverschreibungen mit einem Zeitwert von 10,0 Mio. Euro im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften in Pension genommen. Der Buchwert der Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften betrug 10,0 Mio. Euro und wird im Posten Forderungen an Kreditinstitute ausgewiesen.

Für alle Wertpapierpensionsgeschäfte werden standardisierte Rahmenverträge, die im internationalen Bankgeschäft üblich sind, verwendet.

(64) Sicherungsleistungen

a) gestellte Sicherheiten

Für die Besicherung von Kreditgeschäften mit Notenbanken wurden Sicherheiten mit folgenden Buchwerten gestellt:

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Sicherungsleistungen	3.444,5	3.388,1
Forderungen an Kunden	173,5	265,5
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte	2.045,7	1.935,1
Finanzanlagen	1.225,2	1.187,5

Hierbei handelt es sich um verpfändete Wertpapiere sowie um Schuldscheindarlehen und Kreditforderungen, die im Rahmen des Krediteinreichungsverfahrens (KEV) an die Deutsche Bundesbank abgetreten wurden.

Die gestellten Sicherheiten dienen im Wesentlichen der Besicherung von Offenmarktgeschäften mit dem ESZB im Rahmen des sogenannten Poolverfahrens. Zum Bilanzstichtag hatte der Konzern Verbindlichkeiten aus Offenmarktgeschäften von 0,0 Mio. Euro (Vorjahr 0,0 Mio. Euro).

Wertpapiere mit einem Buchwert von 153,1 Mio. Euro (Vorjahr 178,7 Mio. Euro) dienten als Sicherheit für eine Einlage der Deutschen Bundesbank mit einem Buchwert von 60,0 Mio. Euro (Vorjahr 150,0 Mio. Euro).

Für derivative Geschäfte mit zentralen Kontrahenten sowie mit Kontrahenten, mit denen eine Besicherungsvereinbarung besteht, hat der Konzern zum Bilanzstichtag Barsicherheiten von 268,5 Mio. Euro (Vorjahr 245,7 Mio. Euro) gestellt.

Der Konzern hatte im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Verbindlichkeiten aus gedeckten Schuldverschreibungen.

b) erhaltene Sicherheiten, für die auch ohne Zahlungsverzug keine Verfügungs- und Verwertungsbeschränkungen bestehen

Bezüglich der im Zusammenhang mit Wertpapierpensionsgeschäften erhaltenen Sicherheiten verweisen wir auf die Angabe (63).

Im Rahmen von derivativen Geschäften mit zentralen Kontrahenten sowie mit Kontrahenten, mit denen eine Besicherungsvereinbarung besteht, hat der Konzern zum Bilanzstichtag Barsicherheiten mit einem beizulegenden Zeitwert von 164,1 Mio. Euro (Vorjahr 57,9 Mio. Euro) erhalten. Der Konzern tätigt diese Geschäfte auf Basis standardisierter Rahmenverträge (vgl. Angabe (65)). Es bestehen keine Verfügungs- und Verwertungsbeschränkungen.

(65) Saldierung von Finanzinstrumenten

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten werden saldiert und als Nettobetrag in der Bilanz ausgewiesen, wenn zum gegenwertigen Zeitpunkt ein Rechtsanspruch darauf besteht, die erfassten Beträge miteinander zu verrechnen, und die Absicht besteht, den Ausgleich auf Nettobasis herbeizuführen oder gleichzeitig mit der Realisierung des betreffenden Vermögenswertes die dazugehörige Verbindlichkeit abzulösen.

Nachfolgend sind sowohl die bilanzierten Finanzinstrumente dargestellt, die zum Bilanzstichtag saldiert wurden, als auch Finanzinstrumente, die einer rechtlich durchsetzbaren Globalverrechnungsvereinbarung unterliegen, unabhängig davon, ob die betreffenden Finanzinstrumente in der Bilanz tatsächlich saldiert wurden. Im Konzern gebräuchliche Rahmenverträge für OTC-Geschäfte sind der Rahmenvertrag für Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos), der Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte (DRV) sowie der ISDA Rahmenvertrag für Swaps. Diese sehen eine Verrechnung der gegenseitigen Ansprüche und Verpflichtungen nur im Fall der auf bestimmten Ereignissen beruhenden Kündigung sämtlicher Einzelgeschäfte unter einem Rahmenvertrag vor und berechtigen daher nicht zu einer Saldierung der bilanzierten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten.

Für bestimmte OTC-Derivate hat die Investitionsbank Berlin Clearing-Vereinbarungen mit Brokern abgeschlossen, die ihr den Zugang zu zentralen Gegenparteien (Clearingstellen) ermöglichen. Durch den sukzessiven Aufbau des Portfolios der unter diese Vereinbarungen fallenden Geschäfte wird die Bedeutung dieser Geschäfte für die Investitionsbank Berlin voraussichtlich in der Zukunft zunehmen. Die vertraglichen Regelungen beinhalten für diese Geschäfte einen jederzeit durchsetzbaren Rechtsanspruch zur Verrechnung der finanziellen Vermögenswerte und der finanziellen Verbindlichkeiten und führen somit in Übereinstimmung mit IAS 32.42 zu einer bilanziellen Saldierung der positiven und negativen Marktwerte der derivativen Finanzinstrumente und der gestellten und erhaltenen Sicherheiten.

Darüber hinaus ist in der Tabelle der Fair Value der in diesem Zusammenhang erhaltenen beziehungsweise gestellten Sicherheiten angegeben. Diese umfassen sowohl Barsicherheiten als auch als Sicherheiten erhaltene beziehungsweise gestellte Finanzinstrumente.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten Angaben zur Saldierung per **31. Dezember 2016**:

Aktiva in Mio. Euro	Derivate	Reverse Repos	Gesamt
Bruttobetrag der bilanzierten Vermögenswerte	676,2	0,0	676,2
Betrag der saldierten bilanzierten Finanzinstrumente (Passiv)	- 0,6	0,0	- 0,6
Bilanzierter Nettobetrag	675,6	0,0	675,6
Betrag der nicht saldierten bilanzierten Finanzinstrumente (Passiv)	- 470,9	0,0	- 470,9
Erhaltene Finanzsicherheiten	- 164,1	0,0	- 164,1
Nettobetrag	40,6	0,0	40,6

Passiva in Mio. Euro	Derivate	Repos	Gesamt
Bruttobetrag der bilanzierten Verbindlichkeiten	765,3	605,8	1.371,1
Betrag der saldierten bilanzierten Finanzinstrumente (Aktiv)	- 0,6	0,0	- 0,6
Bilanzierter Nettobetrag	764,7	605,8	1.370,5
Betrag der nicht saldierten bilanzierten Finanzinstrumente (Aktiv)	- 470,9	0,0	- 470,1
Gestellte Finanzsicherheiten	- 268,5	- 594,8	- 863,3
Nettobetrag	25,3	10,9	36,3

Die nachfolgenden Tabellen enthalten Angaben zur Saldierung per 31. Dezember 2015:

Aktiva in Mio. Euro	Derivate	Reverse Repos	Gesamt
Bruttobetrag der bilanzierten Vermögenswerte	679,7	10,0	689,7
Betrag der saldierten bilanzierten Finanzinstrumente (Passiv)	0,0	0,0	0,0
Bilanzierter Nettobetrag	679,7	10,0	689,7
Betrag der nicht saldierten bilanzierten Finanzinstrumente (Passiv)	- 481,6	0,0	- 481,6
Erhaltene Finanzsicherheiten	- 57,9	- 10,0	- 67,9
Nettobetrag	140,2	0,0	140,2

Passiva in Mio. Euro	Derivate	Repos	Gesamt
Bruttobetrag der bilanzierten Verbindlichkeiten	763,3	591,4	1.354,7
Betrag der saldierten bilanzierten Finanzinstrumente (Aktiv)	0,0	0,0	0,0
Bilanzierter Nettobetrag	763,3	591,4	1.354,7
Betrag der nicht saldierten bilanzierten Finanzinstrumente (Aktiv)	- 481,6	0,0	- 481,6
Gestellte Finanzsicherheiten	- 245,7	- 571,8	- 817,5
Nettobetrag	36,1	19,5	55,6

(66) Nachrangige Vermögenswerte

In den Bilanzposten sind nachrangige Vermögenswerte in folgender Höhe enthalten:

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Nachrangige Vermögenswerte	1.018,8	1.171,6
Forderungen an Kunden	1.015,9	1.170,4
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte	2,9	1,1

Bei den in den Forderungen an Kunden enthaltenen nachrangigen Vermögenswerten handelt es sich im Wesentlichen um Erklärungen nach § 88 Abs. 3 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes.

(67) Derivative Geschäfte

Derivative Finanzinstrumente werden im IBB-Konzern ausschließlich zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt.

Die Darstellung der Nominalwerte sowie der positiven und negativen Marktwerte erfolgt auf Basis der Bruttowerte vor der bilanziellen Saldierung gemäß IAS 32.42.

Der Bestand an derivativen Finanzinstrumenten setzt sich nach Produkten wie folgt zusammen:

in Mio. Euro	Nominalwert		positive Marktwerte		negative Marktwerte	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Zinsswaps	15.255,9	15.462,6	675,6	679,7	764,7	763,3
FRAs	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Caps/Floors	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	15.255,9	15.462,6	675,6	679,7	764,7	763,3

Nach Kontrahenten ergibt sich folgende Aufgliederung:

in Mio. Euro	Nominalwert		positive Marktwerte		negative Marktwerte	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Banken OECD	14.910,3	15.256,3	646,4	659,6	747,5	748,4
Öffentliche Stellen OECD	140,0	140,0	14,1	16,3	13,5	14,8
Sonstige Kontrahenten	205,5	66,2	15,8	3,8	4,3	0,0
Gesamt	15.255,9	15.462,6	676,2	679,7	765,3	763,3

Die Gliederung nach Restlaufzeiten ergibt folgendes Bild:

in Mio. Euro	Nominalwert	
	31.12.2016	31.12.2015
bis 3 Monate	540,9	372,4
3 Monate bis 1 Jahr	843,9	2.046,8
1 Jahr bis 5 Jahre	7.247,5	6.380,7
über 5 Jahre	6.623,6	6.662,6
Gesamt	15.255,9	15.462,6

(68) Zeit- und Buchwerte nach Klassen und Bewertungskategorien

Der Zeitwert (Fair Value) ist der Betrag, zu dem sachverständige, vertragswillige und voneinander unabhängige Geschäftspartner einen Vermögenswert tauschen oder eine Schuld begleichen.

Der folgenden Tabelle sind die Buch- und Zeitwerte der Finanzinstrumente zu entnehmen.

Die Gliederung erfolgt entsprechend der Bewertungskategorien gemäß IAS 39 und auf der zweiten Ebene anhand der jeweiligen Bilanzposten. Für eine bessere Vergleichbarkeit der Buchwerte mit den Zeitwerten wurden bei der Buchwertangabe zu den Forderungen an Kunden und den Forderungen an Kreditinstitute die Wertberichtigungen gekürzt. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

in Mio. Euro	31.12.2016		31.12.2015	
	Zeitwert	Buchwert	Zeitwert	Buchwert
AKTIVA				
Erfolgswirksam zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte (AFV)	3.606,6	3.606,6	3.587,1	3.587,1
Positive Marktwerte aus Hedge-Derivaten	0,0	0,0	0,2	0,2
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Unterkategorie HfT)	675,6	675,6	679,5	679,5
Zum Zeitwert designierte Finanzinstrumente (FVO)	2.931,0	2.931,0	2.907,4	2.907,4
Forderungen an Kreditinstitute	0,0	0,0	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	88,0	88,0	90,7	90,7
Finanzanlagen	2.842,9	2.842,9	2.816,7	2.816,7
Anleihen und Schuldverschreibungen	2.748,8	2.748,8	2.728,2	2.728,2
Beteiligungsportfolios	94,1	94,1	88,5	88,5
Kredite und Forderungen (LAR)	14.086,9	13.264,0	15.123,5	14.343,5
Barreserve	26,7	26,7	15,4	15,4
Forderungen an Kreditinstitute	1.892,5	1.892,2	2.037,5	2.028,3
Forderungen an Kunden	12.164,0	11.341,3	13.065,2	12.255,1
Sonstige Aktiva	3,6	3,6	5,4	5,4
Zur Veräußerung verfügbare Finanzinstrumente (AFS)	1.560,5	1.560,5	1.653,3	1.653,3
Finanzanlagen	1.560,5	1.560,5	1.653,3	1.653,3
Anleihen und Schuldverschreibungen	1.557,4	1.557,4	1.650,5	1.650,5
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2,7	2,7	2,5	2,5
Anteile an assoziierten, nicht at-equity bewerteten Unternehmen	0,2	0,2	0,1	0,1
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	0,2	0,2	0,2	0,2
Beteiligungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Aktiva	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	19.253,9	18.431,0	20.363,9	19.544,7

in Mio. Euro	31.12.2016		31.12.2015	
	Zeitwert	Buchwert	Zeitwert	Buchwert
PASSIVA				
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten (LAC)	14.746,2	14.811,8	15.079,4	15.481,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.540,0	3.481,4	3.093,9	3.056,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5.242,6	5.418,3	5.843,8	6.327,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.944,2	5.892,7	6.122,7	6.078,3
Sonstige Passiva	19,4	19,4	18,9	18,9
Nachrangkapital	0,0	0,0	0,0	0,0
Erfolgswirksam zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen (LFV)	2.316,4	2.316,4	2.891,9	2.891,9
Negative Marktwerte aus Hedge-Derivaten	189,0	189,0	139,2	139,2
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Unterkategorie HfT)	575,6	575,6	624,0	624,0
Zum Zeitwert designierte Finanzinstrumente (FVO)	1.551,7	1.551,7	2.128,7	2.128,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	465,2	465,2	789,1	789,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	883,2	883,2	961,6	961,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	203,3	203,3	378,0	378,0
Nachrangkapital	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	17.062,6	17.128,2	17.971,3	18.373,4

Die Fair Values bestimmter zu Nominalwerten bilanzierter Finanzinstrumente entsprechen nahezu ihren Buchwerten. Hierunter fällt etwa die Barreserve. Bei den übrigen Forderungen und Verbindlichkeiten werden die zukünftig erwarteten Cashflows mit aktuellen Zinssätzen unter Berücksichtigung der jeweiligen Credit Spreads auf den Barwert diskontiert.

Für die an Börsen gehandelten Wertpapiere sowie bei börsennotierten Schuldtiteln wird auf quotierte Marktpreise zurückgegriffen.

Unter den Forderungen an Kunden werden Aufwendungsdarlehen mit einem Buchwert in Höhe von 2.737,8 Mio. Euro (Vorjahr 3.307,8 Mio. Euro) und einem Zeitwert in Höhe von 2.861,0 Mio. Euro (Vorjahr 3.045,3 Mio. Euro) ausgewiesen. Bei den Aufwendungsdarlehen handelt es sich um Förderdarlehen im Segment Immobilienförderung. Die Darlehen werden in der Regel über einen Zeitraum von 15 Jahren ausbezahlt. Nach einer Ruhephase von 15 Jahren beginnt die Rückzahlung, wobei sich die Konditionen nach der Wirtschaftlichkeit der finanzierten Objekte richten. Zum Bilanzstichtag befanden sich Aufwendungsdarlehen mit einem Restkapital in Höhe von 1.583,5 Mio. Euro (Vorjahr 1.761,6 Mio. Euro) noch nicht in der Rückzahlungsphase. Die Aufwendungsdarlehen sind im Wesentlichen durch die Darlehensverbindlichkeit gemäß § 1 des Grundvertrages mit dem Land Berlin refinanziert.

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden wird die Darlehensverbindlichkeit gegenüber dem Land Berlin gemäß § 1 des Grundvertrages mit dem Land Berlin mit einem Buchwert

in Höhe von 2.935,6 Mio. Euro (Vorjahr 3.497,9 Mio. Euro) sowie die Darlehensverbindlichkeit gegenüber dem Land Berlin für die Förderprogramme im Städtebaulichen Denkmalschutz mit einem Buchwert in Höhe von 34,7 Mio. Euro (Vorjahr 36,7 Mio. Euro) ausgewiesen. Die Darlehensverbindlichkeiten dienen der Refinanzierung von Förderdarlehen im Segment Immobilienförderung und werden nach den von der IBB erzielten Zins- und Tilgungsaufkommen aus den Förderdarlehen verzinst und getilgt. Für die Darlehensverbindlichkeiten gegenüber dem Land Berlin ergibt sich ein Zeitwert in Höhe von 2.562,1 Mio. Euro (Vorjahr 2.821,1 Mio. Euro). Weitere Angaben zu den Darlehensverbindlichkeiten gegenüber dem Land Berlin werden bei der Bilanzposition Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (55) gemacht.

(69) Ergebnis nach Bewertungskategorien

Die Nettoergebnisse der einzelnen Bewertungskategorien ergeben sich wie folgt:

2016 in Mio. Euro	LAR	LAC	AFS	FVO	HfT	Ohne IAS 39-Kategorie	Gesamt
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	5,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	5,0
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	50,2	0,0	0,0	0,0	0,0	-49,0	1,2
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	0,0	0,0	0,0	-11,3	21,9	0,0	10,7
Ergebnis aus Finanzanlagen	0,0	0,0	0,5	0,0	0,0	0,0	0,5
Sonstiges betriebliches Ergebnis	0,0	-0,2	0,0	0,1	0,0	0,0	-0,1
Im Eigenkapital erfasste Bewertungseffekte	0,0	0,0	1,6	0,0	0,0	0,0	1,6
Gesamt	55,2	-0,2	2,1	-11,2	21,9	-49,0	18,8

2015 in Mio. Euro	LAR	LAC	AFS	FVO	HfT	Ohne IAS 39-Kategorie	Gesamt
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	12,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	12,7
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-38,9	0,0	0,0	0,0	0,0	39,6	0,7
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	0,0	0,0	0,0	45,0	16,6	0,0	61,6
Ergebnis aus Finanzanlagen	0,0	0,0	8,5	0,0	0,0	0,0	8,5
Sonstiges betriebliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,2
Im Eigenkapital erfasste Bewertungseffekte	0,0	0,0	-13,9	0,0	0,0	0,0	-13,9
Gesamt	-26,2	0,0	-5,4	45,2	56,2	39,6	69,8

Das ausgewiesene sonstige betriebliche Ergebnis betrifft Abgangsergebnisse (Kategorie LAC) bzw. gebildete Wertberichtigungen auf sonstige Forderungen.

Für finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum Zeitwert bewertet werden, ergeben sich folgende Gesamtzinserträge und Gesamtzinsaufwendungen:

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Zinsaufwendungen	75,9	102,7
Zinserträge	259,5	322,0

(70) Bewertungsverfahren bei der Ermittlung von Zeitwerten

Die Buchwerte der in der Bilanz zum Zeitwert angesetzten Finanzinstrumente wurden mittels folgender Stufen der Bewertungshierarchie ermittelt:

in Mio. Euro	Level 1		Level 2		Level 3		Gesamt	
	Quotierte Marktpreise		Bewertung basierend auf beobachtbaren Marktdaten		Bewertung nicht basierend auf beobachtbaren Marktdaten			
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Positive Marktwerte Hedge-Derivate	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,0	0,2
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte								
Zum Zeitwert designierte Finanzinstrumente (FVO)								
Forderungen an Kreditinstitute	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	88,0	90,7	0,0	0,0	88,0	90,7
Finanzanlagen	0,0	0,0	2.836,6	2.810,9	5,8	5,8	2.842,9	2.816,7
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Unterkategorie HFT)	0,0	0,0	675,6	679,5	0,0	0,0	675,6	679,5
Finanzanlagen (AFS)								
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0,0	0,0	1.557,4	1.650,5	0,0	0,0	1.557,4	1.650,5
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,0	0,0	0,0	0,0	2,7	2,5	2,7	2,5
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,2	0,2	0,2
Anteile an assoziierten, nicht at-equity bewerteten Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,1	0,2	0,1
Beteiligungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Negative Marktwerte Hedge-Derivate (Unterkategorie Hft)	0,0	0,0	189,0	139,2	0,0	0,0	189,0	139,2
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Ver- pflichtungen								
Zum Zeitwert designierte Finanzinstrumente (FVO)								
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,0	0,0	465,2	789,1	0,0	0,0	465,2	789,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0,0	0,0	883,2	961,6	0,0	0,0	883,2	961,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	0,0	0,0	203,3	378,0	0,0	0,0	203,3	378,0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Unterkategorie HFT)	0,0	0,0	575,6	624,0	0,0	0,0	575,6	624,0

Unabhängig vom tatsächlichen Zeitpunkt des Ereignisses, das die Umgliederung verursacht hat, werden die Umgliederungen immer zum Ende der Berichtsperiode erfasst.

Aufgrund des geringen Volumens der dem Level 3 zugeordneten Finanzinstrumente von 8,9 Mio. Euro (Vorjahr 8,6 Mio. Euro) wird auf eine Offenlegung der Sensitivitätsanalyse der nicht beobachtbaren Inputfaktoren wegen Unwesentlichkeit verzichtet.

Die Überleitungsrechnung für Finanzinstrumente, deren Fair Value-Bewertung im Level 3 erfolgt, stellt sich wie folgt dar:

in Mio. Euro	Beteiligungen (AFV)
Stand zum 01.01.2015	4,6
Verkäufe	0,0
Käufe	0,6
Gewinn/Verlust	
in der Gewinn- und Verlustrechnung	-5,2
im sonstigen Gesamtergebnis	0,0
Umgliederungen in Level 3 im Berichtsjahr	5,8
Umgliederungen aus Level 3 im Berichtsjahr	0,0
Stand zum 31.12.2015	5,8
Verkäufe	0,0
Käufe	1,2
Gewinn/Verlust	
in der Gewinn- und Verlustrechnung	-8,0
im sonstigen Gesamtergebnis	0,0
Umgliederungen in Level 3 im Berichtsjahr	7,5
Umgliederungen aus Level 3 im Berichtsjahr	-0,7
Stand zum 31.12.2016	5,8
Gewinn/Verlust von zum 31.12.2015 bilanzierten Beständen	-5,2
Gewinn/Verlust von zum 31.12.2016 bilanzierten Beständen	-8,0

Bei den erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten des Levels 3 handelt es sich ausschließlich um Beteiligungen der in den Konzernabschluss einbezogenen VC-Gesellschaften. Die Umgliederungen in das Level 3 erfolgten bei der Berücksichtigung von Ab- bzw. Zuschlägen im Rahmen der Bewertung der Beteiligungen, beispielsweise mangels aktueller Daten aus Finanzierungsrunden, sowie bei einer vollständigen Abschreibung im Falle einer drohenden Insolvenz. Für die aus dem Level 3 umgelierten Beteiligungen konnte auf den Ansatz von Ab- bzw. Zuschlägen verzichtet werden.

in Mio. Euro	Tochterunter- nehmen (AFS)	Assoziierte Unternehmen (AFS)	Beteiligungen (AFS)	Aktien und andere nicht festverzins- liche Wertpapiere (AFS)
Stand zum 01.01.2015	0,2	0,1	1,7	0,0
Verkäufe	0,0	0,0	0,0	0,0
Käufe	0,0	0,0	0,0	0,9
Gewinn/Verlust				
in der Gewinn- und Verlustrechnung	0,0	0,0	0,0	0,0
im sonstigen Gesamtergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0
Umgliederungen in Level 3 im Berichtsjahr	0,0	0,0	0,0	1,7
Umgliederungen aus Level 3 im Berichtsjahr	0,0	0,0	- 1,7	0,0
Stand zum 31.12.2015	0,2	0,1	0,0	2,5
Verkäufe	0,0	0,0	0,0	0,0
Käufe	0,0	0,0	0,0	0,0
Neuemissionen / -platzierungen	0,0	0,0	0,0	0,4
Gewinn/Verlust				
in der Gewinn- und Verlustrechnung	0,0	0,0	0,0	- 0,2
im sonstigen Gesamtergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0
Umgliederungen in Level 3 im Berichtsjahr	0,0	0,1	0,0	0,0
Umgliederungen aus Level 3 im Berichtsjahr	0,0	0,0	0,0	0,0
Stand zum 31.12.2016	0,2	0,2	0,0	2,7
Gewinn/Verlust von zum 31.12.2015 bilanzierten Beständen	0,0	0,0	0,0	0,0
Gewinn/Verlust von zum 31.12.2016 bilanzierten Beständen	0,0	0,0	0,0	- 0,2

Für Finanzinstrumente, die nicht zum Zeitwert bilanziert werden, ergibt sich die folgende Aufteilung nach Bewertungsverfahren:

in Mio. Euro	Level 1		Level 2		Level 3	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
AKTIVA						
Kredite und Forderungen (LAR)	0,0	0,0	1.519,5	1.618,2	12.567,4	13.505,4
Barreserve	0,0	0,0	26,7	15,4	0,0	0,0
Forderungen an Kreditinstitute	0,0	0,0	1.489,1	1.444,3	403,4	593,2
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	153,0	12.164,0	12.912,2
Sonstige Aktiva	0,0	0,0	3,6	5,4	0,0	0,0
PASSIVA						
zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten (LAC)	0,0	0,0	12.225,3	12.311,0	2.520,8	2.768,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,0	0,0	3.540,0	3.093,9	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0,0	0,0	2.721,8	3.075,5	2.520,8	2.768,3
Verbriefte Verbindlichkeiten	0,0	0,0	5.944,2	6.122,7	0,0	0,0
Sonstige Passiva	0,0	0,0	19,4	18,9	0,0	0,0

(71) Erfolgswirksam zum Zeitwert bewertete Kredite und Forderungen und finanzielle Verbindlichkeiten

Der Konzern hat Kredite und Forderungen der Kategorie AFV zugeordnet. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Schuldscheindarlehen, die in ökonomischen Sicherungsbeziehungen mittels derivativer Finanzinstrumente gegen Zinsänderungsrisiken abgesichert werden.

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Maximales Ausfallrisiko von erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Krediten und Forderungen	88,0	90,7
Forderungen an Kunden	88,0	90,7

Das maximale Ausfallrisiko entspricht dem Buchwert.

Daneben wurden finanzielle Verbindlichkeiten der Kategorie LFV zugeordnet. Hierbei handelt es sich um Namenspapiere und Emissionen, die in ökonomischen Sicherungsbeziehungen mittels derivativer Finanzinstrumente gegen Zinsänderungsrisiken abgesichert werden.

Aus der Änderung des Kreditrisikos resultierten Änderungen der Zeitwerte in folgender Höhe:

in Mio. Euro	Berichtszeitraum		Kumuliert	
	2016	2015	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen an Kunden	0,2	0,2	1,3	1,1
Finanzielle Verbindlichkeiten	-9,8	7,9	4,9	15,8

Die Ermittlung des Anteils der Änderungen der Zeitwerte, die auf Änderungen des Kreditrisikos zurückzuführen sind, erfolgt durch Erhebung der Änderungen der Zeitwerte, die nicht auf Änderungen der Marktbedingungen zurückzuführen sind.

Die folgende Übersicht enthält die Buchwerte (ohne anteilige Zinsen zum Stichtag) und die vertraglich bedingten, bei Fälligkeit zu zahlenden Beträge von erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Verpflichtungen:

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Zeitwert (Buchwert)	1.523,2	2.086,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	454,2	770,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	869,0	944,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	200,0	372,0
Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit	1.291,4	1.850,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	419,0	721,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	682,4	774,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	190,0	355,0

Sonstige Angaben

(72) Eigenkapitalmanagement

Das Eigenkapitalmanagement der IBB umfasst die Planung und Steuerung der aufsichtsrechtlichen und ökonomischen Eigenmittel der Bank, die Kapitalallokation, die Überwachung und Steuerung der Risikoposition und die Einhaltung der Risikolimits.

Im Einklang mit den MaRisk müssen die wesentlichen Risiken der Bank durch das Risikodeckungspotenzial fortlaufend abgedeckt sein, damit die Risikotragfähigkeit mit dem Ziel einer dem spezifischen Risikoprofil der Bank angepassten Risiko- und Kapitalsteuerung gegeben ist. Die Bestimmung der Risikotragfähigkeit erfolgt in der IBB in wertorientierter (ökonomischer) sowie GuV-orientierter Sichtweise unter Berücksichtigung der regulatorischen Eigenkapitalausstattung.

Zur fortlaufenden Sicherstellung der Risikotragfähigkeit wurden entsprechend der beabsichtigten Kapitalallokation der IBB Risikolimits für die Verlustrisiken festgelegt. Das Limitsystem ist dabei so gestaltet, dass durch das Einhalten der wertorientierten Risikolimits auch die regulatorischen Anforderungen eingehalten werden. Alle das Risikoprofil der Bank betreffenden Entscheidungen oder Festlegungen orientieren sich an der Risikotragfähigkeit der IBB.

Die Zielfunktion der wertorientierten Risikotragfähigkeit ist die Steuerung des Risikokapitals zur Sicherstellung eines langfristigen Going-Concern der Bank. Zur Bestimmung der wertorientierten Risikotragfähigkeit wird regelmäßig das Verlustrisiko ermittelt und dem Risikodeckungspotenzial gegenübergestellt.

(73) Bankaufsichtsrechtliches Eigenkapital

Die Ermittlung der zusammengefassten bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel der IBB-Institutsguppe erfolgt auf Basis des IFRS-Konzernabschlusses nach den Vorschriften des Artikels 72 CRR i.V.m. Artikel 18 CRR.

Die folgende Tabelle zeigt die Höhe und die Zusammensetzung der Eigenmittel der Institutsguppe am 31. Dezember 2016 im Vergleich zum 31. Dezember 2015 (Stand bei Geschäftsschluss vor Feststellung der Einzelabschlüsse nach nationaler Rechnungslegung).

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Posten des harten Kernkapitals/Bilanzielles Eigenkapital		
Eingezahlte Kapitalinstrumente (Grundkapital)	300,0	300,0
Sonstige Rücklagen	656,0	607,3
Neubewertungsrücklage	2,7	1,1
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	11,1	- 116,8
Jahresergebnis	127,4	211,4
Hartes Kernkapital vor regulatorischen Anpassungen	1.097,2	1.003,0
Anpassungen des harten Kernkapitals (Prudential Filters)		
Jahresergebnis	- 127,4	- 211,4
Immaterielle Vermögensgegenstände	- 1,5	- 2,0
Beteiligungen an Unternehmen der Finanzbranche	- 2,9	- 2,6
Nicht realisierte Gewinne und Verluste (§§ 24, 25 SolvV)	- 1,1	- 0,7
Prudent Valuation Art. 34, 105 CRR (einfacher Ansatz)	- 7,5	- 8,1
Eigenbonitätsveränderungen Art 33b, c CRR	0,0	0,0
Regulatorische Anpassungen des harten Kernkapitals	- 140,4	- 224,8
Hartes Kernkapital (Art. 50 CRR)	956,8	778,2
Zusätzliches Kernkapital (Art. 61 CRR)	0,0	0,0
Kernkapital (Art. 25 CRR)	956,8	778,2
Ergänzungskapital (Art. 71 CRR)	0,0	0,0
Eigenmittel (Art. 72 CRR)	956,8	778,2

Das Jahresergebnis für die IBB-Gruppe enthält auch den ausschüttungsfähigen HGB-Bilanzgewinn des IBB-Einzelinstituts in Höhe von 23,8 Mio. Euro (Vorjahr: 78,5 Mio. Euro). Von dem Ergebnis werden voraussichtlich 2,8 Mio. Euro an den Anteilseigner abgeführt. Mit Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2016 sowie Beschluss über die Gewinnverwendung werden damit voraussichtlich 124,6 Mio. Euro in den IFRS-Eigenmitteln verbleiben und sowohl das bilanzielle als auch das aufsichtsrechtliche Eigenkapital deutlich stärken.

Die IBB-Gruppe ist nach der CRR verpflichtet, ihre Adressenausfallrisiken und Marktpreisrisiken sowie das operationelle Risiko zu quantifizieren und mit Eigenmitteln zu unterlegen. Seit dem Jahr 2016 sind zusätzlich Eigenmittel zur Einhaltung der Kapitalpufferanforderungen nach CRD i.V.m. dem KWG vorzuhalten. Zum Bilanzstichtag ergaben sich folgende Kapitalanforderungen und Kennziffern:

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Adressenausfallrisiken	382,9	364,1
Marktpreisrisiken (nur CVA)	28,3	24,6
Operationelle Risiken	5,1	9,6
Kapitalanforderungen	416,3	398,3
Kapitalpufferanforderungen	33,1	-
Kernkapitalquote in %	18,4	15,6
Gesamtkennziffer in %	18,4	15,6

Gemäß der CRR i.V.m. der Solvabilitätsverordnung darf die harte Kernkapitalquote (hartes Kernkapital/gewichtete Risikoaktiva) 4 %, die Kernkapitalquote (Kernkapital/gewichtete Risikoaktiva) 5,5 % und die Gesamtkapitalquote (haftendes Eigenkapital/gewichtete Risikoaktiva) bzw. die Gesamtkennziffer (anrechenbare Eigenmittel/Summe aus den gewichteten Risikoaktiva und dem Anrechnungsbetrag der operationellen Risiken) 8 % nicht unterschreiten. Darüber hinaus sind zusätzliche Kapitalpufferanforderungen zu erfüllen. Die IBB-Gruppe unterliegt zum 31. Dezember 2016 einem aufsichtsrechtlich vorgegebenen Kapitalerhaltungspuffer in Höhe von 0,625 % der gesamten gewichteten Risikoaktiva (RWA) sowie einem institutsspezifischen antizyklischen Kapitalpuffer in Höhe von 0,01% der RWA. Diese aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen wurden im Berichtsjahr stets eingehalten.

(74) Finanzgarantien und andere Verpflichtungen

Die in der Übersicht angegebenen Finanzgarantien und Kreditzusagen stellen die Nominalwerte der jeweils eingegangenen Verpflichtungen abzüglich der in der Bilanz ausgewiesenen Risikovorsorge dar.

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Finanzgarantien	137,3	110,0
Kreditbürgschaften, Ausfallgarantien und sonstige Gewährleistungen	137,3	110,0
Andere Verpflichtungen	809,1	428,5
Unwiderrufliche Kreditzusagen	809,1	428,5
Gesamt	946,4	538,5

Bei den außerbilanziellen Verpflichtungen des IBB-Konzerns handelt es sich im Wesentlichen um potenzielle zukünftige Verbindlichkeiten des Konzerns, die aus eingeräumten, jedoch noch nicht in Anspruch genommenen Kreditzusagen erwachsen. Die Betragsangaben spiegeln die möglichen Verpflichtungen bei der vollständigen Ausnutzung der eingeräumten Kreditzusagen wider.

(75) Treuhandgeschäfte und Verwaltungsgeschäfte

Die IBB verwaltet Treuhandvermögen für die Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und für das Land Berlin.

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Land Berlin	116,5	97,5
EFRE-Mittel	91,9	93,0
Kreditanstalt für Wiederaufbau	0,0	0,1
Gesamt	208,4	190,6

Diese in der Bilanz nicht ausgewiesenen Treuhandgeschäfte setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Treuhandvermögen	208,4	190,6
Forderungen an Kunden	169,4	145,9
Wohnungsbau	46,5	34,4
Wirtschaftsförderung	122,9	111,5
Beteiligungen	39,0	44,7
Wirtschaftsförderung	39,0	44,7
Treuhandverbindlichkeiten	208,4	190,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,0	0,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	208,4	190,5

Daneben verwaltet die IBB im Rahmen von Förderprogrammen im Namen und für Rechnung des Landes Berlin Verwaltungsbürgschaften in Höhe von 804,6 Mio. Euro (Vorjahr 959,0 Mio. Euro). Verwaltungskredite waren wie im Vorjahr nicht im Bestand.

(76) Angaben zu Leasingverhältnissen

Der IBB-Konzern als Leasingnehmer

In den folgenden Jahren sind aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen folgende Mindestleasingzahlungen zu leisten:

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
bis 1 Jahr	0,1	0,1
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	0,1	0,0
mehr als 5 Jahre	0,0	0,0
Gesamt	0,2	0,1

Die erfolgswirksam erfassten Mindestleasingzahlungen betrugen 0,2 Mio. Euro (Vorjahr 0,3 Mio. Euro).

Der IBB-Konzern als Leasinggeber

In den folgenden Jahren werden aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen folgende Mindestleasingzahlungen erwartet:

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
bis 1 Jahr	0,2	0,0
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2,6	0,0
mehr als 5 Jahre	0,0	0,0
Gesamt	2,8	0,1

(77) Sonstige Haftungsverhältnisse

Die **Detailvereinbarung** vom 16. April 2002 zwischen den ehemaligen Konzerngesellschaften der Bankgesellschaft und dem Land Berlin, die nach Maßgabe des § 45 der Zuständigkeits- und Verfahrensordnung in Teilen auch für die verselbstständigte IBB gilt, sieht für bestimmte Sachverhalte eine gesamtschuldnerische Haftung der Gesellschaften gegenüber dem Land Berlin vor. Im Innenverhältnis wird die Haftungsverteilung zwischen den Gesellschaften durch die Innenausgleichsvereinbarung vom 30. August 2002 geregelt, der die IBB am 10. August 2004 beigetreten ist. Nach dieser Vereinbarung richtet sich die Haftung nach den konkreten Verursachungsbeiträgen der jeweiligen Gesellschaft, sodass einer als Gesamtschuldnerin in Anspruch genommenen Gesellschaft Ausgleichsansprüche zustehen, wenn die Haftung gegenüber dem Land auf Rechtsverhältnissen beruht, an denen sie nicht oder in geringerem Maße beteiligt ist. Konkret haftet die IBB daher z.B. nicht für Auskünfte zu Kreditverhältnissen oder Abführungsverpflichtungen von Konzerngesellschaften, sofern sie den Kredit nicht vergeben hat oder an der Gesellschaft nicht beteiligt ist.

Für die Übernahme der Risikoabschirmung war bis 2011 von der Landesbank Berlin Holding AG ein Festbetrag von jährlich 15,0 Mio. Euro an das Land Berlin zu zahlen. In 2012 wurde zwischen dem Land Berlin und der Bankgesellschaft Berlin (heute firmierend als Landesbank Berlin Holding AG) über die Höhe der ab 2012 zu zahlenden Avalprovision verhandelt. Da hierzu bislang keine Einigung erzielt werden konnte, bleibt es zunächst entsprechend der Detailvereinbarung bei dem bisherigen jährlichen Fixbetrag von 15 Mio. Euro.

Die Verteilung der Avalkosten ist ebenfalls in der Innenausgleichsvereinbarung vom 30. August 2002 in Verbindung mit der Ergänzungsvereinbarung vom 10. August 2004 geregelt. Danach beteiligt sich die IBB an den Kosten in der Höhe, die dem Anteil der von ihr ausgereichten Kredite an dem Gesamtvolumen der von der Kreditgarantie des Landes erfassten Kreditverhältnisse entspricht. Die Laufzeit der Garantie endet spätestens 30 Jahre nach Unterzeichnung der Detailvereinbarung.

Unter die Detailvereinbarung fallen in der Bilanz zum 31. Dezember 2016 als Kommunalkredite ausgewiesene Darlehen in Höhe von 1.066,1 Mio. Euro (Vorjahr 1.223,3 Mio. Euro), für die offene Auszahlungsverpflichtungen in Höhe von 168,1 Mio. Euro (Vorjahr 230,9 Mio. Euro) bestehen. Bürgschaften bestehen nicht (Vorjahr 5,7 Mio. Euro).

Zum Stichtag bestanden offene Einzahlungsverpflichtungen aus der Beteiligung an der IBB Technologie-Entwicklungs-Fonds GmbH & Co. KG in Höhe von 7,5 Mio. Euro (Vorjahr 7,7 Mio. Euro) sowie aus der Beteiligung an der Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG in Höhe von 1,2 Mio. Euro (Vorjahr 1,6 Mio. Euro). Für die offenen Einzahlungsverpflichtungen aus der Beteiligung an der IBB Technologie-Entwicklungs-Fonds GmbH & Co. KG besteht keine Rückstellung mehr (Vorjahr 50 Tsd. Euro).

(78) Anteilsbesitz und nicht beherrschende Anteile

Gesellschaft, Sitz	Anteile in Konzernbesitz in %	Ausüb bare Stimmrechte im Konzern in %	Eigenkapital in Tsd. Euro	Ergebnis in Tsd. Euro	Vom 31.12.2016 abw. JA
Konsolidierte Tochterunternehmen					
BTGI Berliner Trägergesellschaft für Gewerbe- Infrastrukturmaßnahmen mbH, Berlin	100,00	100,00	51	10	
IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	100,00	100,00	141.402	1.142	
Immobilien-gesellschaft Spreestadt- Wegelystraße mbH, Berlin	100,00	100,00	-5.733	1.017	
ipal Gesellschaft f. Patentverwertung Berlin mbH, Berlin	100,00	100,00	-10.527	907	
VC Fonds Berlin GmbH, Berlin	100,00	100,00	29.208	-455	
VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH, Berlin	100,00	100,00	41.436	-772	
VC Fonds Technologie Berlin GmbH, Berlin	100,00	100,00	74.297	-112	
Assoziierte Unternehmen – bewertet at-equity					
Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH, Berlin	31,51	31,51	1.476	25	
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen					
IBB Technologie-Entwicklungs-Fonds GmbH & Co. KG, Berlin ¹	100,00	100,00	526	-119	X
IBB Business Team GmbH, Berlin ¹	100,00	100,00	200	0	X
Assoziierte Unternehmen – nicht at equity-bewertet					
Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH, Potsdam ¹	50,00	50,00	64	0	X
BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin ¹	25,20	25,20	899	823	X
BerlinOnline Stadtportal- beteiligungsges. mbH, Berlin ¹	25,20	25,20	37	2	X
Berlin Tourismus & Kongress GmbH, Berlin ¹	25,00	20,60	811	36	X
Sonstige Beteiligungen der IBB					
Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG, Berlin ^{1,2}	19,92	20,00	12.806	-349	

¹ Jahresabschluss nach HGB² kein assoziiertes Unternehmen wegen des fehlenden maßgeblichen Einflusses (VC-Kapital, keine Mitwirkung an der Geschäfts- und Dividendenpolitik, keine faktische Einflussnahme. Widerlegung IAS 28.5)³ Für Beteiligungen der VC-Gesellschaften, die die Kriterien eines assoziierten Unternehmens erfüllen, wurde von der Ausnahmeregelung des IAS 28.18 Gebrauch gemacht.⁴ Ausweis im Bilanzposten Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte.⁵ Gesellschaft in 2016 gegründet⁶ Gesellschaft insolvent, seither keine Veröffentlichung von Jahresabschlüssen⁷ Angabe zum Eigenkapital aus 2014

k.A.: keine Angabe, da keine Veröffentlichungspflicht bei Beteiligungsunternehmen

Gesellschaft, Sitz	Anteile in Konzernbesitz in %	Ausüb bare Stimmrechte im Konzern in %	Eigenkapital in Tsd. Euro	Ergebnis in Tsd. Euro	Vom 31.12.2016 abw. JA
Beteiligungen der VC-Portfolios von mindestens 20 % ³					
ALRISE Biosystems GmbH, Berlin ¹	27,68	27,68	k.A.	k.A.	X
cloudControl GmbH, Berlin ⁶	24,51	24,51	k.A.	k.A.	X
CommitMed GmbH, Berlin ¹	29,63	29,63	– 217	k.A.	X
Cubico Media TV GmbH, Berlin ⁶	23,09	23,09	k.A.	k.A.	X
Geo-En Engergy Technologies GmbH ¹	32,10	32,10	464	k.A.	X
labfolder GmbH, Berlin ¹	22,81	22,81	k.A.	k.A.	X
Limmer Laser GmbH, Berlin ¹	25,10	25,10	149	k.A.	X
Luceo Technologies GmbH, Berlin ¹	24,80	24,80	k.A.	k.A.	X
machfit GmbH, Berlin ¹	21,31	21,31	– 44	k.A.	X
Match Technologies GmbH, Berlin ⁶	21,50	21,50	k.A.	k.A.	X
MyGall GmbH, Berlin ¹	30,00	30,00	k.A.	k.A.	X
Offshow AG, Berlin ⁶	24,54	24,54	k.A.	k.A.	X
optricon Entwicklungsgesellschaft für Optische Technologien mbH, Berlin ¹	25,94	25,94	203	k.A.	X
PictureTree International GmbH, Berlin ¹	30,01	30,01	68	k.A.	X
Qinous GmbH, Berlin ¹	23,88	23,88	454	k.A.	X
Sportrade GmbH, Berlin ⁶	22,50	22,50	k.A.	k.A.	X
sonstige Beteiligungen der VC-Portfolios ⁴					
1oStart GmbH, Berlin ⁶	13,82	13,82	k.A.	k.A.	X
21sportsgroup GmbH, Mannheim ¹	0,55	0,55	– 7.862	– 5.503	X
A u. S Umann GmbH, Berlin ⁶	3,63	3,63	k.A.	k.A.	X
Affinitas GmbH, Berlin ¹	4,68	4,68	– 10.586	317	X
Agora GmbH, Berlin ¹	5,81	5,81	k.A.	k.A.	X
Blinks Labs GmbH, Berlin ¹	13,28	13,28	– 559	k.A.	X
blogfoster GmbH, Berlin ¹	10,65	10,65	10	k.A.	X
CareerFoundry GmbH, Berlin ¹	7,54	7,54	– 547	k.A.	X
Centerra AG, Berlin ⁶	23,19	23,19	k.A.	k.A.	X
Choisr GmbH, Berlin ¹	6,67	6,67	k.A.	k.A.	X
Clipkit GmbH, Berlin ¹	11,41	11,41	1.145	– 1.364	X
CrossEngage GmbH, Berlin ¹	7,05	7,05	– 502	k.A.	X
Crowd Guru GmbH, Berlin ¹	18,04	18,04	– 40	k.A.	X
dailyme TV GmbH, Berlin ¹	14,87	14,87	– 730	k.A.	X
Dalia Research GmbH, Berlin ¹	7,71	7,71	692	k.A.	X

¹ Jahresabschluss nach HGB² kein assoziiertes Unternehmen wegen des fehlenden maßgeblichen Einflusses (VC-Kapital, keine Mitwirkung an der Geschäfts- und Dividendenpolitik, keine faktische Einflussnahme. Widerlegung IAS 28.5)³ Für Beteiligungen der VC-Gesellschaften, die die Kriterien eines assoziierten Unternehmens erfüllen, wurde von der Ausnahmeregelung des IAS 28.18 Gebrauch gemacht.⁴ Ausweis im Bilanzposten Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte.⁵ Gesellschaft in 2016 gegründet⁶ Gesellschaft insolvent, seither keine Veröffentlichung von Jahresabschlüssen⁷ Angabe zum Eigenkapital aus 2014

k.A.: keine Angabe, da keine Veröffentlichungspflicht bei Beteiligungsunternehmen

Gesellschaft, Sitz	Anteile in Konzernbesitz in %	Ausüb bare Stimmrechte im Konzern in %	Eigenkapital in Tsd. Euro	Ergebnis in Tsd. Euro	Vom 31.12.2016 abw. JA
DirectPhotonics GmbH, Berlin ^{6,7}	11,38	11,38	147	k.A.	X
ECF Farmsystems GmbH, Berlin ¹	17,10	17,10	190	k.A.	X
Electric Mobility Concepts GmbH, Berlin ¹	16,67	16,67	k.A.	k.A.	X
Eternygen GmbH, Berlin ¹	19,74	19,74	k.A.	k.A.	X
evivecare GmbH, Berlin ^{1,5}	15,38	15,38	k.A.	k.A.	X
Fairr.de GmbH, Berlin ¹	10,35	10,35	k.A.	k.A.	X
flexperto GmbH, Berlin ¹	17,99	17,99	375	k.A.	X
Hardscore Games GmbH, Berlin ¹	10,87	10,87	108	k.A.	X
Herrenschmiede GmbH, Berlin ¹	12,12	12,12	k.A.	k.A.	X
High-Mobility GmbH, Berlin ¹	17,11	17,11	k.A.	k.A.	X
Humedics GmbH, Berlin ¹	10,98	10,98	k.A.	k.A.	X
IntransID GmbH, Berlin ⁶	12,34	12,34	k.A.	k.A.	X
JPKInstruments AG, Berlin ¹	10,00	10,00	513	- 288	X
Learnfield GmbH, Berlin ¹	11,49	11,49	k.A.	k.A.	X
Lesson Nine GmbH, Berlin ¹	12,96	12,96	14.658	- 6.975	X
LLS Internet GmbH, Berlin ¹	6,74	6,74	1.568	k.A.	X
Lumenaza GmbH, Berlin ¹	10,00	10,00	k.A.	k.A.	X
mbrace GmbH, Berlin ¹	7,29	7,29	k.A.	k.A.	X
Meetrics GmbH, Berlin ¹	11,89	11,89	838	k.A.	X
Moviepilot GmbH, Berlin ¹	8,46	8,46	10.998	1.104	X
Myelo GmbH, Berlin ¹	16,57	16,57	k.A.	k.A.	X
MYMORIA GmbH, Berlin ^{1,5}	16,40	16,40	k.A.	k.A.	X
Nanotron Ltd., Berlin ¹	7,02	7,02	5.815	k.A.	X
Natural Dental Implants AG, Berlin ¹	8,92	8,92	k.A.	k.A.	X
Neonga GmbH, Berlin ¹	9,59	9,59	k.A.	k.A.	X
NOXXON NV, Berlin ¹	1,42	1,42	- 7.032	k.A.	X
Omeicos GmbH, Berlin ¹	13,31	13,31	5.303	k.A.	X
OraMetrix Inc., Dallas ¹	1,68	1,68	k.A.	k.A.	X
Outfittery GmbH, Berlin ¹	3,25	3,25	2.547	- 17.125	X
Paper and Tea GmbH, Berlin ¹	15,29	15,29	730	k.A.	X
qLearning GmbH, Berlin ¹	8,28	8,28	329	k.A.	X
realbest GmbH, Berlin ¹	8,54	8,54	3.675	k.A.	X
Remerge GmbH, Berlin ¹	5,24	5,24	2.456	k.A.	X

1 Jahresabschluss nach HGB

2 kein assoziiertes Unternehmen wegen des fehlenden maßgeblichen Einflusses (VC-Kapital, keine Mitwirkung an der Geschäfts- und Dividendenpolitik, keine faktische Einflussnahme. Widerlegung IAS 28.5)

3 Für Beteiligungen der VC-Gesellschaften, die die Kriterien eines assoziierten Unternehmens erfüllen, wurde von der Ausnahmeregelung des IAS 28.18 Gebrauch gemacht.

4 Ausweis im Bilanzposten Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte.

5 Gesellschaft in 2016 gegründet

6 Gesellschaft insolvent, seither keine Veröffentlichung von Jahresabschlüssen

7 Angabe zum Eigenkapital aus 2014

k.A.: keine Angabe, da keine Veröffentlichungspflicht bei Beteiligungsunternehmen

Gesellschaft, Sitz	Anteile in Konzernbesitz in %	Ausübbare Stimmrechte im Konzern in %	Eigenkapital in Tsd. Euro	Ergebnis in Tsd. Euro	Vom 31.12.2016 abw. JA
Scopis GmbH, Berlin ¹	10,30	10,30	648	k.A.	X
sofatutor GmbH, Berlin ¹	12,94	12,94	629	- 951	X
Softgames GmbH, Berlin ¹	12,00	12,00	1.015	k.A.	X
Soltecture GmbH, Berlin ⁶	4,82	4,82	k.A.	k.A.	X
south&browse GmbH, Berlin ⁶	3,58	3,58	k.A.	k.A.	X
Spontaneous Order GmbH, Berlin ¹	19,38	19,38	152	k.A.	X
SuitePad GmbH, Berlin ¹	11,25	11,25	- 382	k.A.	X
Surprise Internet Inc., Berlin ¹	4,62	4,62	k.A.	k.A.	X
tape.holding GmbH, Berlin ¹	4,78	4,78	4.019	k.A.	X
Tausendkind GmbH, Berlin ¹	11,20	11,20	1.079	k.A.	X
Thermondo GmbH, Berlin ¹	9,96	9,96	743	- 6.417	X
Travelcircus GmbH, Berlin ¹	5,38	5,38	- 92	k.A.	X
ubitricity GmbH, Berlin ¹	11,69	11,69	2.557	k.A.	X
viasto GmbH, Berlin ¹	6,61	6,61	670	k.A.	X
Websitebutler GmbH, Berlin ¹	8,31	8,31	- 36	k.A.	X
Zimory GmbH, Berlin ¹	10,53	10,53	939	k.A.	X
zoobe GmbH, Berlin ¹	13,48	13,48	- 2.781	k.A.	X

¹ Jahresabschluss nach HGB

² kein assoziiertes Unternehmen wegen des fehlenden maßgeblichen Einflusses (VC-Kapital, keine Mitwirkung an der Geschäfts- und Dividendenpolitik, keine faktische Einflussnahme. Widerlegung IAS 28.5)

³ Für Beteiligungen der VC-Gesellschaften, die die Kriterien eines assoziierten Unternehmens erfüllen, wurde von der Ausnahmeregelung des IAS 28.18 Gebrauch gemacht.

⁴ Ausweis im Bilanzposten Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte.

⁵ Gesellschaft in 2016 gegründet

⁶ Gesellschaft insolvent, seither keine Veröffentlichung von Jahresabschlüssen

⁷ Angabe zum Eigenkapital aus 2014

k.A.: keine Angabe, da keine Veröffentlichungspflicht bei Beteiligungsunternehmen

Sofern die Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 2016 noch nicht vorlagen, beziehen sich die dargestellten Werte jeweils auf den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015.

Bei der ipal Gesellschaft f. Patentverwertung Berlin mbH bestanden zum Bilanzstichtag keine Anteile in Fremdbesitz mehr (Vorjahr: 19%, siehe Angabe (3)).

Der Summenabschluss der IBB umfasste zum Vorjahres-Bilanzstichtag die folgenden Werte in der Bilanz, der Gesamtergebnisrechnung sowie der Kapitalflussrechnung:

in Mio. Euro	31.12.2015
Bilanz	
Vermögenswerte	0,80
Kurzfristig	0,75
Langfristig	0,05
Verbindlichkeiten	12,23
Kurzfristig	0,00
Langfristig	12,23
Nettovermögen	- 11,43
Kumulierter Fremdanteil am Nettovermögen	- 2,17
Gesamtergebnisrechnung	
2015	
Erträge	1,14
Gewinn/Verlust der Periode	0,07
Sonstiges Ergebnis	0,00
Gesamtergebnis	0,07
Dem Fremdanteil zugewiesener Gewinn/Verlust	0,01
Nicht beherrschenden Anteilen zugewiesene Dividenden	0,00
Kapitalflussrechnung	
2015	
Zahlungsmittelbestand zum Anfang der Periode	0,00
Cashflow aus operativer Tätigkeit	0,00
Cashflow aus Investitionstätigkeit	0,00
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	0,00
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	0,00

Risiken und maßgebliche Beschränkungen

In der Beziehung der IBB zu den wesentlichen Tochterunternehmen bestehen keine maßgeblichen Beschränkungen bzgl. der Möglichkeit, Zugang zu Vermögenswerten der Gruppe zu erlangen oder diese zu verwenden und Verbindlichkeiten der Gruppe zu erfüllen.

Bei den assoziierten Unternehmen bestehen keine maßgeblichen Beschränkungen, die einen Einfluss auf die Übertragung von Cash-Dividenden oder die Rückzahlung von Krediten an die IBB haben. Eventualverbindlichkeiten in Bezug auf die Anteile an assoziierten Unternehmen bestehen nicht.

Strukturierte Unternehmen

Zum 31. Dezember 2016 bestehen keine Beziehungen zu konsolidierten strukturierten Unternehmen.

Zu den nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen gehört die Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG. Ein maßgeblicher Einfluss besteht aufgrund von gesellschaftsvertraglichen Regelungen trotz eines Stimmrechtsanteils von 20 % nicht. Die Stimmrechte stellen damit nicht den dominierenden Faktor bei der Feststellung von Beherrschung oder maßgeblichem Einfluss über das Unternehmen dar.

Unternehmensgegenstand der Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG ist der Aufbau und die Verwaltung von Beteiligungen mit dem Geschäftsschwerpunkt Lebenswissenschaften mit dem Fokus auf Medizintechnik, Pharma und Dienstleistungen, insbesondere die Beteiligung an innovativen, wachstumsstarken, technologieorientierten Unternehmen. Der Gesellschaftszweck beschränkt sich auf den Aufbau und die Verwaltung von Portfolio-Anlagen an verschiedenen Unternehmen. Die Bilanzsumme (IFRS) zum 31. Dezember 2016 beträgt 13,7 Mio. Euro (Vorjahr: 12,7 Mio. Euro). Die Gesellschaft ist ein Spezial-AIF im Sinne des KAGB. Die professionellen und semiprofessionellen Anleger der Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG sind an der Gesellschaft als Kommanditisten beteiligt und haben jeweils eine Kapitalverpflichtung in Höhe ihres jeweiligen Zeichnungsbetrages übernommen.

Der Buchwert der Beteiligung beträgt 2,7 Mio. Euro (Vorjahr: 2,5 Mio. Euro) und wird in den Finanzanlagen ausgewiesen. Der Buchwert entspricht dem maximalen Verlustrisiko. Es ergaben sich keine Aufwendungen oder Erträge in 2016 in Bezug auf die Gesellschaft. Offene Einzahlungsverpflichtungen sind in Angabe (77) angegeben.

An die Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG wurden in der Berichtsperiode keine Finanzhilfen gezahlt, und es besteht nicht die Absicht, zukünftig finanzielle Unterstützung zu leisten bzw. bei der Beschaffung behilflich zu sein. Es sind keine vertraglichen Vereinbarungen vorhanden, die eine finanzielle Unterstützung durch die IBB vorsehen.

Im Darlehensgeschäft der IBB bestehen keine Beziehungen zu nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen, die in ihren vertraglichen Regelungen und damit einhergehenden Risiken über das allgemeine Kreditgeschäft hinausgehen bzw. die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens- und Ertragslage des Konzerns aufweisen.

(79) Angaben über Geschäftsbeziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen

Der Konzern zählt zu den nahe stehenden juristischen Personen nach IAS 24 den alleinigen Anteilseigner der IBB, das Land Berlin (und dessen Mehrheitsbeteiligungen, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen), sowie Tochterunternehmen und assoziierte Unternehmen (vgl. Angabe (78)). Als nahe stehende natürliche Personen gemäß IAS 24 werden die Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrates der IBB sowie deren nahe Familienangehörige definiert (vgl. Angabe (83)).

Der Konzern nimmt für die mit dem Land Berlin bestehenden Geschäftsvorfälle die Befreiungsvorschrift des IAS 24.25 in Anspruch. Dargestellt werden gemäß IAS 24.26 die Art und Höhe der Geschäftsvorfälle, die für sich genommen signifikant sind, und der qualitative oder quantitative Umfang von Geschäftsvorfällen, die zwar nicht für sich genommen, aber in ihrer Gesamtheit signifikant sind.

Die Bestände, resultierend aus Transaktionen (ohne die im Rahmen der Konsolidierung zu eliminierenden Geschäfte) mit nahe stehenden Unternehmen und Personen, setzen sich zum **31. Dezember 2016** wie folgt zusammen:

in Mio. Euro	Land Berlin		Tochter- unternehmen	Assoziierte Unternehmen
	Mehrheits- beteiligungen	Assoziierte Unternehmen		
AKTIVA				
Forderungen an Kunden	2.839,0	317,0	0,0	0,0
Risikovorsorge	– 0,2	– 0,3	0,0	0,0
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermö- genswerte	17,4	0,0	0,0	11,0
Finanzanlagen	10,2	0,0	0,2	0,2
Nach der Equity-Methode bilanzierte Anteile	0,0	0,0	0,0	0,5
PASSIVA				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.068,0	0,0	0,0	0,0
Rückstellungen	3,4	3,2	0,0	5,2

Zum **31. Dezember 2015**:

in Mio. Euro	Land Berlin		Tochter- unternehmen	Assoziierte Unternehmen
	Mehrheits- beteiligungen	Assoziierte Unternehmen		
AKTIVA				
Forderungen an Kunden	2.590,5	317,5	0,0	0,0
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermö- genswerte	17,8	0,0	0,0	13,3
Finanzanlagen	0,0	0,0	0,2	0,1
Nach der Equity-Methode bilanzierte Anteile	0,0	0,0	0,0	0,7
PASSIVA				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.813,6	0,0	0,0	0,0
Rückstellungen	3,7	0,0	0,0	6,9

Die mit dem Land Berlin abgeschlossenen Geschäfte im Berichtsjahr erfolgten im festgelegten Rahmen des Investitionsbankgesetzes. Die IBB darf zur Durchführung ihrer Aufgaben Darlehen, Zuschüsse und andere Finanzierungsformen gewähren und verwalten, Bürgschaften und andere Gewährleistungen übernehmen und verwalten, Unternehmen gründen, Beteiligungen an Unternehmen eingehen, Unternehmensbeteiligungen verwalten und sonstige im Zusammenhang mit Beteiligungen stehende Geschäftsbesorgungen erbringen sowie Beratungs- und sonstige Dienstleistungen wahrnehmen, die in direktem Zusammenhang mit ihrem Fördergeschäft stehen (§ 6 Investitionsbankgesetz).

Die Beziehung zum Land Berlin ist weitgehend im mit der damaligen Wohnungsbaukreditanstalt geschlossenen Vertrag vom 18./30. November 1966 in der Fassung vom 25. November/24. Dezember 1981 („Grundvertrag“) geregelt. Der Vertrag ist aufgrund der in § 3 des Gesetzes über die Errichtung der Investitionsbank Berlin vom 25. November 1992 bzw. in § 2 Abs. 1 des Gesetzes über die Abspaltung der Investitionsbank Berlin aus der Landesbank Berlin vom 25. Mai 2004 geregelten Überführung der WBK zuerst auf die LBB und dann auf die selbstständige IBB durch Gesamtrechtsnachfolge weiterhin bindend.

Die Forderungen gegenüber dem Land Berlin resultieren im Wesentlichen aus im Rahmen der Immobilienfinanzierung von der IBB verschiedenen Wohnungsbaugesellschaften im Beteiligungskreis des Landes Berlin gewährten Darlehen (1.023,6 Mio. Euro, Vorjahr 1.005,7 Mio. Euro) sowie aus der Finanzierung der Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe AöR (1.128,7 Mio. Euro, Vorjahr 1.141,7 Mio. Euro). Des Weiteren werden Forderungen gemäß § 8 des Grundvertrags aus der Erstattung des Schuldendienstes für von der IBB am Kapitalmarkt aufgenommene Mittel ausgewiesen (213,6 Mio. Euro, Vorjahr 262,8 Mio. Euro).

Vom Land Berlin wurden Inhaberschuldverschreibungen erworben, die unter den erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten (17,4 Mio. Euro, Vorjahr 17,8 Mio. Euro) sowie Finanzanlagen (10,2 Mio. Euro, Vorjahr 0,0 Mio. Euro) ausgewiesen werden.

Unter den erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten werden daneben Beteiligungsportfolios ausgewiesen, die assoziierte Unternehmen der VC Fonds Berlin GmbH, der VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH und der VC Fonds Technologie Berlin GmbH enthalten.

Nach der Equity-Methode bilanzierte Anteile betreffen die Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH.

Bezüglich der Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Berlin verweisen wir auf die Erläuterungen unter Angabe (55).

Die Rückstellungen gegenüber den assoziierten Unternehmen betreffen Förderleistungen für die Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH.

Kreditzusagen an Mehrheitsbeteiligungen und assoziierte Unternehmen des Landes Berlin bestehen in Höhe von 312,0 Mio. Euro (Vorjahr 54,9 Mio. Euro).

Die Finanzgarantien enthalten Verpflichtungen aus Bürgschaften gegenüber Mehrheitsunternehmen und assoziierten Unternehmen des Landes Berlin in Höhe von 60,4 Mio. Euro (Vorjahr 22,6 Mio. Euro).

Im Rahmen der Wohnungsbauförderung wurden Treuhanddarlehen an Mehrheitsbeteiligungen des Landes Berlin in Höhe von 6,1 Mio. Euro (Vorjahr 2,0 Mio. Euro) vergeben. Im Rahmen der Wirtschaftsförderung erfolgte die treuhänderische Vergabe von Darlehen und Übernahme von Beteiligungen an assoziierten Unternehmen in Höhe von 1,7 Mio. Euro (Vorjahr 3,2 Mio. Euro).

Im Bereich der Immobilienförderung bestehen Bürgschaften des Landes Berlin gegenüber Gesellschaften des Beteiligungskreises des Landes Berlin in Höhe von 50,2 Mio. Euro (Vorjahr 57,4 Mio. Euro). Die Bearbeitung und Verwaltung der Bürgschaften hat die IBB als Dienstleister für das Land Berlin übernommen.

Transaktionen mit Gemeinschaftsunternehmen des Landes Berlin bestanden nicht.

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der IBB wurden alle Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen.

(80) Bezüge und Pensionszusagen der Organe

Die Bezüge des Vorstands und Verwaltungsrats im Geschäftsjahr 2016 bzw. im Vorjahr setzen sich wie folgt zusammen (inklusive Zuführung zu Rückstellungen):

in Tsd. Euro	Vorstand		Verwaltungsrat	
	2016	2015	2016	2015
Bezüge der Organe				
Gehälter und kurzfristig fällige Leistungen			302	277
Dr. Jürgen Allerkamp	511	511		
davon variabel	100	50		
Sonja Kardorf	399	397		
davon variabel	80	80		
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses				
Rückstellung für leistungsorientierte Pensionszusagen	0	0	-	-
Beiträge an beitragsorientierte Versorgungspläne	0	0	-	-
Bezüge früherer Organmitglieder oder deren Hinterbliebener				
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	500	505	-	-
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Rückstellung für leistungsorientierte Pensionszusagen)	8.107	7.680	-	-

Die Zahlung der variablen Erfolgsvergütung erfolgt auf Basis einer jährlich abzuschließenden Zielvereinbarung. Die Zielvereinbarung ist nach unterschiedlichen Kriterien gewichtet. Sie berücksichtigt sowohl die Gesamtleistung als auch individuelle Ziele. Hierzu gehören u. a. die wirtschaftliche Ertragskraft der Bank als auch strategische Ziele.

Bei einer Zielerreichung von 100% ist die variable Erfolgsvergütung im vollen Umfang in Höhe der Vorjahresvergütung festzusetzen. Bei Zielunterschreitungen ist die variable Erfolgsvergütung entsprechend einer im Rahmen der Zielvereinbarung festgelegten Staffelung anteilig festzusetzen.

(81) Geschäftsvorfälle mit Organen

Mitgliedern des Vorstands und Verwaltungsrats wurden wie im Vorjahr keine Vorschüsse und Kredite gewährt.

(82) Corporate Governance

Nach § 7 Abs. 4 der Satzung der IBB vom 2. September 2004 in der Fassung vom 7. September 2010 wenden der Vorstand und der Verwaltungsrat den Corporate Governance Kodex (CGK) in der jeweiligen von der Senatsverwaltung für Finanzen herausgegebenen Fassung an. Die Regelungen zum Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK), welche Bestandteil der „Hinweise für Beteiligungen des Landes Berlin an Unternehmen“ sind, wurden am 15. Dezember 2015 vom Senat von Berlin beschlossen. Die Entsprechenserklärung ist auf der Internetseite der IBB veröffentlicht.

(83) Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrates der IBB

Vorstand

Dr. Jürgen Allerkamp

Vorsitzender des Vorstands

Sonja Kardorf

Mitglied des Vorstands

Verwaltungsrat

Ramona Pop

(ab 14. Februar 2017)

(Vorsitzende ab 15. Februar 2017)

Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe des Landes Berlin

Cornelia Yzer

(Vorsitzende bis 8. Dezember 2016)

Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung des Landes Berlin a. D. (bis 8. Dezember 2016)

Andreas Geisel

(stellvertretender Vorsitzender

bis 14. Februar 2017)

Senator für Stadtentwicklung und Umwelt des Landes Berlin

(bis 8. Dezember 2016)

Senator für Inneres und Sport des Landes Berlin

(ab 8. Dezember 2016)

Katrin Lompscher

(ab 14. Februar 2017)

(stellvertretende Vorsitzende

ab 15. Februar 2017)

Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen des Landes Berlin

Dr. Matthias Kollatz-Ahnen

(ab 14. Februar 2017)

Senator für Finanzen des Landes Berlin

Dr. Margaretha Sudhof

(bis 14. Februar 2017)

Staatssekretärin der Senatsverwaltung für Finanzen des Landes Berlin

Michaela Maria Eder von Grafenstein

Sprecherin der Geschäftsführung

der Aquila Capital Investment GmbH

Maren Kern

Mitglied des Vorstands des BBU

Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e. V.

Dr. Dietrich Rümker

(bis 31. Dezember 2016)

Vorsitzender des Vorstands i. R.

der Landesbank Schleswig-Holstein

(seit 2003: HSH Nordbank AG)

Nadja Bernstein

Mitglied des Personalrats

der Investitionsbank Berlin

Michael Bomke

Vorsitzender des Personalrats

der Investitionsbank Berlin

Swen Hoffmann

(bis 31. Dezember 2016)

Mitarbeiter der

Investitionsbank Berlin

Tom Schuster

(seit 1. Januar 2017)

stellvertretender Vorsitzender

des Personalrats

der Investitionsbank Berlin

(84) Durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer

	2016	2015
Vollzeitbeschäftigte	424	438
Teilzeitkräfte	187	175
Auszubildende	31	30
Gesamt	642	643

(85) Abschlussprüferhonorare

Für das Geschäftsjahr 2016 wurde für den Konzernabschlussprüfer im Aufwand ein Gesamthonorar von 371,2 Tsd. Euro (Vorjahr 420,2 Tsd. Euro) erfasst. Davon entfallen auf die Jahres- und Konzernabschlussprüfung 291,1 Tsd. Euro (Vorjahr 370,9 Tsd. Euro), auf andere Bestätigungsleistungen 0,0 Tsd. Euro (Vorjahr 9,7 Tsd. Euro) und auf sonstige Leistungen 80,1 Tsd. Euro (Vorjahr 39,6 Tsd. Euro).

(86) Country by Country Reporting

Gemäß § 26a KWG sind Institute dazu verpflichtet, auf konsolidierter Basis länderspezifische Angaben zu veröffentlichen (sogenanntes Country by Country Reporting).

Die folgende Übersicht enthält Angaben zur Firmenbezeichnung, zur Art der Tätigkeit und zur geografischen Lage der Tochterunternehmen des IBB-Konzerns.

Gesellschaft, Sitz	Land	Tätigkeit
Investitionsbank Berlin, Berlin	Deutschland	Kreditinstitut
BTGI Berliner Trägergesellschaft für Gewerbe-Infrastrukturmaßnahmen mbH, Berlin	Deutschland	Träger von wirtschaftlichen Infrastrukturvorhaben
IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	Deutschland	Beteiligungsunternehmen
Immobilien-Gesellschaft Spreestadt-Wegelystraße mbH, Berlin	Deutschland	Grundstücksgesellschaft
ipal Gesellschaft f. Patentverwertung Berlin mbH, Berlin	Deutschland	Verwertung von Patenten
VC Fonds Berlin GmbH, Berlin	Deutschland	Beteiligungsunternehmen
VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH, Berlin	Deutschland	Beteiligungsunternehmen
VC Fonds Technologie Berlin GmbH, Berlin	Deutschland	Beteiligungsunternehmen

Die folgende Übersicht enthält die zu veröffentlichenden Angaben auf Länderebene.

Land	Umsatz	Anzahl Lohn- und Gehaltsempfänger	Gewinn vor Steuern	Steuern auf Gewinn
Deutschland	192,5 Mio. Euro	611	128,3 Mio. Euro	0,0 Mio. Euro

Der Umsatz umfasst die Bestandteile Zinsüberschuss (135,8 Mio. Euro), Provisionsüberschuss (3,1 Mio. Euro) und Sonstiges betriebliches Ergebnis (53,6 Mio. Euro). Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger wurde gemäß § 267 Abs. 5 HGB ermittelt. Öffentliche Beihilfen hat der Konzern nicht erhalten.

(87) Übrige sonstige Angaben

Der Konzernabschluss, bestehend aus Konzern-Bilanz, Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, Konzern-Gesamtergebnisrechnung, Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung, Konzern-Kapitalflussrechnung und Konzern-Anhang sowie ergänzend dem Konzernlagebericht, wurde vom Vorstand der IBB am 28. Februar 2017 aufgestellt und zur Weitergabe an den Verwaltungsrat freigegeben.

Der Verwaltungsrat hat die Aufgabe, den Konzernabschluss zu prüfen und zu erklären, ob er den Konzernabschluss billigt.

Berlin, 28. Februar 2017

Der Vorstand



Dr. Jürgen Allerkamp
(Vorsitzender des Vorstands)



Sonja Kardorf
(Mitglied des Vorstands)

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Investitionsbank Berlin, Berlin, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, Konzern-Gesamtergebnisrechnung, Konzern-Bilanz, Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung, Konzern-Kapitalflussrechnung und Konzern-Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, 3. März 2017

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Frank Bühring
Wirtschaftsprüfer

Olga Lingner-Fink
Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Berlin, den 28. Februar 2017



Dr. Jürgen Allerkamp
(Vorsitzender des Vorstands)



Sonja Kardorf
(Mitglied des Vorstands)

Impressum

Herausgeber

Investitionsbank Berlin
Unternehmenskommunikation
Bundesallee 210
10719 Berlin
Telefon: 030 2125-0
Telefax: 030 2125-2020
www.ibb.de

Konzeption und Gestaltung

Heimrich & Hannot GmbH
Stralauer Allee 2
10245 Berlin
www.heimrich-hannot.de

Investitionsbank Berlin
Bundesallee 210
10719 Berlin

Telefon: 030 2125-0
Telefax: 030 2125-2020

www.ibb.de

